



**LANDTAG VON
SACHSEN-ANHALT**



Das lange Ende des demokratischen Neubeginns

Die Landtage Sachsen-Anhalts 1946 – 1952

Kontexte und Akteure

Dokumentation der wissenschaftlichen Tagung

vom 17. Oktober 2022 im Landtag zu Magdeburg

Bei der vorliegenden Dokumentation handelt es sich um eine Abschrift der elektronischen Aufzeichnung einer am 17. Oktober 2022 im Landtag von Sachsen-Anhalt durchgeführten wissenschaftlichen Tagung. Es gilt im Wesentlichen das gesprochene Wort. Alle Texte wurden in der vorliegenden schriftlichen Form von den Vortragenden redigiert und autorisiert. Zur besseren Nachvollziehbarkeit und Lesbarkeit wurden Textaussagen angepasst, ohne inhaltlich Änderungen am Gesprochenen vorzunehmen.

Die Titelseite zeigt die Teilnehmenden des Workshops.

Impressum

Herausgeber	Der Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt
Wissenschaftliche Begleitung	Professor Dr. Everhard Holtmann, Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Layout	Landtag von Sachsen-Anhalt Referat für Medien, Öffentlichkeitsarbeit, Besucherdienst und Protokoll
Satz und Druck	Landtag von Sachsen-Anhalt
Titelbild	Landtag von Sachsen-Anhalt

Inhalt

1.	Grußwort und Eröffnung.....	5
	Georg Prick (Stellvertretender Direktor beim Landtag)	
2.	Einführung.....	6
	Prof. Professor Dr. Everhard Holtmann	
2.1	Vorstellung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer	6
2.2	Anlass der Tagung: Das laufende Forschungsprojekt zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der ersten beiden Landtage von Sachsen-Anhalt (1946 – 1952) und der Lebenswege seiner Mitglieder	9
2.3	Einführung in den Gegenstand der Untersuchung: „Context matters“ – zur Bedeutung von Umfeldbedingungen, die das Handeln der Akteure beeinflussen.....	10
3.	Themenblock I: Zügige Diktaturdurchsetzung oder relative Offenheit der Entwicklung? – Zu den Möglichkeitsräumen demokratischen Neubeginns in Ostdeutschland auf der Landesebene ab 1945	11
3.1	Einleitung	11
	Professor Dr. Everhard Holtmann	
3.2	Impulsbeiträge	12
	Professor Dr. Mike Schmeitzner	12
	Dr. Michael C. Bienert.....	17
	Dr. Gerhard Braas	21
3.3	Diskussionsbeiträge	26
	Dr. Andreas Schmidt	26
	Professor Dr. Mathias Tullner	28
	Professor Dr. Uwe Danker	30
	Dr. Christina Trittel.....	32
	Dr. Jan Kellershohn	32
	Dr. Michael C. Bienert.....	33
	Professor Dr. Mike Schmeitzner	34
	Professor Dr. Michael Hecht.....	35
	Dr. Christina Trittel.....	36
	Dr. Michael C. Bienert.....	38
4.	Themenblock II: Akteure im deformierten Landesparlamentarismus – Wege zur Erschließung von Abgeordnetenbiografien.....	39
4.1	Einleitung	39
	Professor Dr. Everhard Holtmann	
4.2	Impulsbeiträge	41
	Dr. Christina Trittel.....	41
	Professor Dr. Uwe Danker	44
	Professor Dr. Mathias Tullner	50

4.3	Diskussionsbeiträge	53
	Professor Dr. Mike Schmeitzner	53
	Dr. Jan Kellershohn	55
	Dr. Michael C. Bienert.....	55
	Dr. Christina Trittel.....	55
	Dr. Gerhard Braas	55
	Professor Dr. Uwe Danker	56
	Dr. Michael C. Bienert.....	56
	Professor Dr. Uwe Danker	57
	Dr. Christina Trittel.....	58
	Professor Dr. Mathias Tullner	58
	Dr. Christina Trittel.....	59
	Professor Dr. Michael Hecht.....	60
5.	Schlussworte	61
5.1	Professor Dr. Everhard Holtmann.....	61
5.2	Georg Prick (Stellvertretender Direktor beim Landtag)	61
6.	Eine Nachbetrachtung: Ohne Gewaltenteilung verkümmert die Demokratie – Zur Aktualität einer historischen Lehre des landesparlamentarischen Interims zwischen 1946 und 1952 in Sachsen-Anhalt	62
	Professor Dr. Everhard Holtmann	

1. Grußwort und Eröffnung

Georg Prick (Stellvertretender Direktor beim Landtag)

Sehr geehrter Herr Prof. Holtmann, sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Schmidt, sehr geehrte Damen und Herren, im Namen des Herrn Landtagspräsidenten Dr. Gunnar Schellenberger darf ich Sie alle ganz herzlich hier im Landtag von Sachsen-Anhalt begrüßen. Herr Landtagsdirektor Dr. Gruß, dem das heutige Thema und dieses Symposium ein sehr wichtiges Anliegen ist, wollte Sie eigentlich persönlich begrüßen. Leider ist er kurzfristig verhindert und bittet ihn zu entschuldigen.

Dem Landtag von Sachsen-Anhalt ist es eine Freude, dass Sie der Einladung von Professor Dr. Holtmann gefolgt sind, um sich hier im Landtagsgebäude zu einem fachlichen Austausch über das Thema „Das lange Ende des demokratischen Neubeginns 1946 bis 1952“ zu treffen.

Zur Vorgeschichte darf ich ausführen, dass in der letzten Wahlperiode der Ältestenrat des Landtages der Anregung gefolgt ist und seine Zustimmung erteilt hat, die Namen der während der nationalsozialistischen Zeit verfolgten Abgeordneten aus dem heutigen Sachsen-Anhalt erstmals systematisch zu erfassen und ihre Lebensschicksale darzustellen. Dieser Aufgabe hat sich Herr Professor Dr. Tullner im Rahmen eines studentischen Projekts angenommen. Daraus ist eine schriftliche Dokumentation entstanden, die Ihnen bereits vorliegt. Auch andere Parlamente in Deutschland haben sich dieser Aufgabe gestellt und unsere Dokumentation reiht sich darin sehr gut ein.

Zum Abschluss dieses Projekts hat Frau Landtagspräsidentin Brakebusch im Jahr 2020 im Foyer des Landtages eine Gedenktafel enthüllt, ein Triptychon mit den Namen von 87 während der NS-Zeit verfolgten Parlamentarierinnen und Parlamentariern. Im Rahmen eines intensiven Diskurses über die Opferdefinition waren zwei verfolgte Abgeordnete wegen anderer Taten bzw. Verstrickungen nicht mit auf das Triptychon aufgenommen worden; der wissenschaftlichen Vollständigkeit halber finden sich deren Lebenswege aber in der publizierten Dokumentation. Die drei gebrochenen Hölzer auf dem Triptychon stehen dabei für die durch Verfolgung, Demütigung und Tod gebrochenen Leben der Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

Bei der Enthüllung der Gedenktafel führte Frau Präsidentin Brakebusch aus: „Den Schleier des Vergessens von den Biografien dieser Abgeordneten wegzuziehen, war und ist mir ein tiefes menschliches und kollegiales Bedürfnis.“ Mit ihren Worten hat Frau Präsidentin Brakebusch deutlich gemacht, dass ein Parlament sich zwar vornehmlich dem Tagesgeschäft und der Tagespolitik widmet, aber zugleich Erinnerungsfähigkeit und Traditionsbewusstsein hat.

Mit der Zustimmung des Ältestenrates zu diesem Vorgängerprojekt ist dann aus der Mitte des Ältestenrates der Wunsch geäußert und der ausdrückliche Auftrag an die Landtagsverwaltung formuliert worden, mit einem weiteren Projekt auch die Geschichte der beiden ersten Parlamente auf dem Gebiet Sachsen-Anhalts von 1946 bis 1952 näher in den Blick zu nehmen. Gemeinsam haben Ältestenrat und Finanzausschuss dann das Vorhaben mit den erforderlichen Projektmitteln ausgestattet.

Im Namen des Landtagsdirektors Dr. Gruß darf ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bei Herrn Professor Dr. Holtmann dafür bedanken, dass er und mit ihm das Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. dieses Projekt übernommen hat. Auch danke ich ihm dafür, dass er Sie alle hier nach Magdeburg zu diesem Workshop geholt hat.

Der Landtag ist ein parlamentarisches Tagungshaus. Deshalb sind solche Tagungen wie die heutige doch eher selten, zumal es etwas Besonderes ist, eine derart hochkarätige Tagung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern hier im Hause zusammenzubekommen. Am Rande sei angemerkt, dass das erste Projekt mit Professor Dr. Tullner in Magdeburg angesiedelt war und nun dieses zweite Projekt nach Halle vergeben worden ist.

Von der heutigen Beratung erhoffe ich mir im Themenblock I interessante Aufschlüsse über die Einschätzungen zur zügigen Diktaturdurchsetzung oder über die Möglichkeitsspielräume für eine relativ offene demokratische Entwicklung.

Für eine spätere Wahrnehmung und öffentliche Darstellung des Projekts wird nach meiner persönlichen Meinung dem Themenblock II ebenfalls eine nicht zu unterschätzende Bedeutung beikommen. Die Beschreibung und Charakterisierung der damals in den ersten beiden Landtagen Sachsen-Anhalts parlamentarisch handelnden Personen ermöglichen Identifikation mit Vorbildern oder andererseits Abgrenzung. Die Landtagsverwaltung ist schon allein im Rahmen ihres Programms für Besuchergruppen immer auch daran interessiert, wie man Geschichte, insbesondere die Geschichte des Parlamentarismus, didaktisch gut vermitteln kann. Wir wünschen uns perspektivisch viele Anregungen von Ihnen.

Insgesamt ist dieses Projekt seiner Intention nach so angelegt, einen weiteren Beitrag zur Geschichte des Parlamentarismus in der Region des heutigen Sachsen-Anhalts sowie zur Identitätsstiftung des Landes und seiner demokratischen Strukturen zu leisten. Deshalb danke ich Ihnen allen für Ihr Kommen und freue mich auf einen regen fachlichen Austausch.

2. Einführung

Prof. Professor Dr. Everhard Holtmann

2.1 Vorstellung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sehr geehrter, lieber Herr Prick, haben Sie vielen Dank für Ihre Begrüßung namens unseres heutigen Gastgebers, des Landtages von Sachsen-Anhalt. Wir freuen uns sehr, dass wir hier im Hause selbst heute zusammenkommen können, um uns gemeinsam über das Thema im Rahmen eines wissenschaftlichen Workshops auszutauschen. Erlauben Sie mir, bevor wir in den inhaltlichen Diskurs einsteigen, die an unserer heutigen Tagung Teilnehmenden miteinander bekannt zu machen, soweit das noch notwendig ist, sowie auch für künftige Nutzerinnen und Nutzer des Records der Tagung vorzustellen. Ich tue dies in alphabetischer Reihenfolge.

Ich beginne mit **Michael Bienert**. Er ist Historiker, hat an der Universität Potsdam Geschichte und Literaturwissenschaft/Germanistik studiert und wurde im Wintersemester 2013/2014 dortselbst promoviert mit einer Dissertation mit dem Titel „Zwischen Opposition und Blockpolitik – die bürgerlichen Parteien und die SED in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen 1946 bis 1952“. Die Dissertation ist 2016 in den Beiträgen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien veröffentlicht worden. Es ist fast überflüssig anzumerken, dass der Titel dieser zwei Länder der damaligen SBZ vergleichend untersuchenden Arbeit hervorragend zu unserem heutigen Thema passt. Seit 2011 ist Michael Bienert tätig als Geschäftsführer der Stiftung Ernst-Reuter-Archiv beim Landesarchiv in Berlin.

Gerhard Braas studierte Geschichte, Germanistik und Soziologie an der Universität Hamburg für das Lehramt an Gymnasien. Im Anschluss an das Staatsexamen promovierte er Ende 1984 über das Thema „Die Länderverfassungen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1946/1947“. In diese Untersuchung sind die Landesverfassungen der damals existierenden fünf ostdeutschen Flächenländer einbezogen worden. Von den inzwischen zugänglichen Akten der DDR hat der Verfasser seinerzeit noch nicht Kenntnis nehmen können. Die Dissertation ist 1987 in den Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR als Band 4 erschienen. Von Gerhard Braas ist ferner im von Martin Broszat und Hermann Weber herausgegebenen SBZ-Jahrbuch 1990 zum gleichen Thema ein Beitrag erschienen, betitelt

„Verfassungsgebung auf Landes- und zentraler Ebene“. Gerhard Braas ist seit längerem in der zeitgeschichtlichen Regionalforschung in und um seine schleswig-holsteinische Heimatstadt Kaltenkirchen unterwegs und hat auch dazu mehrfach publiziert. An der Schule unterrichtet er nach wie vor.

Uwe Danker hat an der Universität Kiel Geschichte, Mathematik und Soziologie studiert. 1986 wurde er promoviert mit einer Arbeit über „Räuberbanden im Alten Reich“. Veröffentlicht wurde die Arbeit im Suhrkamp Verlag. Er war seit 1994 Professor für Geschichte und ihre Didaktik sowie Direktor der Forschungsstelle für regionale Zeitgeschichte und Public History an der Europa-Universität in Flensburg, der er als Senior Professor bis heute verbunden ist. Uwe Danker war Projektleiter eines vom Landes Schleswig-Holstein finanzierten großen Forschungsverbundes, der sich mit Aspekten der Elitenkontinuität in Legislative und Exekutive des Landes Schleswig-Holstein und seiner Institutionen nach 1945 befasste. Hervorgegangen aus diesem Projekt sind zwei monumentale Publikationen, als deren Allein- bzw. Mitherausgeber Uwe Danker firmiert, und zwar einmal die Studie „Landespolitik mit Vergangenheit“, erschienen 2017 (Koautor Sebastian Lehmann-Himmel), und zum anderen eine zweibändige Publikation unter dem Titel – „Die geteilte Verstrickung – Elitenkontinuität in Schleswig-Holstein“, veröffentlicht 2021 in der Husum Druck- und Verlagsgesellschaft. Uwe Dankers Arbeiten ermöglichen uns, die Fragen zum Landesparlamentarismus der frühen Nachkriegszeit in Ostdeutschland, mit denen wir uns hier heute beschäftigen, um die Perspektive auf die Untersuchung der Vorgänge im damaligen Westdeutschland zu erweitern.

Mike Schmeitzner studierte Geschichte, Germanistik und Erziehungswissenschaften in Dresden. Er promovierte 1999 mit einer Studie über den sächsischen Sozialdemokraten Alfred Fellisch an der TU Dresden. Diese Arbeit ist im Fach Sächsische Landesgeschichte entstanden und im Jahr 2000 unter dem Titel „Alfred Fellisch 1884 bis 1973 – eine politische Biografie“ im Kölner Verlag Böhlau veröffentlicht worden. Zu Schmeitzners Forschungsschwerpunkten gehören unter anderem die Sowjetische Besatzungszone und die frühe DDR. Neben weiteren Veröffentlichungen zu diesen Themenbereichen hat er gemeinsam mit Stefan Donth eine 2002 erschienene Studie, betitelt „Die Partei der Diktaturdurchsetzung – KPD/SED in Sachsen 1945 bis 1952“, publiziert, als Band 33 der Studien des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung (HAIT). Die These der Diktaturdurchsetzung wird uns auch heute beschäftigen. Am HAIT in Dresden ist er gegenwärtig wissenschaftlicher Mitarbeiter. Nach seiner Habilitation wurde er 2018 zum Außerplanmäßigen Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Institut für Geschichte der Technischen Universität Dresden ernannt.

Christina Trittel hat an der Universität Halle Politikwissenschaft und Geschichte studiert. Nach dem Magisterexamen erarbeitete sie ihre Dissertation über den ersten sachsen-anhaltischen Landtag. Diese Arbeit ist 2006 unter dem Titel „Die Landtagsfraktionen in Sachsen-Anhalt von 1946 bis 1950 – Analyse des landespolitischen Handelns und der Handlungsspielräume, kollektive Akteure in der werdenden DDR“ im Deutschen Universitätsverlag Wiesbaden veröffentlicht worden. Christina Trittels Arbeit ist mir wohlvertraut, weil ich sie seinerzeit an der Universität Halle als Fachgutachter betreut habe. Im Jahr darauf erschien ein thematisch eng verwandtes zweites Buch, betitelt „Die Abgeordneten des ersten Landtages von Sachsen-Anhalt 1946 bis 1950 – vom Scheitern demokratischer Hoffnung“. Dieses Buch ist, gefördert von der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, im Mitteldeutschen Verlag Halle veröffentlicht worden. Christina Trittel war von 2002 bis 2006 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Systemanalyse und Vergleichende Politik an der Universität Halle. Heute arbeitet sie als Inklusionsbeauftragte des Landkreises Helmstedt.

Mathias Tullner ist, das darf ich so sagen, der Nestor der Landesgeschichte Sachsen-Anhalts. Zu diesem Thema hat er zahlreiche Veröffentlichungen vorgelegt. Mathias Tullner studierte Geschichte, Germanistik und Pädagogik an der Pädagogischen Hochschule in Magdeburg. Er wurde im Bereich Geschichte der Neuzeit 1973 über das Thema „Die Entwicklung der ‚Mannheimer Abendzeitung‘ zum führenden Organ der süddeutschen kleinbürgerlichen Demokratie 1844-1847/48“ promoviert und 1983 habilitiert. Die von ihm verfasste Geschichte Sachsen-Anhalts ist 2001 in dritter Auflage erschienen. Im gleichen Jahr wurde die gemeinsam mit Winfried Lübeck herausgegebene biografische Studie mit dem Titel „Erhard Hübener – Mitteldeutschland und Sachsen-Anhalt. Schriften, Reden, Dokumente des Landeshauptmanns und Ministerpräsidenten“ im Mitteldeutschen Verlag publiziert. Seit 1999 und bis zu seiner Emeritierung im Jahr

2009 war Mathias Tullner Professor für Geschichte der Neuzeit mit Schwerpunkt Landesgeschichte an der Universität in Magdeburg. Wie in der Begrüßung eingangs schon erwähnt, hat er das Vorgängerprojekt über die Lebenswege der während der Zeit des Nationalsozialismus verfolgten Abgeordneten geleitet.

Ich begrüße in unserem heutigen Kreis ferner **Andreas Schmidt**, Landtagsabgeordneter seit 2016 und Mitglied der SPD-Fraktion dieses Hauses. Er weilt heute unter uns nicht vorrangig in seiner Rolle als Politiker, sondern in seiner Eigenschaft als gelernter Historiker, der sich ausführlich mit der Nachkriegsgeschichte Sachsen-Anhalts beschäftigt hat. Andreas Schmidt hat in Halle Geschichte, Landesgeschichte und Volkswirtschaft studiert und dort 1995 sein Magisterexamen abgelegt. 2004 wurde er an der Universität Münster mit einer Arbeit unter dem Titel „... mitfahren oder abgeworfen werden. Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der Provinz Sachsen/im Land Sachsen-Anhalt 1945-1949“ promoviert. Einen Beitrag zum gleichen Thema, welches den Blick auf die Entwicklung des regionalen Parteiensystems nach 1945 lenkt, hat Andreas Schmidt in einem von Hermann-Josef Rupieper und Rüdiger Fikentscher im Jahr 1996 herausgegebenen Sammelband veröffentlicht.

Außerdem begrüße ich auf unserer heutigen Tagung **Andrea Buse**. Sie ist im Landesarchiv Sachsen-Anhalt im Dezernat 22 beschäftigt und fachlich zuständig für die Bestände 1945 bis 1949. Frau Buse hat mich, wie auch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bei meinen eigenen projektbezogenen Archivarbeiten sehr unterstützt. Sie ist Mitautorin einer 2006 erschienenen Veröffentlichung der staatlichen Archivverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt, in welcher Überlieferung der Quellen von KPD und SPD 1945/46 im Landeshauptarchiv dokumentiert ist.

Last but not least heiße ich in unserer Runde zwei Kollegen aus dem Institut für Landesgeschichte am Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalts in Halle willkommen, nämlich **Michael Hecht** und **Jan Kellershohn**. Michael Hecht ist seit 2020 Leiter dieses Instituts und Honorarprofessor für Geschichte an der Martin-Luther-Universität. Er hat mit einer Arbeit zur Patriziatsbildung in den Salzstädten Lüneburg, Halle und Werl in Spätmittelalter und Früher Neuzeit promoviert. Jan Kellershohn ist am gleichen Institut als Referent für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte zuständig. Mit seiner Arbeit über „Die Politik der Anpassung. Arbeitswelt und Berufsbildung 1950 bis 1980“ wurde er 2020 an der Ruhr-Universität Bochum promoviert.

Sehr gerne hätten wir in unserem Kreis auch Frau **Dr. Edith Schrieffl** begrüßt. Sie hat promoviert mit einer vom sächsischen Landtag geförderten Dissertation, die unter dem Titel „Versammlung zum Konsens. Der sächsische Landtag 1946 – 1952“ im Jahr 2020 im Jan Thorbecke Verlag veröffentlicht worden ist. Sehr gerne hätten wir ihre These der „Ökonomie der Offenheiten“ heute diskutiert. Leider hat Frau Schrieffl aus gesundheitlichen Gründen absagen müssen.

Noch kurz zu meiner Person: Von 1992 bis 2012 hatte ich die Professur für Systemlehre und Vergleichende Politik am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität inne. Anschließend war ich bis Ende 2022 Forschungsdirektor am Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) e. V. Dieser Einrichtung, an welcher das Landtage-Forschungsprojekt angesiedelt ist, bin ich als Senior Research Fellow weiterhin verbunden. Die regionale historische Politikforschung war und ist einer meiner Forschungsschwerpunkte. Meine 1986 abgeschlossene Habilitationsschrift, die thematisch im weiteren Sinne zu unserer heutigen Tagung passt, ist unter dem Titel „Politik und Nichtpolitik. Lokale Erscheinungsformen Politischer Kultur im frühen Nachkriegsdeutschland. Das Beispiel Unna und Kamen“ 1989 im Westdeutschen Verlag Opladen erschienen.

2.2 Anlass der Tagung: Das laufende Forschungsprojekt zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der ersten beiden Landtage von Sachsen-Anhalt (1946 – 1952) und der Lebenswege seiner Mitglieder

Zum 1. Februar 2021 hat der Landtag vom Sachsen-Anhalt ein Projekt zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der ersten beiden Landtage von Sachsen-Anhalt (1946 – 1952) und der Lebenswege seiner Mitglieder an Professor Dr. Everhard Holtmann vergeben. Bald nach Projektbeginn entstand die Idee, im Rahmen einer Expertentagung mit Forscherinnen und Forschern, die thematisch im Untersuchungsfeld ausgewiesen sind, die erkenntnisleitenden Fragestellungen und Annahmen des Projekts zu diskutieren. Dafür hat der Landtag die erforderlichen Ressourcen bereitgestellt. Das Programm des Workshops ist nachstehend abgedruckt.

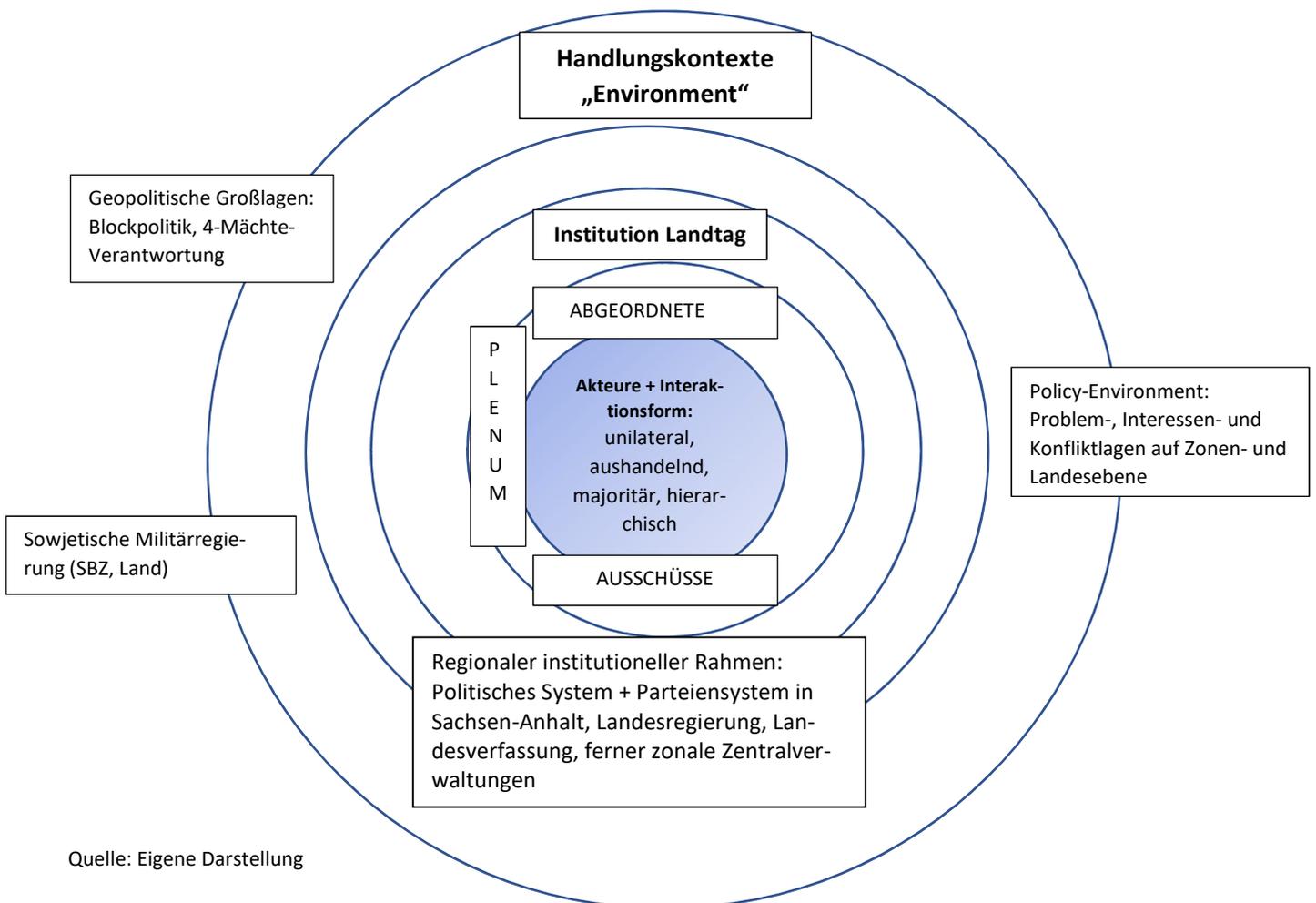
Das lange Ende des demokratischen Neubeginns Die Landtage Sachsen-Anhalts 1946 – 1952 Kontexte und Akteure Programm der wissenschaftlichen Tagung am 17. Oktober 2022 im Landtag in Magdeburg	
09.30 Uhr	Grußwort und Eröffnung durch den Stellvertreter des Direktors beim Landtag Georg Prick
09.45 Uhr	Prof. Dr. Everhard Holtmann: Vorstellung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Einführung in das Programm
Themenblock I	
10.15 Uhr	Zügige Diktaturdurchsetzung oder relative Offenheit der Entwicklung? – Zu den Möglichkeitsräumen demokratischen Neubeginns in Ostdeutschland auf der Landes- ebene ab 1945 Impulsbeiträge Prof. Dr. Mike Schmeitzner (HAIT Dresden), Dr. Michael C. Bienert (Landesar- chiv Berlin), Dr. Gerhard Braas (Kaltenkirchen)
11.15 Uhr	Diskussion
12.30 Uhr	Mittagspause
Themenblock II	
13.30 Uhr	Akteure im deformierten Landesparlamentarismus – Wege zur Erschließung von Abgeordne- tenbiografien Impulsbeiträge Prof. Dr. Everhard Holtmann (MLU Halle), Dr. Christina Trittel (Oebisfelde), Prof. Dr. Uwe Danker (Europa-Universität Flensburg), Prof. Dr. Mathias Tullner (OvG-Univer- sität Magdeburg)
14.30 Uhr	Kaffeepause
14.45 Uhr	Diskussion
16.00 Uhr	Ende der Tagung
Tagungsort:	Gebäude des Landtages

2.3 Einführung in den Gegenstand der Untersuchung: „Context matters“ – zur Bedeutung von Umfeldbedingungen, die das Handeln der Akteure beeinflussen

Für historische Politikforschung stellt die Aufgabe, das historische Geschehen des Landesparlamentarismus während der Zeit von 1946 bis 1952 zu untersuchen, eine Herausforderung dar. Um der Erwartung, die Untersuchung so anzulegen, dass möglichst wirklichkeitsnah dargestellt wird, „wie es damals gewesen ist“, gerecht zu werden, ist es notwendig, die sogenannten Kontextfaktoren mit einzubeziehen. Eine solche Erweiterung der Forschungsperspektive folgt der Erkenntnis, dass die Rahmenbedingungen bzw. externen Umstände das Handeln der Akteure zwar nicht determinieren, also unverrückbar festlegen, jedoch in hohem Maße beeinflussen. Solche Kontextfaktoren lassen sich auch im Umfeld der uns interessierenden parlamentarischen Vorgänge identifizieren und auf der Zeitachse zwischen 1946 und 1952 hinsichtlich ihrer Effekte verfolgen.

Das nachstehende Schaubild, das für die Konzeption unseres Landtagsprojekts entwickelt worden ist, bildet die „geschichteten“ Handlungskontexte – in der Literatur auch Environment genannt – schematisch ab.

Schaubild 1
Eingebetteter Parlamentarismus
auf der Landesebene in Ostdeutschland 1946 – 1950



Quelle: Eigene Darstellung

Den Nucleus bilden die Abgeordneten der damaligen beiden Landtage. Ihr Handeln als Akteure variiert zwischen unterschiedlichen Formen parlamentarischer Interaktion. In den Landtagsausschüssen und im Plenum werden Entscheidungen entweder ausgehandelt, einseitig eingefädelt, mit Mehrheit entschieden oder hierarchisch durchgesetzt (diese Variationen folgen einer von dem Politikwissenschaftler Fritz W. Scharpf vorgeschlagenen Systematik). Zu den hier abgebildeten damaligen Umfeldbedingungen zählten geopolitische Großlagen (4-Mächte-Verantwortung, Ost-West-Blockkonfrontation), die Sowjetische Militäradministration (in SBZ und Land), Policy-Probleme und damit einhergehende Konfliktlagen (chronische Versorgungsmängel, Enteignung von Betrieben, Bodenreform u. a. m.) sowie das institutionelle „setting“ auf der regionalen Ebene, d. h. das werdende politische System und Parteiensystem in Sachsen-Anhalt, ferner die Landesregierung, die im Januar 1947 vom Ersten Landtag verabschiedete Landesverfassung sowie die auf der Zonenebene auf Anordnung der SMAD eingerichteten Zentralverwaltungen.

3. Themenblock I: Zügige Diktaturdurchsetzung oder relative Offenheit der Entwicklung? – Zu den Möglichkeitsräumen demokratischen Neubeginns in Ostdeutschland auf der Landesebene ab 1945

3.1 Einleitung

Professor Dr. Everhard Holtmann

- Strukturierende Vorschläge

Als Strukturierungshilfe für den Themenblock I habe ich den Teilnehmenden der heutigen Tagung vorab einige Überlegungen zugeleitet, die in nachstehender Übersicht aufgeführt sind:

Die Landtage Sachsen-Anhalts 1946 – 1952

Strukturierende Überlegungen I

1. Was kann man / muss man sich unter der Offenheit der Ausgangssituation 1945/1946 vorstellen?
2. Welche Bedeutung kam der SMAD für die Entwicklung des Landesparlamentarismus in Sachsen-Anhalt zu?
3. Lassen sich „Kipppunkte“ zeitlich markieren, welche die Entwicklungsoffenheit schließende Folgen gehabt haben?
4. Welche Bedeutung und welche Fernwirkungen hatte die Landesverfassung vom Januar 1947?
5. Inwieweit hat die besondere Konstellation einer exekutiven Führerschaft durch die Landesregierung und die DWK die Handlungsspielräume des Parlaments unterlaufen?
6. Welche Auswirkungen hatten die Gründung der DBD und der NDPD auf das Parteiensystem, auf die Stellung der bürgerlichen Parteien darin sowie auf die Kräfteverhältnisse im Landtag?
7. Welches Phasen-Modell kann die Entwicklung am ehesten abbilden?

Am Beginn dieser Überlegungen steht die Annahme, dass die Ausgangssituation für den wieder entstehenden Landesparlamentarismus relativ entwicklungsoffen gewesen und eine Zeitlang geblieben ist. Zweitens: Welche Rolle hat die SMAD für die Entwicklung des Landesparlamentarismus in der Provinz Sachsen bzw. dem Land Sachsen-Anhalt gespielt? Drittens: Lassen sich „Kipp-Punkte“ zeitlich markieren, welche für die Offenheit der Entwicklung folgenreich gewesen sind? Eine solche Zäsur, das sei hier angemerkt, waren z. B. die Gemeindewahlen vom September 1946, also noch vor den Wahlen zum Ersten Landtag. Viertens: Welches politische Signal ging von der im Januar 1947 vom Landtag verabschiedeten Landesverfassung aus? Dazu wird Gerhard Braas gleich noch einiges sagen. Fünftens: Haben sich Landesregierung und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) – beide wurden vor den Landtagswahlen eingesetzt – zu einer speziellen Form von exekutiver Führerschaft verselbständigt? Sechstens: Welche Auswirkungen hatte die Gründung der Blockparteien Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) auf das Parteiensystem, die Position der bürgerlichen Parteien CDU und LDP sowie auf die Kräfteverhältnisse im Landtag? Ich gebrauche hier, anders als Michael Bienert in seiner Dissertation (vgl. 2016, S. 19), den Begriff „bürgerlich“ ohne Anführungsstriche, auch wenn diese Beschreibung zu dem marxistisch inspirierten Sprachgebrauch der SED gehört hat. Andererseits ist die Bezeichnung auch in der modernen Sozialwissenschaft geläufig. Dort wird mit „bürgerlich“ ein politisches Lager assoziiert, welches Teile der historisch entstandenen liberalen und konservativen Sozialmilieus umschließt. Siebtens und letztens stellt sich die Frage, welches Phasen-Modell die damalige Entwicklung am besten abbildet. Hierzu finden wir in der heutigen Transformationsforschung etliche Vorschläge, die allerdings auf ihre Anwendbarkeit auf unseren Untersuchungsgegenstand geprüft werden müssen.

Inwieweit diese strukturierenden Vorüberlegungen auf unserer Tagung aufgenommen werden, bleibt den Vortragenden des heutigen Vormittags überlassen. Ihr Einverständnis vorwegnehmend, möchte ich zunächst Mike Schmeitzner das Wort übergeben, und im Anschluss daran Michael Bienert und Gerhard Braas. Bitte, lieber Herr Schmeitzner.

3.2 Impulsbeiträge

Professor Dr. Mike Schmeitzner

Danke schön, Herr Holtmann, und noch einmal herzlichen Dank für die Einladung hier nach Magdeburg. Ja, Sie haben es schon gesagt, Herr Holtmann, es ist einige Jahre her, genauer gesagt, mehr als 20 Jahre, dass ich mich mit dem Thema etwas näher auseinandergesetzt habe. Die entscheidenden Bücher sind schon 2002 und 2003 erschienen, der Tagungsband zur Diktaturdurchsetzung in Sachsen 1945-1952¹ und die Monografie über die Partei der Diktaturdurchsetzung KPD/SED,² wovon bereits die Rede war. Damals haben wir uns als Hannah-Arendt-Institut, ausgehend von unserem damaligen Direktor, Klaus-Dietmar Henke, mit dieser Begrifflichkeit und mit dieser Phase 1945 bis 1952 umfänglich beschäftigt.³ Dabei sind wir vom Untersuchungsgegenstand Sachsen ausgegangen, der hier insofern zu Buche schlägt, als ich immer wieder auf diese unsere Forschungen zurückkommen werde.

Auch wenn ich mich inzwischen in anderen thematischen Gebieten bewege, so geht dieses Thema doch nie ganz verloren. Momentan beginne ich gerade an der TU Dresden ein Hauptseminar mit dem Titel

¹ Vgl. Rainer Behring/Mike Schmeitzner (Hg.), Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945-1952, Köln/Weimar/Wien 2003.

² Vgl. Mike Schmeitzner/Stefan Donth, Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945-1952, Köln/Weimar/Wien 2002.

³ Zur Erläuterung des Begriffs vgl. die Einleitung im Band von Behring/Schmeitzner, S. 7-17, und Mike Schmeitzner, Instanzen der Diktaturdurchsetzung in Sachsen 1945-1952. In: Heiner Timmermann (Hg.), Deutsche Fragen. Von der Teilung zur Einheit, Berlin 2001, S. 175-197.

„Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich im Vergleich“, wo dieser Begriff und dieses Thema wieder auftauchen. Herr Holtmann hat mich, als er mich vor einigen Wochen angerufen hat, gebeten, etwas zum Begriff Diktaturdurchsetzung zu sagen. Das will ich gern tun mit einem gewissen Fokus auf die Zeit 1945/46, vielleicht werde ich auch noch das Jahr 1947 einbeziehen.

Worin unterscheidet sich der Begriff Diktaturdurchsetzung von anderen Begriffen? Ich denke nur an Begriffe wie Sowjetisierung oder Stalinisierung, wie sie etwa die Hermann-Weber-Schule in Mannheim benutzt hat; und worin unterscheidet sich der Begriff von Transformation und Machtsicherung oder – um noch einige Jahre weiter zurückzugehen, denn damit bin ich auch sozialisiert worden, man merkt es vermutlich am Dialekt – vom Begriff „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“?

Wir haben uns für den Begriff der Diktaturdurchsetzung deswegen entschieden, weil der Begriff im Gegensatz zu Sowjetisierung oder Stalinisierung sowohl die exogenen, also sowjetische, als auch die endogenen, nämlich deutschen Einflüsse mit abbildet und gewisse Interdependenzen zwischen den beiden Polen. Die Begriffe Transformation oder Machtsicherung erscheinen zu lapidar, zu wenig richtungsbezogen, um klarzumachen, um was es hier gegangen ist. Der Begriff Diktaturdurchsetzung macht deutlich, was hier eigentlich umgesetzt worden ist, nämlich eine neue Herrschaft. Ein weiterer zentraler Punkt ist der inbegriffene Intentionalismus der KPD, später der KPD/SED, deren Ziel es schon war, eine spezifische Diktatur, die des Proletariats, zu etablieren, nicht als Endpunkt – das wissen wir natürlich –, sondern (wie in der Sowjetunion) als entscheidende Brücke hin zur klassenlosen Gesellschaft. In offiziellen Dokumenten der KPD, so etwa im Aktionsprogramm vom Juni 1945 oder in den „Zielen und Aufgaben“ der SED von März/April 1946, hat der Diktaturbegriff (zunächst) keine Rolle gespielt. Aber in vielen internen Reden, die wir in Sachsen ausgewertet haben, haben das KPD-Spitzenfunktionäre wie etwa Hermann Matern, die aus dem Moskauer Exil kamen, ventiliert. Auch in Leitfäden von Schulungsmaterialien taucht der Begriff 1945/46 immer wieder auf. Vorbild ist dort ganz selbstverständlich die KPdSU mit dem Marxismus-Leninismus.

Was also meint konkret Diktaturdurchsetzung? Mit Blick auf den Titel unseres Panels meine ich nicht, dass es sich um eine „verkürzte“ Diktaturdurchsetzung gehandelt habe, aber doch um eine zügige. Es ist nach meinem Dafürhalten ein etwas längerer Prozess, der keineswegs geradlinig verlaufen ist, der mit Herausbildung der KPD/SED als Hegemonial- bzw. als Staatspartei und der Durchsetzung von Einheitslistenwahlen 1950 auf allen Ebenen der Gesellschaft vorerst abgeschlossen war. Das heißt, ich sehe hier eher eine Phase von fünf Jahren und nicht eine kurze Zeit. Im Umkehrschluss gefragt: Was meint Diktaturdurchsetzung eben nicht? Es meint nicht den immer wieder gern von Publizisten, aber auch von einigen Kollegen betonten nahtlosen Übergang von einer Diktatur, der Nazidiktatur, hin zur kommunistischen Diktatur und damit einen sehr kurzen Zeitraum der Implementierung einer Diktatur. Einige Kollegen, zumal in Sachsen, sehen das so und halten die Diktatur bzw. die „kommunistische Machtübernahme“ bereits Ende 1945 für realisiert.⁴ Das sehe ich nicht so. Ich teile auch nicht die etwas zugespitzte These Jan Foitziks, der die Phase nach 1945 als eine Transformation ansieht, in der sich die „Besatzungsdiktatur“ umstandslos in eine SED-Diktatur gewandelt habe.

Und damit kommt für mich der entscheidende Punkt: Die Diktaturdurchsetzung – so, wie wir sie verstehen, als etwas längeren Prozess – setzt also und geht also von demokratischen Gründungspotenzialen aus, die nämlich erst in eben diesem längeren Prozess eingegeben werden mussten. Unter demokratischen Gründungspotenzialen verstehe ich zuallererst die demokratischen Parteien, die Herr Holtmann und andere heute bereits genannt haben – etwa die SPD, die CDU und die LDP (Liberal-Demokratische Partei). Aber auch Studentenräte, die bis 1947/1948 relativ frei agieren konnten, Schülervertretungen und auch Betriebsräte, die erst 1948 abgeschafft worden sind, zählen für mich dazu. Und zu beachten sind

⁴ Matthias Donath (Hg.), Die Erfindung des Junkers. Die Bodenreform 1945 in Sachsen, Dresden 2011, S. 8.

hier ebenso einige neu entstandene Freiräume, etwa im pädagogischen Bereich. Ich selbst habe vor Kurzem ein Buch über den ersten sächsischen Volksbildungsminister Erwin Hartsch veröffentlicht, in dem ich versucht habe nachzuvollziehen, welche reformpädagogischen Spielräume vorhanden waren, wo er noch an alte Traditionen als Sozialdemokrat bis 1948 anknüpfen konnte. In diesem Atemzug wäre auch auf Ernst Thape zu verweisen, der ebenfalls bis 1948, bis zu seiner Flucht in die Westzonen, Volksbildungsminister in Sachsen-Anhalt gewesen ist.

Allerdings und jetzt kommt das „berühmte Wasser in den Wein“: Diese demokratischen Gründungspotenziale, die nur verständlich sind mit Blick auf die Vier-Mächte-Verwaltung Deutschlands, die ich hier nicht näher erläutern muss, standen von Anfang an unter einem gewissen Vorbehalt. Im Sommer 1945 nämlich – auch das wissen wir alle – wurde der sogenannte Block der antifaschistisch demokratischen Parteien geschaffen, und zwar auf allen Ebenen, nicht nur auf der zentralen Ebene in Berlin, dann in Ostberlin, sondern auch heruntergehend auf Landesebene, Kreisebene usw. Es gab keine anderen Parteien, die sich gründen durften, neben der KPD, die nicht Mitglied dieses Blockes waren. In diesem Block herrschte das Einstimmigkeitsprinzip und andere Parteien konnten dort kaum oder gar keine eigenen Vorstellungen umsetzen. Dagegen vermochte die KPD mit dem Rückhalt der Besatzungsmacht eigene Vorstellungen häufig oder immer durchzusetzen. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt sind die Allparteienregierungen in den Ländern der SBZ. Dieses Prinzip ist auch nach den Herbstwahlen von 1946 so beibehalten worden. Und zwar anders als in den Westzonen – und darauf hat meine Dresdner Kollegin Edith Schriefl in ihrer Dissertation ja zu Recht hingewiesen –, wo es zwar auch am Anfang Allparteienregierungen gab, von der CDU, LDP/FDP, SPD hin bis zur KPD.⁵ Nur haben sich diese zumeist nur bis zu den ersten Landtagswahlen 1946/1947 gehalten. Das war selbst im „roten Hessen“ so, wo die KPD mit der LDP (später wurde sie in FDP umbenannt) in die Opposition geschickt worden ist und die dort existierende linke CDU mit der SPD eine gemeinsame Regierung bildete. Mit anderen Worten: Das Prinzip von Regierung und Opposition ist in den Westzonen zumeist ab Herbst 1946 umgesetzt worden, im Osten aber, in der SBZ, blieb dieses Prinzip auf Dauer ausgeschaltet. Das Prinzip der Einstimmigkeit wurde hier von Anfang an in den Vordergrund gestellt.

Zu Beginn stand also ein limitierter Pluralismus; man kann auch von einem gefesselten Pluralismus sprechen oder von einer kontingentierte Demokratie. Und das war kein Zufall. Wenn man sich die Moskauer Planungen der Exil-KPD von 1944/45 ansieht, wird klar, dass hier fundamentale Überlegungen für die Zeit nach dem Ende des „Dritten Reiches“ entwickelt worden sind. Auf politischer Ebene finden wir dort schon den „Block der kämpferischen Demokratie“ als Instrument der KPD und Überlegungen für ein enges Bündnis mit der SPD, die man mittelfristig vereinnahmen wollte. Damit behaupte ich nicht, dass hier ein ausgefeilter Masterplan ab Mai/Juni 1945 einfach Stück für Stück abgearbeitet worden ist. Der SPD ist man viel schneller zu Leibe gerückt, als man das in den Moskauer Planungen für möglich und nötig gehalten hat. Man kann bei den KPD-Exilplanungen von einem Zweistufenprogramm sprechen: Zuerst sollte ein Minimalprogramm durchgesetzt werden mit ersten wichtigen sozialökonomischen und politischen Weichenstellungen, die irreversibel sein sollten und zudem „Anregungen“ geben sollten für die Politik der Westzonen. Darauf aufsattelnd war an ein Maximalprogramm gedacht, das direkt in den Sozialismus führen sollte. Es ist natürlich offengelassen worden, in welchem Zeitrahmen das alles zu realisieren war. Das hing von der Vier-Mächte-Konstellation ab, wo die KPD/SED weder in Moskau 1944 noch später übersehen konnte, wie sich diese entwickeln würde. Und natürlich hing das von der Politik Moskaus und der SMAD ab.

Ganz wichtig sind natürlich – Sie haben es betont, Herr Holtmann – die SMA-Verwaltungen und mit Blick etwa auf Sachsen-Anhalt oder Sachsen die Länderverwaltungen der SMA, die ja eine doppelte Funktion hatten: Zum einen waren sie für die Unterhaltung und Funktionsfähigkeit der eigenen Truppen zuständig,

⁵ Vgl. Edith Schriefl, Versammlung zum Konsens. Der sächsische Landtag 1946-1952, Ostfildern 2020, S. 42.

und zum anderen – und dafür wurden eine ganze Reihe von Abteilungen geschaffen – für die Steuerung der deutschen Gesellschaft. Sie haben da z. B. planökonomische Abteilungen für die Anleitung der entsprechenden Wirtschaftsministerien auf Länderebene der SBZ. Sie haben des Weiteren die berühmt-berühmten Propagandaabteilungen, die später in Informationsabteilungen (in Sachsen der SMAS) umbenannt wurden, die allein dazu existierten, das politische Leben (etwa in Sachsen) zu steuern. Hier ist von Anfang an maßgeblich Einfluss genommen und die Politik der KPD angeleitet bzw. gedeckt worden. Wie hier von Seiten der SMAS und der KPD gemeinsam vorgegangen worden ist, lässt sich z. B. bei der Umsetzung der Bodenreform in Sachsen 1945 beobachten. Ohne Kompromissvorschläge vonseiten der SPD, der LDP und der CDU zu berücksichtigen, die auf ein rechtsstaatliches Verfahren drängten und statt Güter ab 100 ha nur Güter über 200 ha enteignen und auch sogenannte antifaschistische Restgüter belassen wollten, setzten SMAS und KPD ihre Linie rigoros durch. Der einer Kompromisslinie verpflichtete und eher der SPD nahestehende Ressortchef für Landwirtschaft, Wilhelm Lenhard, wurde abgesetzt.

Mit Blick auf die sowjetische Besatzungsmacht hat Norman Naimark eben nur bedingt recht, wenn er erklärt, eine Sowjetisierung sei allein dadurch zustande gekommen, dass die in der SBZ anwesenden sowjetischen Offiziere der SMAD eben nichts anderes kannten als das sowjetische System und entsprechend auch gehandelt hätten. Die These mag auf den ersten Blick und für die SBZ bestechend klingen, aber warum – so fragt man sich – ist das in Österreich nicht passiert, etwa mit der Vereinnahmung der SPÖ, mit der Säuberung der bürgerlichen Parteien, letztlich mit der Durchsetzung von Einheitslistenwahlen? Gewiss hat das zu tun mit dem besonderen Status von Österreich. Hier wurden – anders als in Deutschland – noch 1945 die Bildung einer Zentralregierung und freie Wahlen im ganzen Land zugelassen. Mit stärkeren politischen und sozialökonomischen Eingriffen hat sich dort die sowjetische Besatzungsmacht zurückgehalten, was gegen die bloße These von der Sozialisierung sowjetischer Offiziere spricht. In Sachsen aber – um nur ein, vielleicht das ökonomisch bedeutendste Land der SBZ zu nennen – kam eben beides zum Tragen: Hier haben Offiziere der SMAS bewusst dirigistisch eingegriffen und eigene Sozialisierungen ausgelebt. Über die rigorose Umsetzung der Bodenreform wurde ja schon gesprochen. Mit Hilfe ihrer planökonomischen Abteilung hat die SMAS den Ressortchef für Wirtschaft, Fritz Selbmann (KPD), ab Herbst 1945 veranlasst, die Wirtschaft zu planen, indem Vierteljahrespläne eingefordert wurden. Wie gesagt: Hier lassen sich vielleicht auch noch Spuren sowjetischer Sozialisierung finden, weil die SMA-Wirtschaftsoffiziere tatsächlich keine andere Wirtschaftsweise kannten als eine zentralisierte Planwirtschaft. Aber bei der Umgestaltung auf dem Lande (Bodenreform) und im politischen Bereich gab es klare Ansagen aus Moskau, so auch die Order, bis Mai 1946 eine SED zu gründen.

Ein ganz enges Zusammenwirken von SMAS und KPD lässt sich von Beginn an in Sachsen auch im Bereich des Inneren nachweisen. Das Innenministerium (bis 1946 als Ressort für Inneres und Bildung firmierend), wurde ab Sommer 1945 als faktisches Parteiministerium der KPD konzipiert. Von hier aus wurde die Personalpolitik der Landesverwaltung bestimmt, von hier aus die Polizei nach eigenen Vorstellungen und mit eigenem Personal aufgebaut und neue Nachrichtenämter geschaffen. Alle Innenminister Sachsens von 1945 bis 1952 waren nicht nur KPD-Mitglieder bzw. Moskau-Kader der Partei, sondern zumeist auch noch langjährige Militär- bzw. Geheimdienstkader der Sowjets (vor allem Kurt Fischer und Wilhelm Zaisser), was ihre Scharnierfunktion zwischen KPD und SMA verdeutlicht. Es war von daher kein Zufall, dass in Sachsen schon im Spätsommer 1945 erste Vorläufer einer politischen Polizei geschaffen wurden, und zwar im Kriminalamt Dresden. Die Dresdner Polizei unter Führung von Max Opitz (KPD) war seit Mai 1945 in (personal-)politischer Hinsicht der Nukleus der sächsischen Polizei. Das Dezernat K 5 beim Landeskriminalamt Sachsen wurde 1946 „aufgesattelt“, nachdem auch auf sächsischer Ebene die KP-Akteure die Polizei komplett dominierten. In Sachsen wurde eben nicht gewartet, bis Erich Mielke und Erich Reschke in (Ost-)Berlin entsprechende Strukturen geschaffen hatten, hier war eine Art Polizei-Musterverwaltung schon Ende 1945 erkennbar.

In Sachsen und der gesamten SBZ vermochte die KPD eigene Schaltstellen der Macht (wie eben in den Landesverwaltungen) rasch zu etablieren und mit Hilfe politischer Rahmenbedingungen Instrumente eines limitierten Pluralismus zu schaffen. Doch eines konnte sie weder in der SBZ noch im Vier-Zonen-Deutschland wirklich planen und voraussehen: Das war das Ziel, in Gesamtdeutschland schnell zu der großen, mächtigen Volkspartei aufzusteigen. Die Partei hatte sich ja im Juni 1945 in ihrem Aktionsprogramm

bewusst ein etwas zurückhaltenderes politisch-programmatisches Gesicht gegeben als noch in der Weimarer Republik. Da war – zumindest nach außen hin – nicht mehr die Rede von „Sowjetdeutschland“ und auch nicht von der Schaffung einer „Diktatur des Proletariats“, sondern von einer „demokratischen Republik“. Doch das programmatische „Lifting“ der KPD sollte ihr in den folgenden Monaten nicht viel helfen: Bis Spätherbst 1945 wurde die Partei weder im Vier-Zonen-Deutschland noch in der SBZ die stärkste politische Kraft, wie in Moskau erhofft, sondern die SPD. Die Sozialdemokratie vermochte den organisatorischen Vorsprung der Kommunisten schnell wettzumachen und in Punkto Mitgliederzahlen die Führung in der SBZ zu übernehmen.

Vor allem die österreichischen Nationalratswahlen (es ließen sich auch noch die ungarischen Wahlen anführen) haben dann im November 1945 den Willen der KPD-Führung, aber auch Moskaus und Stalins endgültig ausgeprägt, nicht länger zu warten mit einer Vereinnahmung der SPD. Die Gründung einer Einheitspartei hatte noch bei den Moskauer Planungen mittelfristig auf der Agenda gestanden, musste jetzt aber vorgezogen werden, wollte man bei Wahlen in der SBZ nicht ein unkalkulierbares Risiko eingehen. Die Differenz bei den österreichischen Wahlergebnissen (KPÖ 5 %, SPÖ 44 %) hätte bei analogem Ausgang in der SBZ nicht nur den bereits erzielten Grad der Herrschaftssicherung der KPD ernsthaft in Frage gestellt, sondern dazu auch nur die geringste Bereitschaft der SPD erstens zu einer Anerkennung der dominierenden Rolle der KPD und zweitens und weitergehend einer etwaigen organisatorischen Verschmelzung mit der KPD den Boden entzogen. Die rasche Abhaltung von Kommunalwahlen in der US-Zone im Januar 1946 bestätigte den österreichischen Trend und setzte damit noch einmal KPD und SMA in der SBZ unter Druck, die Vereinnahmung der dortigen SPD schnellstmöglich durchzusetzen. Mit der so geschaffenen SED war aber das im Sommer 1945 ausgerechnet von der SMAD für ganz Deutschland induzierte Parteienlager (KPD, SPD, CDU und LDP) mit einem Schlag verändert worden. Die Gründung der SED kann von daher als erste bedeutsame politische Teilungszäsur begriffen werden, die jedoch nicht aus der Stärke der KPD, sondern aus ihrer Schwäche resultierte.

Erst nach der Schaffung der SED wurden jetzt Herbstwahlen auf allen Ebenen, nämlich Landtagswahlen, Kreistagswahlen, Gemeindewahlen für 1946 angesetzt. Das waren noch nicht Einheitslistenwahlen, wie sie etwa der Vorsitzende der (West-)SPD, Kurt Schumacher, vorausgesagt hatte. Angesichts des noch nicht forcierten Kalten Krieges und der noch laufenden Vier-Mächte-Verhandlungen wäre das auch von Seiten der SMA höchst unklug gewesen. Von daher ist es wichtig zu betonen, dass im Herbst 1946 in der SBZ/DDR (bis 1989) erstmalig und letztmalig Wahlen nach getrennten Listen durchgeführt wurden. Eben weil SMA und SED-Führung davon ausgingen, dass diese unter den besonderen Verhältnissen der SBZ eine klare Dominanz für die SED ergeben würden. Bei den Gemeindewahlen hat das insofern funktioniert, als dort die Wahlen bereits entschieden waren, bevor überhaupt die Wahlergebnisse vorlagen. Das hatte – und hier bitte ich den Kollegen Bienert um Nachsicht, wenn ich ihm vorgreifen sollte – damit zu tun, dass Kandidaten der bürgerlichen Parteien gerade jenseits der größeren und mittleren Städte häufig gar nicht antreten konnten, weil Ortsgruppen von CDU und LDP von Seiten der SMA bewusst nicht lizenziert worden sind. Aber genau diese Ortsgruppen waren nötig, wollten die betroffenen Parteigliederungen sich an der Wahl beteiligen. Bei den wenigen Wochen später stattfindenden Land- und Kreistagswahlen konnten Landes- bzw. Kreislisten gewählt werden, was die Erfolgsaussichten der SED wiederum schmälerte. Ungeachtet der Tatsache, dass CDU und LDP in Brandenburg und Sachsen-Anhalt über keine absolute Mehrheit im Landtag verfügten, konnte dort über Eingriffe der Länder-SMA jedoch die politische Linie der SED abgesichert werden. Das schloss nicht aus, dass bis 1947/48 in den Landtagen auch ernsthafte und teils kontroverse Debatten stattfinden konnten.

In diese erste Phase der kontingentierte Demokratie – nämlich in den Winter 1946/47 – fallen auch die Beratungen zu den Landesverfassungen der fünf Länder der SBZ. Oktroyiert wurde hier durchweg der Entwurf der SED, der keine Gewaltenteilung vorsah, andererseits aber auch noch keine sozialistische Verfassung implizierte. Die bislang durchgesetzten sozial-ökonomischen Weichenstellungen wurden darin verankert (und wenn sich die Fraktionen der CDU und LDP dagegen wehrten, half die SMA entsprechend nach), aber es lassen sich auch Aushandlungsprozesse nachweisen. Mein Altenburger Kollege Johannes Frackowiak hat dies in seiner Leipziger Dissertation am Beispiel der sächsischen Landesverfassung gezeigt.

Er konnte – auch zu meinem Erstaunen – nachweisen, dass etwa bei der stärkeren Absicherung der Grundrechte die bürgerlichen Fraktionen (besonders die CDU) vor allem deswegen größere Erfolge erzielten, weil ihnen mit dem Leipziger Oberbürgermeister und Volljuristen Erich Zeigner (SPD/SED) ein namhafter SED-Politiker beisprang. Zeigner und weitere Mitglieder des Verfassungsausschusses ließen sich auch nachweislich – so Frackowiak – von der hessischen Landesverfassung inspirieren.⁶ Hier also gab es noch Handlungsspielräume, aber erkennbar war auch, dass sich die SED schon 1946/47 zur neuen Hegemonialpartei entwickelte.

Mit Blick auf die Uhr verweise ich hier nur noch kurz auf die durchaus bedeutsamen außenpolitischen Aspekte, oder anders ausgedrückt, auf das Scheitern der Vier-Mächte-Verhandlungen über Deutschland in Moskau und London 1947. Dadurch haben sich jetzt endgültig die einzelnen Zonen auseinanderentwickelt, wobei die drei Westzonen, als „Trizonesien“, bald Eigenstaatlichkeit gewannen, natürlich unter westlichen Vorzeichen, und die Ostzone als SBZ ebenso, wenn auch unter sowjetischen Vorzeichen. Nun waren die „Messen“ in der SBZ „gesungen“, was die letzten verbliebenen Reste an Pluralismus und Eigenständigkeit von demokratischen Potenzialen anging. Die SMA und die SED – jedenfalls ihr kommunistischer Kern, der von Anfang an in der Partei dominiert hatte – konnten jetzt jegliche Rücksichten fallen lassen. Die Säuberungen in der SED erfolgten ab 1948 nun ganz offen und verfolgten mit der weiteren Entwicklung der Planwirtschaft das Ziel, die SED zur endgültigen Staatspartei zu formen. Dass schloss die Säuberung von CDU und LDP und deren rigorose Gleichschaltung ein. Wahlen nach getrennten Listen – das war 1948 klar – sollte es nie wieder geben. Anders formuliert: Hatte die KPD/SED bis 1947 ihr Minimalprogramm verwirklichen können, nämlich die Durchsetzung ihres Hegemonialanspruchs, war es ihr wiederum mit SMA-Hilfe ab 1948 gelungen, dass darauf aufsattelnde Maximalprogramm umzusetzen. Dass ab 1948 auch der neue SED-Chefideologe Fred Oelßner ganz offen die Diktatur – nämlich die des Proletariats – zum entscheidenden Diktum erklärte, sei nur am Rande vermerkt.

Der Prozess der Diktaturdurchsetzung lässt sich – wenn ich noch einmal auf ein anderes Forschungsprojekt von mir zu sprechen kommen darf – auch anhand der Spruchfähigkeit der Sowjetischen Militärtribunale (SMT) ablesen. Standen bei der Aburteilung deutscher Zivilisten bis 1947 noch vormalige NS-Belastete im Fokus (vor allem in den Fällen der zum Tode Verurteilten), so wandelte sich das Bild ab Ende 1947/Anfang 1948. Urteile gegen politische Gegner aus dem demokratischen Spektrum, die noch 1946 als Einzelfälle anzusprechen waren (etwa mit Blick auf den Selbstbehauptungskampf der Berliner SPD), gerieten jetzt zu einem Massenphänomen. Der Scheitelpunkt ist in den Jahren 1948/49 klar erkennbar. Vielleicht bis hierher, herzlichen Dank. Ich hoffe, das war es, Herr Holtmann, was Sie sich so ein bisschen erhofft haben.

Dr. Michael C. Bienert

Lieber Herr Holtmann, meine Damen und meine Herren! Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, heute hier zu Ihnen sprechen zu dürfen. Dieses erste Panel am Vormittag ist ja den Rahmenbedingungen des Landesparlamentarismus in der SBZ bzw. in der frühen DDR gewidmet, bevor dann am Nachmittag die Akteure des Landtages von Sachsen-Anhalt in den Mittelpunkt rücken.

Nun blicke ich mit einem gewissen zeitlichen Abstand auf das Themenfeld, denn der Kern meiner eigenen Forschungen dazu liegt jetzt bereits ein paar Jahre zurück, sieht man von dem einen oder anderen Aufsatz ab, der seitdem als „Beifang“ noch entstanden ist. Inzwischen stehen andere Themen bei mir im Vordergrund. Die Stiftung Ernst-Reuter-Archiv beim Landesarchiv Berlin, für die ich tätig bin, deutet das bereits an. Aber ich habe bei der Vorbereitung des heutigen Referats gemerkt, dass der zeitliche Abstand dem

⁶ Vgl. Johannes Frackowiak, Soziale Demokratie als Ideal. Die Verfassungsdiskussionen in Sachsen nach 1918 und 1945, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 239-270, hier 244 und 253.

Nachdenken über das Thema keineswegs abträglich sein muss. Im Gegenteil: Bestimmte Linien des Verstehens, einst aus den Archivalien und der Forschungsliteratur mühsam zusammengetragen, fügen sich nun doch klarer und, wie ich hoffe, auch prononcierter zu einem Bild zusammen.

Das Panel arbeitet im Titel des Themenblocks mit zwei Standpunkten: zügige Diktaturdurchsetzung oder relative Offenheit? Nun bin ich, was die Offenheit anbelangt, insgesamt relativ skeptisch. Gleichwohl kann ich gewisse Aspekte erkennen, die erklären, weshalb man zu dieser Einschätzung gelangen kann und die möglicherweise für diese Sichtweise Anhaltspunkte geben. Um es bildlich zu sagen: Ich neige in der Frage weder zu Schwarz noch zu Weiß, sondern eher zu einem frischen Dunkelgrau.

Ausgangspunkt jeglicher Betrachtung zu dieser Frage muss meines Erachtens die sowjetische Besatzungsmacht sein; denn sie war es, die den Rahmen vorgab. Alle Wandlungen in der Deutschlandpolitik Moskaus hatten Konsequenzen für die politischen Bedingungen in der SBZ. Die großen grundlegenden Eingriffe, wie etwa die Bodenreform, die Enteignung und Verstaatlichung von Betrieben vermeintlicher oder tatsächlicher NS- und Kriegsverbrecher oder auch die sogenannte Demokratisierung der Schule, die dann im Sommer 1946 die Einheitsschule in der SBZ begründete, alle diese Maßnahmen beruhten auf Entscheidungen, die in Moskau bzw. in Karlshorst in Absprache mit der KPD/SED vorbereitet worden waren und die dann über die Kommunistische Partei bzw. über die SED in die Länder hineingetragen wurden.

Zugleich müssen wir sehen, dass die sowjetische Deutschlandpolitik zunächst eine gewisse Offenheit aufwies und Rücksichtnahmen einforderte. Denn aus der Perspektive der Jahre 1945 oder 1946 war der Blick Stalins noch auf eine gesamtdeutsche Lösung ausgerichtet. Die Neugründung der Länder und Provinzen folgte pragmatischen Erwägungen, um nach dem Chaos des Krieges eine neue staatliche Ordnung zu etablieren. Und diese Schritte unterschieden sich zunächst, rein formal betrachtet, kaum von dem Vorgehen der Westmächte in den anderen Besatzungszonen.

Wer sich den Wahlkalender des Jahres 1946 ansieht, kann zu dem Schluss gelangen, dass die Sowjetunion sich in einer besatzungspolitischen Konkurrenzsituation befand. Im Jahr 1945 – Sie haben schon darauf hingewiesen, Herr Schmeitzner – war man mit der Gründung der Parteien vorgeprescht und hatte damit die Westmächte nicht nur überrascht, sondern auch unter einen massiven Druck gesetzt, dem nachzufolgen. Nun jedoch, im Jahr 1946, konnte man bei der Zulassung erst von Beratenden Versammlungen und sodann der Landesparlamente über Wahlen nicht zurückstehen.

Auch im Westen warfen die Amerikaner, die Briten und die Franzosen ein wachsames Auge darauf, wer in ihren Besatzungszonen künftig Politik gestalten wollte. Ebenso wurden die Landtage zunächst einer Form von politischer „Begleitung“ unterworfen. Etwas anderes wäre nach den schlimmen Erfahrungen mit den Deutschen in den Jahren zuvor wohl kaum denkbar gewesen.

Doch trotz solcher formalen Ähnlichkeiten war mit Blick auf die SBZ der qualitative Unterschied in der Ausübung der politischen Kontrolle erheblich. Die Offiziere der SMA überwachten die Vorgänge in den Landesparlamenten, sie kontrollierten Tagesordnungen, sie ließen unangenehme Initiativen, insbesondere der sogenannten bürgerlichen Parteien CDU und LDP, absetzen. Sie waren auch zumeist in Ausschuss- und Fraktionssitzungen zugegen, ohne dass dies in deutschen Protokollen vermerkt wurde.

In Brandenburg musste im Jahr 1947 ein erster Verfassungsentwurf auf Anordnung der Besatzungsmacht einer Revision unterzogen werden, weil er als zu „bürgerlich“ erschien. Die Politoffiziere störten sich insbesondere – ohne das in extenso auszuführen – an einer Garantie zum Schutz des Eigentums sowie an einem Recht zum Widerstand gegen Gesetze, die „gegen Moral und Menschlichkeit verstoßen oder das Gemeinwohl gefährden“. Diese Passagen waren auf Drängen der CDU in den Entwurf aufgenommen worden, weil die CDU in Brandenburg hoffte, auf diese Weise im Nachhinein bereits getroffene Weichenstellungen nachträglich revidieren zu können. Aus sowjetischer Perspektive mussten solche Bemühungen natürlich verhindert werden.

Als unter den „bürgerlichen“ Abgeordneten im Sommer 1947 Widerstand gegen die Verabschiedung des Gesetzes zur Verstaatlichung der Bodenschätze und der Bodenbergbaubetriebe aufkam, befahl die SMA Brandenburg kurzerhand die Annahme der Gesetzesvorlage.

Auch die Haushaltspläne, eigentlich traditionell ein Königsrecht von Parlamenten, unterlagen sowjetischen Vorgaben. Detlev Brunner hat am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern detailliert gezeigt, wie sich die Besatzungsmacht das entscheidende Wort vorbehielt. Die Liste an Beispielen ließe sich unendlich fortführen.

Doch zugleich müssen wir sehen, dass die Möglichkeiten einer umfassenden Kontrolle im Alltag begrenzt waren. Aus den leider bislang nur wenigen Forschungen über die Landesverwaltungen der Militäradministration – ich glaube, da gibt es tatsächlich noch einiges zu tun – wissen wir aber schon, dass die Stellen häufig unterbesetzt waren, dass nicht genügend Übersetzer zur Verfügung standen und dass die Aufgaben der für die Parteien, die Landesregierungen und die Parlamente zuständigen Offiziere viel zu umfassend waren, als dass es möglich gewesen wäre, alles kontinuierlich und flächendeckend bis ins letzte Detail hinein zu erfassen und zu kontrollieren.

Hinzu kamen ein Kompetenzgerangel innerhalb der Militäradministration selbst, unklare Vorgaben sowie interne Überprüfungen, die sich dann wiederum lähmend auf die Arbeit der SMA-Verwaltungen in den Ländern auswirkten. Denken wir ebenso an die Berge von Papier, die bereits in den späten 1940er-Jahren in einem Parlamentsbetrieb produziert wurden. Wer sollte das alles lesen? Zumal, wenn es vorher noch übersetzt werden musste? In Brandenburg stand 1947 nur ein Übersetzer für Landtagsangelegenheiten zur Verfügung.

Hier waren pragmatische Lösungen erforderlich. So verzichtete die SMA in Potsdam relativ schnell darauf, die Protokolle der Landtagssitzungen vor ihrer Veröffentlichung zu überprüfen oder zu zensieren, weil das schlichtweg nicht leistbar war. Das war aber meines Erachtens auch gar nicht notwendig; denn durch die regelmäßige Berichterstattung, zu der die Parteien und die Fraktionen verpflichtet waren gegenüber den Politoffizieren, durch die Gespräche mit Landtagsabgeordneten sowie aufgrund der Auflage, dass die Fraktionen ihre Tagesordnungen und Gesetzentwürfe vorher, bevor sie in den parlamentarischen Betrieb hineinkamen, den Offizieren vorlegen sollten, verfügten diese über Möglichkeiten, die Vorgänge in den Parlamenten im Großen unter Kontrolle zu behalten, ohne dabei stets wirklich über jedes Detail informiert sein zu müssen.

Ein SMA-Offizier in Erfurt brachte das Prinzip trefflich auf den Punkt: „Wir lassen den Teich nur so tief graben, dass wir die Fische immer sehen.“

Was ergab sich aus all dem für die deutschen Parlamentarier? Zunächst einmal sollten wir bedenken, dass sich unser Blick auf die Vorgänge ex post anders darstellen mag, als es für die damaligen Abgeordneten der Fall war. Aus der Perspektive eines Landtagsabgeordneten, ganz gleich welcher Partei, des Jahres 1946, 1947, eventuell auch noch 1948, erschien die Zukunft einigermaßen offen. Es gibt zahlreiche Belege, dass Christ- und Liberaldemokraten in den Parlamenten ihre Rolle darin sahen, Schlimmeres zu verhindern und so lange durchzuhalten, gleichsam zu überwintern, bis die Sowjets abziehen würden und der ganze Spuk ein Ende habe.

Ich kann Ihnen dazu eine anschauliche Episode von einer Parteiveranstaltung der CDU in Brandenburg berichten, die interessanterweise auch Eingang in die SED-Unterlagen fand. Demnach sagte der Politiker Peter Bloch zu den Besuchern der Versammlung: Wir müssen unsere Rolle als Christdemokraten folgendermaßen verstehen: Stellen Sie sich vor, Sie haben eine Straße, auf der spielen Kinder, und auf einmal kommt eine Herde wildgewordener Pferde angestürmt. Als Partei haben wir nun folgende Möglichkeiten: Entweder stellen wir uns gegen diese Pferde, dann werden wir überrannt. Oder wir lassen alles so weiterlaufen, dann können Sie sich vorstellen, was mit den Kindern geschieht. Nein, unsere Aufgabe sollte es sein, quasi von der Seite hinein den Pferden in die Zügel zu fallen und sie dadurch abzubremsen.

Nun mag uns dieses Bild aus der heutigen Perspektive etwas fremd oder bemüht erscheinen. Aber der Kern, wie man seine eigene Rolle als Politiker in einem besetzten Land verstand, das wird meines Erachtens aus der Episode überaus deutlich. Es war die Hoffnung auf ein besseres Morgen, von dem man meinte, dass es in nicht allzu langer Ferne eintreten würde.

In ihren Vorstellungen und im Anspruch, Politik mitgestalten zu wollen, unterschieden sich die Parlamentarier der SBZ-Landtage zunächst nicht sonderlich von den wenigen Kolleginnen und vielen Kollegen – auch die Disparität der Geschlechter ist ein bemerkenswerter Aspekt – in den westdeutschen Landesparlamenten. Selbst die Mitglieder der SED-Fraktionen waren anfänglich keine geschlossenen Kaderformationen auf Ulbrichts oder Stalins Kurs, sondern insbesondere die alten Sozialdemokraten standen in vielen Punkten den Vorstellungen von Liberal- und Christdemokraten – wenn es beispielsweise um Grundrechte ging – näher als denen der Kommunisten in den eigenen Reihen.

In Thüringen und Brandenburg versuchten die Landtagspräsidenten Frölich und Friedrich Ebert jr. für die Parlamente eigene Handlungsspielräume gegenüber der SMA und gegenüber der jeweiligen Landesregierung zu gewinnen und diese dann später zu verteidigen, was allerdings auf Dauer aus verschiedenen Gründen nicht durchzuhalten war. Ich vermute, in Sachsen wird es ähnlich gewesen sein, dass es nämlich eine Konkurrenzsituation zwischen Landesregierung und Landtag gegeben hat.

Tatsächlich gelang es den „bürgerlichen“ Fraktionen im Potsdamer Landtag mehrfach, in Detailfragen eigene Vorstellungen durchzusetzen. Sie müssen bedenken, nach den Wahlen 1946 existierte in Brandenburg eine „bürgerliche“ Mehrheit, so wie in Sachsen-Anhalt. CDU und LDP hätten, rein rechnerisch betrachtet, ohne die SED eine Regierung bilden können. Da gelang es durchaus, in einem kleinen Rahmen bestimmte Vorstellungen durchzusetzen. Aber aufs Ganze bezogen hatten diese Erfolge keine wirklich relevanten Auswirkungen.

Zudem müssen wir sehen, dass die Parteien und die Fraktionen immer stärker unter politischen Druck gerieten. Eingriffe und Repressionen seitens der Besatzungsmacht hatte es seit 1945 immer gegeben. Doch ab Mitte 1948 liefen regelrechte Säuberungswellen in den Parteien an, in deren Verlauf kritische und unabhängige Stimmen entweder zur Anpassung gezwungen, zum Schweigen gebracht oder verhaftet wurden oder in den Westen fliehen mussten.

Hier sind wir wieder bei den großen Veränderungen in der sowjetischen Deutschlandpolitik, die sich genau in dieser Zeit zutragen. Bekanntlich wurde das Jahr 1948 zu einem Schlüsseljahr der Teilung und auf dem Weg in die doppelte Staatsgründung.

Indem gesamtdeutsche Optionen endgültig wegfielen, mussten sich die ohnehin schon schwierigen politischen Bedingungen in der SBZ weiter verschärfen. Natürlich wäre jetzt noch über die staatlichen Zentralisierungstendenzen zu sprechen, die bereits schon vorher angelaufen waren, Stichwort DWK oder die Zentralverwaltungen. Aber das ist ein weiteres Thema, das jetzt hier den Rahmen sprengen würde.

Walter Ulbricht formulierte im Juli 1948 den Anspruch: „Alle grundlegenden Fragen, wichtigen Gesetze werden vorher bei unserer Parteileitung entschieden.“ In der Folge wurde alles dafür getan, um diese Vorgabe auf zentraler Ebene, aber eben auch auf Landesebene durchzusetzen.

Was bleibt also am Ende? Ja, es gab in den Jahren 1946, 1947 und teilweise bis ins Jahr 1948 hinein in einem gewissen Rahmen eine relative Offenheit, die bei vielen Parlamentariern die Hoffnungen auf einen demokratischen Neubeginn nährt. Aber: Der Rahmen wurde definiert durch die Besatzungsmacht und stets den deutschlandpolitischen Absichten der Sowjetunion untergeordnet. Dass Stalin ein ernsthaftes Interesse gehabt hätte, den Deutschen ein demokratisches System mit einem Parlamentarismus nach westlichen Maßstäben zu ermöglichen, halte ich für ziemlich unwahrscheinlich.

Für einen überschaubaren Zeitraum existierten für die Parlamente und auch die Landesregierungen bis zu einem gewisse Grad Freiräume, die aber stets einer Kontrolle unterstanden, und diese Freiräume konnten jederzeit neu definiert, komplett weggestrichen und zurückgenommen werden. Aber dann lautet die Frage: Waren das noch wirkliche Freiräume? Auch dieser Befund mit dem Verweis auf die Entwicklung in den westlichen Zonen. Über diese Fragen, meine Damen und Herren, sollten wir gleich sprechen. Und ich freue mich auf die Diskussion. Jetzt danke ich Ihnen erst einmal für Ihre Aufmerksamkeit und gebe das Wort gern an Sie zurück, Herr Holtmann.

Professor Dr. Everhard Holtmann

Ich gebe jetzt das Wort an Gerhard Braas weiter, der sich in einer vergleichenden Perspektive mit der Verfassungsgebung von 1946/47 in den ostdeutschen Ländern und Provinzen schon vor längerer Zeit befasst hat.

Dr. Gerhard Braas

Vielen Dank. Das „vor längerer Zeit“ ist eine Untertreibung. Es ist 40 Jahre her, dass ich mich mit der Thematik beschäftigt habe. Und anders als alle anderen habe ich mich seither beruflich überhaupt nicht mehr damit befasst. Bis ich im Sommer von Herrn Holtmann einen Anruf bekommen habe.

Vielleicht eine kurze Vorbemerkung zu einer Besonderheit. Die Forschungsgruppe am Arbeitsbereich Geschichte und Politik der DDR an der Universität Mannheim und des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, der ich angehörte, haben sich vor der Wende von 1989/90 nur auf der Basis westdeutscher Quellen mit der Landespolitik und mit der SBZ-Politik befasst. Ich bin, glaube ich, der Einzige, der aus historischer Perspektive Westdeutschlands über die Verfassungsgebung in der Sowjetzone, erst einmal in den Ländern und dann auch über die Republikverfassung, gearbeitet hat.

Thema meines heutigen Beitrags ist die Verfassungsgebung 1946/1947, die im Spannungsfeld der Landespolitik zwischen den beiden Polen von zentraler Steuerung und Bemühungen um eine Harmonisierung von Landespolitik stattgefunden hat.

Ich habe im Rahmen meiner Arbeit damals noch mit Personen sprechen können, die an der Verfassungsgebung beteiligt waren. Diese Zeitzeugen sind natürlich heute alle längst verstorben.

Nun zu meinem heutigen Beitrag. Nach den Landtagswahlen im Oktober 1946, die noch auf der Grundlage konkurrierender Wahlvorschläge durchgeführt wurden, konstituierten sich die Landtage aller fünf Länder in der Sowjetischen Besatzungszone. In allen fünf Parlamenten wurden Landesverfassungen zwischen Dezember 1946 und Februar 1947 nach nur kurzer Beratung jeweils einstimmig gebilligt.

Die Verfassung der Provinz Sachsen wurde am 10. Februar 1947 in Halle beschlossen. Ihre Verabschiedung war wohl die bedeutendste Entscheidung während der ersten Legislaturperiode. Sie sollte den seit Kriegsende unter sowjetischer Besatzungsherrschaft entstandenen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen als eine wichtige rechtliche Grundlage dienen.

Überlegungen und Entwürfe der Parteien

Alle Parteien der SBZ bemühten sich, ihre verfassungspolitischen Vorstellungen zentral zu steuern und zu koordinieren. Im Prozess der Verfassungsgebung gab es daher kaum Bezüge und Rückgriffe auf Eigenheiten und Traditionen der fünf Länder der Sowjetischen Besatzungszone. Das trifft auch auf Sachsen-Anhalt zu.

Nachdem die Verfassungsexperten Hans Peters und Helmut Brandt im Berliner Führungskreis der CDU erste Überlegungen formuliert hatten, wurde im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern ein erster Landesverfassungsentwurf erarbeitet. Daraus erstellte die CDU-Führung in Berlin eine zentrale Muster-

vorlage für die übrigen vier Länder der SBZ. Dieses Papier wurde auch in Sachsen-Anhalt Argumentationsgrundlage der Landtagsfraktion.

Die SED formulierte in ihren zentralen Parteigremien – insbesondere durch Karl Polak als Leiter der „Abteilung Justiz“ – insgesamt drei voneinander abweichende Entwürfe über den Status und die Struktur der Länder. Zunächst hatte sie lediglich „Landesordnungen“ als Länderrahmengesetze schaffen wollen. Sie zog diese Vorlage aber nach Intervention der sowjetischen Besatzungsmacht zurück, die angeordnet hatte, Verfassungen auszuarbeiten. Die SED präsentierte in allen fünf Landtagen nahezu gleichlautende, weiterhin knapp gehaltene Landesverfassungsentwürfe ohne Grundrechtsteil. In drei Ländern, in denen die CDU zum Beginn der Parlamentsberatungen konkurrierende Anträge eingebracht hatte – so auch in Sachsen-Anhalt – zog die SED ihre Entwürfe zurück und präsentierte eine erweiterte Fassung, welche die nachdrückliche Forderung der CDU nach Aufnahme von Grundrechten berücksichtigte. Diese dritte Vorlage orientierte sich eng an dem von der SED fast zeitgleich vorgelegten Verfassungsentwurf für eine gesamtdeutsche Republik und war in weiten Teilen an die Weimarer Verfassung von 1919 angelehnt. Dieser erweiterte SED-Verfassungsentwurf wurde auch in Sachsen-Anhalt Grundlage der parlamentarischen Beratungen.

Die LDP verzichtete auf eigene Entwürfe und ließ daher ein weithin geschlossenes und detailliertes Verfassungskonzept vermissen. Für sie waren die Länderverfassungen von relativ untergeordneter Bedeutung. Sie bemühte sich zwar um eine möglichst einheitliche Ausrichtung der grundlegenden Ländergesetze, strebte aber vor allem eine Lösung der anstehenden Probleme im gesamtdeutschen Rahmen an.

Die wesentlichen Unterschiede der Landesverfassungen waren vor allem Resultat der unterschiedlichen Entwürfe der SED.

These: Die Verfassungsgebung verlief weitgehend im Gleichklang der Länder ohne landesspezifische Eigenheiten.

Landtage und Landtagsfraktionen

Alle Parteien – insbesondere die SED und die LDP – hatten ihre Spitzenleute in die Länder entsandt. Diese verfügten zumeist über langjährige politische Erfahrungen schon aus der Weimarer Republik: in Sachsen-Anhalt waren dies Walter Ulbricht und Bernard Koenen für die SED und Erhard Hübener sowie Kurt Schwarze für die LDP. Siegfried Mampel arbeitete für die CDU als Justiziar.

Im Prozess der Verfassungsgebung wurden die Grundsatz- und Einzelentscheidungen in den Parlamentsgremien getroffen, die vorbereitenden Detailarbeiten lagen bei den Rechts- und Verfassungsausschüssen der Landtage.

Außerparlamentarische Vorkehrungen wie der zentrale Berliner Blockausschuss, die Integration der Parteien in die Landesblockausschüsse sowie ihre Beteiligung an den Allparteienregierungen dienten der Koordinierung und Harmonisierung der politischen Willensbildung. Ungeachtet dessen kam es in den Parlamentsitzungen, vor allem den Plenartagungen, vielfach zu Meinungsverschiedenheiten. Diese wurden zum Teil in heftigen Auseinandersetzungen offen, hart und nach durchaus traditionellen parlamentarischen Spielregeln ausgetragen – mit Rededuellen, Polemiken, kontroversen Abstimmungen, Störversuchen durch Zwischenrufe bis hin zu einem zeitweiligen Sitzungsboykott in Thüringen.

In allen Parteien war der bei Verfassungsberatungen durchaus übliche Wunsch nach einem breiten Konsens deutlich spürbar. Darüber hinaus war der Wille zu einem gemeinsamen demokratischen Aufbruch erkennbar. Das führte dazu, dass die SED trotz ihrer parlamentarischen Stärke ihre ersten Vorlagen durch kompromissfähigere ersetzte. Eine ganze Reihe der schließlich verabschiedeten Verfassungsbestimmungen ging auf die Initiative der beiden bürgerlichen Parteien zurück. Vor allem in den Parlamenten ohne SED-Mehrheit – in Brandenburg und Sachsen-Anhalt – konnten CDU und LDP einige von ihnen als wesentlich erachtete Vorstellungen durchsetzen.

In den Beratungen der Parlamente traten die Fraktionen geschlossen auf. Bei CDU und LDP waren keine Differenzen zwischen Parteiflügeln festzustellen, bei der SED keine Unterschiede zwischen ehemaligen Kommunisten und Sozialdemokraten. Dem Konsenswillen folgend entsprach das Abstimmungsverhalten traditionellen parlamentarischen Regeln – die bei Einzelfragen unterlegenen Fraktionen akzeptierten diese Voten bei den anschließenden Abschnitts- und die Schlussabstimmungen.

These: Die Landtagsberatungen und die Abstimmungen entsprachen traditionellen parlamentarischen Ausdrucksformen.

Zentraler Block

Die Landesblockausschüsse, die in den vorangegangenen eineinhalb Jahren u. a. bei der Bodenreform bedeutende Koordinierungs- und Legitimationsgremien gewesen waren, verloren mit der Konstituierung der Landtage an Bedeutung. Sie waren im Prozess der Verfassungsgebung allenfalls am Rande beteiligt. Damit erhöhte sich gleichzeitig das Gewicht des „Zentralen Ausschusses der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ in Berlin.

Die SED hatte Ende November 1946 im zentralen Block angeregt, dort Probleme der Länderverfassungen zu beraten. Sie umging aber die Blockgremien, indem sie in einigen Ländern Verfassungsentwürfe eingebracht hatte, ohne die anderen Parteien konsultiert zu haben. Dies verhinderte im zentralen Block Anfang Dezember 1946 eine eindeutige Verständigung über die parlamentarischen Beratungsprozeduren und gab der CDU die Gelegenheit zu einer eigenen Verfassungsinitiative. Sie präsentierte einen eigenen Genentwurf zu den SED-Vorstellungen. Die Parteien vereinbarten erst in der Schlussphase der Landtagberatungen, vor der endgültigen Verabschiedung der Verfassungen im zentralen Block eine Koordinierung herbeizuführen. Diese Verständigung wurde wiederum von der SED unterlaufen, nachdem sie die vorzeitige Verabschiedung der Thüringer Landesverfassung vorangetrieben hatte.

Die CDU präsentierte daraufhin Anfang Januar 1947 im Berliner Blockausschuss ihre in Thüringen unberücksichtigt gebliebenen Forderungen, um sie von zentraler Stelle absegnen zu lassen und in den Ländern durchsetzen zu können. Ohne Einigung bei den Fragen zur Gewaltenteilung und Schulbildung verständigte sich der Blockausschuss über eine Reihe von gemeinsam getragenen Empfehlungen an die Fraktionen in den übrigen vier Landtagen, darunter auch Sachsen-Anhalt. Allerdings versuchten SED und CDU nach wie vor, ihre in den Blockempfehlungen nicht berücksichtigten Vorstellungen dann in den Landesparlamenten doch noch durchzusetzen. Die Blockbeschlüsse sind außer in Brandenburg nur marginal wirksam geworden. Sie dienten auch in Sachsen-Anhalt vor allem den bürgerlichen Parteien zur Stützung ihrer Auffassungen.

These: Der zentrale Blockausschuss konnte seiner Rolle als länderübergreifendes koordinierendes Gremium nur unzureichend nachkommen.

Sowjetische Besatzungsmacht

Die Sowjetische Militäradministration gab den allgemeinen Rahmen für die Verfassungsgebung vor und griff mehrfach in den Prozess der Verfassungsgestaltung ein. Die Besatzungsmacht veröffentlichte allerdings keine entsprechenden schriftlichen Befehle. Ihre Weisung, förmliche Landesverfassungen auszuarbeiten, trug ihr Vertreter den im Plenum des Thüringer Landtages versammelten Abgeordneten während der konstituierenden Sitzung mündlich vor. Diese offene Intervention während der laufenden Planungen richtete sich zuallererst gegen die SED, die zunächst nur Landesordnungen schaffen wollte und diesen sowjetischen Kurswechsel mit der Präsentation von Verfassungsentwürfen sofort aufnahm. In Brandenburg hatten die SED-Vertreter der CDU im Ausschuss weitgehende Zugeständnisse gemacht, die auf Betreiben der Besatzungsmacht dann korrigiert wurden.

Allerdings waren es eher die bürgerlichen Parteien, die sich einem als Druck empfundenen Einfluss seitens der SMAD-Instanzen ausgesetzt sahen. In Sachsen-Anhalt wurde die LDP-Abgeordnete Elisabeth Becker vor Beginn der Beratungen nach einer Westzonenreise von den sowjetischen Organen festgenommen. Sie wurde erst wieder freigelassen, nachdem sie sich zum Übertritt in die SED-Fraktion verpflichtet hatte. Die bürgerliche Mehrheit schmolz damit auf eine Stimme. In Mecklenburg-Vorpommern hatten die sowjetischen Behörden die CDU-Forderung nach Aufnahme von Grundrechten zunächst abgelehnt. In Thüringen hatten sie im Zusammenspiel mit der SED den Prozess der Verfassungsgebung stark forciert.

Die Besatzungsmacht wurde von Landtagsabgeordneten regelmäßig über Diskussionen im Plenum und in den Ausschüssen unterrichtet. Sowjetische Offiziere waren bei den Beratungen in den Gremien und bisweilen auch in den Fraktionen anwesend. Sie ergriffen das Wort zu offiziellen Erklärungen vor den im Parlament versammelten Abgeordneten und bestellten einzelne zu Gesprächen in die Kommandanturen.

Die Landesverfassungen bedurften wie alle anderen Landesgesetze der Zustimmung durch die sowjetische Militäradministration. Formelle Einsprüche hat es jedoch nicht gegeben.

Die an der Verfassungsgebung beteiligten deutschen Akteure konnten nur innerhalb eines engen Rahmens agieren und die bürgerlichen Parteien hatten nur einen Teil ihrer Vorstellungen durchsetzen können. Auch vor dem Hintergrund der sowjetischen Vorstellungen zur Gestaltung der Verfassungen und ihrer Wünsche nach einer möglichst einhelligen Billigung dieser grundlegenden Gesetze war die Zustimmung aller Parteien letztlich nicht das Ergebnis eines äußeren Zwangs, sondern einer bewussten politischen Entscheidung der Parlamentarier in einer national und international schwer überschaubaren Situation. Starke Anhaltspunkte dafür sind die Offenheit und auch die gelegentliche Härte der parlamentarischen Auseinandersetzungen um die Verfassungsregelungen.

These: Eingriffe der sowjetischen Besatzungsmacht zeichnen kein einheitliches Bild. Die Art und Weise der parlamentarischen Debatten und die einstimmige Annahme der Verfassungen in allen Landtagen sind Indizien einer bewussten politischen Entscheidung.

Inhalte der Länderverfassungen

In der zeitgenössischen Kommentierung wurde den Verfassungen der Status als Übergangsregelungen zugesprochen. Ihnen wurde in Abgrenzung zur westzonalen und besonders zur Bayerischen Verfassungsentwicklung eine Vorbildrolle für ganz Deutschland zugewiesen, als „Wegweiser für die Verfassung eines künftigen deutschen Gesamtstaates“: Auch Sachsen-Anhalt verstand sich als Gebietskörperschaft einer zukünftigen gesamtdeutschen Republik, als „Glied“ der „Deutschen Demokratischen Republik“.

Die Angst vor dauernder Spaltung Deutschlands mag einer der Gründe dafür gewesen sein, dass in den Verfassungsberatungen von keiner Partei ein Bezug zur Landestradiation hergestellt worden war und sich demgegenüber starke zentralstaatliche Tendenzen gezeigt hatten. Die Nennung der schwarz-gelben Landesfarben war die einzige Festlegung, die einen Eigenwert des Landes Sachsen-Anhalt herausstellte.

Die Landesverfassung, die auf der Grundlage des zweiten SED-Entwurfs erarbeitet worden war, erhielt diesem Muster entsprechend einen breit angelegten Grundrechtskatalog mit Freiheitsrechten, sozialen Rechten, Einschränkungen für Personen mit NS-Belastung und mit antifaschistischen Regelungen wie dem Verbot von nationalem und religiösem Hass und Rassenhetze. Den bürgerlichen Parteien gelang es, ein Recht auf freie Berufswahl zu verankern und die von der SED vorgesehene staatliche Einflussnahme auf Kunst, Wissenschaft und Lehre weitgehend zu reduzieren.

Die SED wehrte sich mit Erfolg gegen das Prinzip der Gewaltenteilung. Stattdessen erhielt der Landtag die Gesetzgebungskompetenz sowie weitgehende Macht- und Kontrollbefugnisse gegenüber Verwaltung und Justiz. CDU und LDP konnten gegen den Willen der SED die sogenannten Massenorganisationen von der Willensbildung im Parlament ausschließen. Die Prinzipien des Berufsbeamtentums sowie der lebenslangen Anstellung von Richtern wurden annulliert, eine weitgehende Laienbeteiligung an der Rechtspflege

und das System der Volksrichter wurden abgesichert.

Im Zusammenspiel von SED und CDU wurden in der Verfassung plan- und privatwirtschaftliche Prinzipien verankert: Das Privateigentum wurde ebenso grundsätzlich anerkannt wie die bisherigen Ergebnisse der politischen und gesellschaftlichen Umgestaltung in der SBZ, insbesondere die Bodenreform und die Enteignung von Industriebetrieben. SED und LDP bestätigten die Neugestaltung des Schulsystems und setzten gegen die CDU ein öffentliches Bildungsmonopol sowie die strikte Trennung von Staat und Kirche durch. Letztere durfte allerdings Religionsunterricht in den Schulräumen erteilen.

These: Die im Konsens verabschiedeten Verfassungen entsprachen inhaltlich weitgehend den von der SED vorgelegten Entwürfen, doch auch die bürgerlichen Parteien konnten einige von ihnen als wesentlich angesehene Forderungen durchsetzen.

Folgerungen für das Projekt zu den Landtagen Sachsen-Anhalts

Die DDR-Historiographie hat die Verfassungsgebung auf Länderebene als Unterstützung und Absicherung der in der Sowjetischen Besatzungszone nach 1945 eingeleiteten und durchgeführten „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ ausgelegt und der SED dabei die „führende Rolle“ attestiert.

Veröffentlichungen in der Bundesrepublik beschrieben und interpretierten den Prozess hingegen zumeist als Bestandteil der oftmals als „Sowjetisierung“ bezeichneten Transformation von einem mehr oder minder demokratischen Neubeginn zu einem diktatorischen System – von der Besatzungsmacht gesteuert und vorangetrieben sowie von der SED unterstützt.

Beide Sichtweisen betrachten das Geschehen vom Ergebnis her und sind damit sehr ähnlich. Sie behindern allerdings den Blick auf möglicherweise in der unmittelbaren Nachkriegszeit bestehende Spielräume, Handlungsfähigkeiten und alternative Entwicklungsmöglichkeiten.

Input: Das Projekt sollte die Entwicklung nicht allein von den Ergebnissen her erforschen und beurteilen.

Die politische Entwicklung in Sachsen-Anhalt und damit auch die parlamentarische Arbeit des Landtages sowie insbesondere die Verfassungsgebung 1946/47 können nicht losgelöst von den Abläufen in den anderen vier Ländern der Sowjetischen Besatzungszone betrachtet werden. Das parlamentarische Geschehen verlief in den fünf Ländern der SBZ weitgehend parallel und war zeitlich und inhaltlich aufeinander abgestimmt.

Input: Das Projekt sollte sich nicht allein auf die Entwicklung in Sachsen-Anhalt konzentrieren, sondern auch die übrigen vier Länder der SBZ mit in den Blick nehmen.

Professor Dr. Everhard Holtmann

Damit steigen wir jetzt in die Diskussion ein. Ich möchte gerne Andreas Schmidt Gelegenheit geben, diese Diskussionsrunde mit einem Statement einzuleiten.

3.3 Diskussionsbeiträge

Dr. Andreas Schmidt

Vielen Dank. Die Glocke übrigens, die oben im Plenarsaal auf dem Präsidentenpult steht, ist die, die Landtagspräsident Bruno Böttge auch benutzt hat in den 1940er Jahren. Ich finde es immer sehr beeindruckend, an der vorbeizugehen. Ich habe noch nie gesehen, dass die Präsidenten die Glocke tatsächlich benutzt hätten, aber sie ist da.

Es ist 20 Jahre her, seitdem ich mich mit dem Thema wissenschaftlich befasst habe. Für die heutige Tagung habe ich nichts speziell vorbereitet und mich auch nicht einlesen können. Deswegen kann ich nur versuchen, mich ein bisschen abzuarbeiten an den begleitenden Fragen hier in Bezug auf Sachsen-Anhalt, soweit ich darüber etwas weiß. Über die bürgerlichen Parteien und Politiker, das muss ich zugeben, weiß ich ganz wenig. Ich weiß ein bisschen über die Kommunisten und die Sozialdemokraten.

Anschließend an Herrn Dr. Braas möchte auch ich werben für die zeitgenössische Innenperspektive bei der Auseinandersetzung mit der Frage: Inwieweit kann man von Offenheit reden? Ich will dies auch kurz begründen.

Die sowjetischen Besatzungsoffiziere, ob diese nun eigene Intentionen hatten oder nicht, was möglicherweise im Einzelfall der Fall war, haben gemacht, was ihnen gesagt worden ist, was sie zu machen haben.

Die Moskauer Remigranten haben gemacht, was ihnen gesagt worden ist. Und diese hatten einen Plan, der von Anfang an ja schiefging. Das hat Mike Schmeitzner eben hier vorgetragen. Aber die zurückgekehrten KPD-Kader wussten alle nicht, aufgrund welcher strategischen Überlegungen diese Pläne und Aufgaben für sie ausgegeben worden waren. Was sie wussten war, dass sich das jederzeit auch grundlegend ändern konnte; denn das waren sie gewöhnt, dass ein Fingerzeig von Stalin dazu führen konnte, dass alle Pläne geändert wurden und man diese Änderungen dann mit derselben Disziplin abzuarbeiten gehabt hätte. Insofern war für diese Gruppe die Situation auch offen.

Für diejenigen, die ausgeschlossen waren aus dem inneren Zirkel, also für die im Land gebliebenen Kommunisten, für die Sozialdemokraten in den SED-Fraktionen und den SED-Parteileitungen, für die Christdemokraten und Liberaldemokraten war die Situation noch sehr viel offener, weil die ja diese strategischen Pläne möglicherweise erfüllen konnten, aber jedenfalls nicht explizit davon Kenntnis hatten, und weil – das wird man, glaube ich, feststellen, wenn man alle Zeitzeugenberichte übereinander türmt – niemand sich den tatsächlichen Ausgang so vorgestellt hat. Ich glaube, man wird nicht einen Einzigen finden, der hinterher ehrlich berichtet hat, dass er sich 40 Jahre DDR so vorgestellt hat.

Die Perspektive war: Fünf Jahre Besatzung und dann wird Deutschland wieder in irgendeiner Form rekonstituiert sein und sich überlassen. Das ist, glaube ich, ganz wichtig, um die damaligen Motivationen und die seinerzeitige Wahrnehmung der eigenen Handlungsspielräume einzuschätzen. Man konnte gegen verschiedene Eingriffe der Besatzungsmacht nicht einmal etwas sagen. Die Begründung: Wir verhindern, dass die Nazis wiederkommen und wieder Einfluss und Macht gewinnen, war etwas, dem kein nicht-NS-lastiger politischer Akteur des Jahres 1945 oder 1946 argumentativ etwas Vernünftiges entgegensetzen konnte. Es war ein legitimes Interesse der Besatzungsmacht, dass man akzeptieren musste, wengleich sicher alle diese Akteure mit einem gesunden Selbstbewusstsein ausgestattet waren und sich keineswegs selbst kleingemacht haben.

Insofern ist der Umstand, dass die Handlungsspielräume von vornherein beschränkt waren, ganz sicher in einer bestimmten Hinsicht und bis zu einem bestimmten Punkt auch akzeptiert worden, auch vor dem Hintergrund, dass man sich vorgestellt hat, dass das alles nicht für immer sein würde. Das ist ein Punkt von Offenheit.

Ein weiterer Punkt dieser Offenheit ist, dass man ja durchaus sich auf kommende Eventualitäten vorbereitet hat. Die halleschen Sozialdemokraten haben vor der Vereinigung zur SED, also bevor sie ihren Parteitag abhalten mussten, drei Dinge gemacht: Sie haben die Kasse beiseitegeschafft, sie haben die Mitgliederliste abgeschrieben, was bei 11 000 Mitgliedern ein ziemlicher Aufwand gewesen ist, und sie haben noch einmal eine große Versammlung gemacht im halleschen Volkspark, wo sie ihren Leuten gesagt haben: Wir gehen jetzt in diese SED geschlossen rein, und irgendwann gehen wir da auch geschlossen wieder heraus. Das hat es unter unterschiedlichen Vorzeichen an ganz vielen Orten gegeben, dass man genau diese Parole ausgegeben hat. Und ich bin mir ziemlich sicher, man wird Ähnliches feststellen bei Christdemokraten und Liberaldemokraten, dass die sich so verhalten haben, gesagt haben: Wir bilden jetzt eine Wagenburg, machen uns winterfest, wir halten das aus und irgendwann ist es vorbei und dann sind wir wieder da. Und auf dem Weg dahin versuchen wir, das Beste daraus zu machen.

Das ist aus meiner Sicht der dritte Punkt dieser Offenheit: Es gab ja ganz viele Möglichkeiten und auch Notwendigkeiten, einfach im lebenspraktischen Handeln von Politikern Dinge zu tun gemäß den eigenen Wünschen, Werten und Intentionen. Und dafür gab es Spielraum.

Mike Schmeitzner hat das Buch, das er über den Volksbildungsminister von Sachsen geschrieben hat, kurz hochgehalten. In Sachsen-Anhalt gab es auch einen Volksbildungsminister, einen aus der SPD stammenden, der genau dasselbe gemacht hat, nämlich vier Jahre in seinem Ministerium mit einem Kreis von Reformpädagogen. Das waren alles Leute aus dem Grundschullehrersektor, also dem Volksschullehrerseminar der späten Kaiserzeit gewesen, die derselben Generation angehörten und zusammen auch durch die Zeiten und ins höhere Alter gekommen waren. Und diese Leute haben versucht, eine reformpädagogische Perspektive in dem Ministerium und aus den Ämtern heraus zu verwirklichen. Das ist eine Zeit lang auch gelungen, weil nämlich die Kommunisten keine Kapazität hatten, sich um innere Schulqualität und damit zusammenhängende Fragen zu kümmern. Analog kann man das auch für den Wirtschaftsbereich feststellen, wo es auch Möglichkeiten gab. Die wurden zwar immer kleiner, aber die Leute kannten den Ausgang ja nicht.

Die Frage nach den Kipp-Punkten würde ich auch so herum wenden. Also nicht so sehr fragen nach den großen europäischen Ereignissen, den großen Konferenzen, sondern nach dem, was als Kipp-Punkt in der Handlungsperspektive der Akteure vor Ort wahrgenommen worden ist. Da ist ganz sicher das Scheitern der gesamtdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz im Sommer 1947 und das Abstandnehmen von der Idee der Wiedezulassung der SPD im Frühjahr 1947 zu nennen. Als die SED-Führung im Januar 1947 nach Moskau musste und dort Stalin durch den Raum lief, an seiner Pfeife nuckelnd, und so etwas sagte wie: „Das wäre ja eine Möglichkeit“, hat sich das binnen Tagen herumgesprochen und ist total ernst genommen worden als Perspektive. Und dass das dann wieder abgesagt wurde, ist mindestens für die Sozialdemokraten in der SED ein Kipp-Punkt gewesen, und für alle Beteiligten war es das Scheitern der Ministerpräsidentenkonferenz. Das ist ja dann zum Ausdruck gekommen in Form des Rücktrittsangebots von Erhard Hübener, der ja diesen Punkt genau als Kipp-Punkt wahrgenommen hat.

Der zweite liegt im Herbst 1948, als auf der einen Seite gleichsam die nächste Stufe in der antifaschistisch demokratischen Umwälzung gezündet und offen von Marxismus-Leninismus geredet wird und auf der anderen Seite eine ganze Reihe von wichtigen Leuten im Land entweder aus ihren Positionen entfernt oder verhaftet werden, darunter auch der Landtagspräsident Bruno Böttge, über dessen Rolle ich mir nicht so ganz im Klaren bin. In der klassischen Erinnerungskultur der geflohenen Sozialdemokraten ist er ein Feind und Verräter, der sich den Kommunisten angeschlossen hat.

Ich habe im Ostbüroarchiv eine Erinnerung von Paul Riemer, einem halleschen Sozialdemokraten gefunden, der sagte: „Zu irgendeinem Zeitpunkt des Jahres 1947 musste ich dann fliehen, wurde gewarnt vor der Verhaftung; und dann haben wir noch ganz lange bei Bruno Böttge im Büro gesessen und geredet.“ Das hat für mich innerlich ein Fragezeichen ausgelöst, was die Person Böttge betrifft, der ja in einer ganz merkwürdigen Weise dann bestraft worden ist, wo man sich sagt: Was ist eigentlich der Sinn dieser Operation gewesen? War das eine symbolische Hinrichtung, um den anderen zu zeigen, jetzt ist so ein Kipp-Punkt erreicht und jetzt dürft ihr nicht mehr aufmucken?

Der dritte Kipp-Punkt ist für Sachsen-Anhalt zweifellos der Herwegen-Brundert-Prozess, in dem gleichzeitig die Sozialdemokraten in der SED und die Christdemokraten sozusagen enthauptet werden und eine Umwandlung der Werte stattfindet. Was bisher gut und richtig und z. B. Verfassungslage gewesen war, wird plötzlich für feindlich, kriminell erklärt und mit Gefängnis geahndet. Post festum kann man sicher feststellen, dass dies damals so wahrgenommen wurde: Es ist alles gekippt und die Situation ist nicht mehr in irgendeinem Sinne offen. Es ging auf die Volkskammer 1950 hin, die in der Diktatur durchgesetzt worden ist; das würde man aus heutiger Sicht ja nicht bestreiten.

Auch in dieser Zeit treffen sich in Hannover geflohene ostdeutsche Sozialdemokraten und fassen Beschlüsse, dass sie sich nicht integrieren wollen in die niedersächsische SPD, dass sie die alten Zusammenhänge aufrechterhalten wollen, dass bestimmt die nächste Friedenskonferenz es ihnen ermöglicht, wieder zurückzugehen. Zu diesem Zeitpunkt halten sie daran fest, dass es noch irgendeine Chance geben muss, dass die Situation möglicherweise doch noch offen ist.

Was die Frage betrifft, ob die Landesregierung den Freiheitsgrad des Parlaments gestört hat? Für die sachsen-anhaltische Landesregierung trifft das sicher eine ganze Weile nicht zu, weil die eben anders war und von einem Liberalen geführt wurde. Da sind bestimmte Regeln noch eine ganze Weile eingehalten worden.

Viel eingreifender, meine ich, war der Umstand, dass die entscheidenden Festlegungen ja immer von Berlin aus von Walter Ulbricht übermittelt wurden und dann durch das SED-Landessekretariat liefen, bevor im Parlament irgendetwas beschlossen werden konnte. Da finde ich den Gedanken des Fünf-Länder-Vergleichs hochinteressant, weil man dann vermutlich feststellt, dass ganz viel aus der Koordinierungsstelle Ulbricht in die Länder zentral hineingegeben worden ist zu bestimmten Zeitpunkten. Und die interessante Frage ist nicht, was wann wo stattgefunden hat, sondern: Wie haben sich die Parlamentarier vor Ort mit diesen Vorgaben auseinandergesetzt und mit diesen Zumutungen, die dann vorgeplant auf sie zurollten, und was ist ihnen wann möglich gewesen zu verhindern oder wenigstens abzumildern?

Ich weiß nicht, ob die Fraktionsprotokolle von den CDU- und LDP-Fraktionen noch existieren. Wenn man die hätte, könnte man mehr über dieses Stückchen Parlamentarismus erfahren, an dem sich vermutlich alle sehr ernsthaft festgehalten haben. Aber ich habe Everhard Holtmanns Kopfschütteln schon bemerkt. Offenbar sind die Fraktionsprotokolle nicht mehr da. Das ist natürlich schade.

Professor Dr. Everhard Holtmann

Vielen Dank, Andreas Schmidt. Zur Person Bruno Böttge nur so viel: Du hast auf das Beiseitenehmen der Kassenbestände der SPD vor der Zwangsvereinigung hingewiesen. Bruno Böttge ist in diesem Zusammenhang nach meiner Aktenkenntnis im Jahr 1948, also Jahre später, offenbar einer Intrige zum Opfer gefallen. Ihm wurde nämlich parteiintern vorgeworfen, dass er 300 000 Euro aus den ursprünglichen Beständen der SPD-Kasse in seinem Tresor im Landtagsbüro heimlich aufbewahrt, also Parteigelder veruntreut habe. Böttge hat die Verwahrung des Geldbetrags auch nicht rundweg abgestritten, sich aber auf seine Vergesslichkeit berufen. Das hat die SED-Führung in Berlin und in Halle zum Anlass genommen, ihn politisch kaltzustellen. Er ist zwar nicht inhaftiert oder verfolgt worden, wurde jedoch gezwungen, sein Landtagsmandat aufzugeben und als Landtagspräsident zurückzutreten. Nachdem er einige Bittbriefe verfasst hatte, wurde er damit beauftragt, Formulare in einem kleinen Betrieb zu produzieren. Das dürfte ihm wenigstens ein bescheidenes wirtschaftliches Auskommen gesichert haben.

Professor Dr. Mathias Tullner

Herzlichen Dank. Ich wollte zunächst einmal etwas sagen zu der vom Kollegen Braas referierten Verfassungsfrage. Lassen Sie mich so beginnen: Wenn man in den Strukturierungsvorschlägen für unsere heutige Tagung liest: „Was kann/muss man sich unter Offenheit der Ausgangssituation vorstellen?“, würde ich Sie bitten zu berücksichtigen, dass wir es mit dem Land Sachsen-Anhalt – damals anfänglich irritierenderweise Provinz Sachsen genannt – mit einem besonderen Gebilde der SBZ zu tun haben, das nicht auf

ein traditionelles Land – klassischer Fall Sachsen – zurückging, sondern eine völlige Neugründung gewesen ist.

Sie haben völlig recht mit dem Hinweis, dass die Besatzungspolitik einheitlich war in der SBZ. Aber: Zunächst geht der Weltkrieg hier an der Elbe zu Ende und die Amerikaner und die Briten sind hier in großen Teilen der Provinz. Das bedeutete, Ulbricht und die Moskauer Gruppe konnten auf dieses Gebiet, auf dessen Kern nicht zugreifen und behandelten das Gebiet wie die Westzonen, indem aus der Gruppe Ulbricht Gustav Gundelach für das zunächst britisch bzw. amerikanisch besetzten Territorium zuständig ist, und aus Ackermanns Gruppe Wilhelm Florin aus Dresden hier versucht Einfluss zu nehmen, allerdings mit wenig Erfolg. Diese Sondersituation hier bei uns dauert bis Juli 1945.

Und dann gab es noch eine Sondersituation. Zu dieser Zeit kommt aus dem KZ, aus Buchenwald vor allen Dingen, eine große Gruppe Kommunisten, die sich in der künftigen Landeshauptstadt Halle festsetzt und von hier aus eine relativ eigenständige Politik betreibt, ohne Verbindung mit Ulbricht und Ackermann zu haben. Sie hatten vorhin noch Bernard Koenen genannt. Koenen kommt erst später aus Moskau zurück und wird hier an die Spitze gesetzt von Ulbricht. Das ist einer der Gründe, warum Walter Ulbricht persönlich sich hier in den Landtag hat wählen lassen und hier eine dominante Rolle spielte, obwohl er nur eine einzige Rede hielt. Es wäre noch zu sagen, dass der Liberaldemokrat Hübener an die Spitze des Provinzialpräsidiums gestellt wird. Das ist eine Besonderheit aller SBZ-Länder. Das war ein DDP-Mitglied, der schon in der Weimarer Zeit Landeshauptmann dieser Preußischen Provinz gewesen ist und bis heute als ein versierter Verwaltungsfachmann gilt. Also ein gestandener Mann einer demokratischen Partei.

Noch etwas kommt hinzu: Erhard Hübener hatte zusammen mit anderen Parlamentariern der Weimarer Zeit, die jetzt wieder zum Teil auftauchen, den Sachsen-Anhalt-Plan 1929 entworfen. Im Zuge der – allerdings nicht zustande gekommenen – Reichsreform lag hier ein fertiger Plan vor, den die Sowjets sowie die Briten in Hannover mit Niedersachsen aus der Schublade gezogen haben. 1945 wird also der Erfinder dieser Provinz bzw. dieses späteren Landes Sachsen-Anhalt der Präsident und spätere erste Ministerpräsident, und er sammelt eine Reihe von Leuten um sich aus den sogenannten bürgerlichen Parteien, was es anderswo in der SBZ so nicht gab.

Zur damaligen Verfassungsdiskussion. Die Frage: Gibt es ein schlagendes Beispiel? Alles, was Sie sagen, geht völlig in Ordnung. Auch in Sachsen-Anhalt, wie in anderen ostdeutschen Ländern, gab sich die LDP wie immer „verfassungsmufflig“. Die Liberalen machten nicht gern Verfassung (traditionell schon). Und beteiligen sich kaum mit eigenen Vorschlägen. Die CDU aber schon. Der hartnäckigste Widersacher gegen die SED ist seitens der CDU ein damaliger Universitätsprofessor aus der Universität Halle, aus der evangelisch-theologischen Fakultät, Prof. Erich Fascher. Man muss bedenken, die CDU hatte hier keine große Basis. Das ist die Heimat Martin Luthers. Das heißt also, die Zentrumsparterie spielt hier traditionell eine Randrolle und als Fascher sich dort politisch einsetzt, kommt es dazu, dass er Besuch erhält von Herrschaften in Zivil, die gebrochen Deutsch sprechen, die ihm sagen, dass er eine schöne Wohnung hat und eine so liebenswerte Familie und es doch sehr misslich wäre, wenn er in Sibirien Holz fällen müsse. Im Ergebnis dieses Besuchs tritt der Fraktionschef der CDU zurück. Wollen wir heute mit Steinen nach einem Theologieprofessor werfen, weil er es nicht vorgezogen hat, nach Sibirien zu gehen? In dem gedruckten Handbuch, das Anfang 1947 zum Ersten Landtag publiziert wurde, ist Fascher gar nicht mehr aufgeführt. Letzte Bemerkung: Die Bandbreite des Personals, welche Schlussfolgerungen einzelne Politiker aus der politischen Entwicklung ziehen, lässt sich am Beispiel der SPD gut nachvollziehen. Ernst Thape, führender Sozialdemokrat, sogar im Westen Deutschlands gut beleumundet, hier der SPD-Provinzialvorsitzende und Volksbildungsminister, gibt 1947 auf. Adam Wolfram, nach dem die heutige Landes-SPD eine Auszeichnung benannt hat, gibt erst später auf. Erhard Hübener gibt 1949 auf. Man kann anhand dieser genannten politischen Biografien ersehen, wie subjektiv verschieden die damaligen Handlungsspielräume eingeschätzt worden sind. Wer in den Westen geht, hat hier vorher aufgegeben.

Herr Schmidt hat recht, die in Hannover sitzenden Sozialdemokraten sowie andere auch rechnen damit, dass nach allen bisherigen historischen Erfahrungen, die damals vorgelegen haben, die Besatzung durch

fremde Mächte zwar eine Zeitlang dauert, aber dann doch irgendwann einmal zu Ende geht. Diese Hoffnung hält z. B. einen Mann wie Hübener bis 1949 im Amt.

Professor Dr. Everhard Holtmann

Vielen Dank, lieber Herr Tullner. Zu Erich Fascher meinerseits eine ergänzende Randbemerkung: Aus Archivakten geht hervor, dass er über seine nominelle Mitgliedschaft als SS-Anwärter seinerzeit gestolpert ist. Das war die formelle Handhabe, um ihn, worauf Christina Trittel in ihrer 2007 veröffentlichten Zusammenstellung der Abgeordneten-Biografien hinweist, im März 1947 zum Rücktritt von seinem Amt als CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag zu nötigen. Er ist allerdings später rehabilitiert worden. Nun hat Uwe Danker das Wort.

Professor Dr. Uwe Danker

Nach diesen wirklich sehr anregenden Kurzvorträgen heute sind mir zwei Gedanken eingefallen, die ich vielleicht noch einmal betonen möchte, und zwar bezogen auf die erste strukturierende Frage nach der Offenheit der historischen Ausgangssituation 1945/46.

Als NS-Forscher denke ich, wenn es um 1945 und die Folgejahre geht, natürlich in erster Linie an den Erfahrungshorizont der Menschen. Nach dem totalen Krieg, nach der totalen Niederlage, nach dem Holocaust – diese Geschehnisse waren mehr oder weniger im Bewusstsein der Menschen und auch aller Akteure, mit denen wir es hier zu tun haben. Das führt, auch wenn es nur am Rande erörtert wird in diesen Jahren, dazu, dass die Handlungsspielräume, aber auch die Perspektiven der Akteure, auf die wir schauen, doch auch ganz besondere sind.

Zum einen: Die Besatzungsmächte waren in höchstem Maße legitimiert für ihr Handeln und für ihre uneingeschränkte Autorität. Das gilt in ganz besonderer Weise auch für die sowjetischen Besatzer, aufgrund des außergewöhnlichen Leids der Sowjetunion. Diese besondere Legitimation ist auch den deutschen Akteuren bewusst, obwohl Akteure wie Kurt Schumacher eine ganz andere, eigene Leidensperspektive einbringen und daraus auch ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein ableiten. Das ist gar keine Frage. Aber es wird eben vielschichtig, wenn ich die damalige Wahrnehmung der unmittelbaren Vergangenheit und der Ursachen für die Besatzungszeit in die Frage der Handlungsspielräume und der Perspektive von Akteuren einführe.

Vor diesem Hintergrund finde ich es immer wieder, auch aus der langen Retrospektive betrachtet, faszinierend, mit welcher Zuversicht die Akteure, mit denen Sie sich befassen oder mit denen ich mich befasst habe, in den politischen Neubeginn eingestiegen sind auf deutscher Seite. Was machte deren Zuversicht aus? Und zwar unbeschadet welchen politischen Lagers oder welcher gesellschaftlichen Herkunft. Wenn ich vom Kommunisten bis zum ehemaligen Deutschnationalen gehe, finde ich es wirklich beeindruckend, dass es Menschen gab, die 1946 „Hier!“ gerufen haben, als es um die Besetzung von kommunalen Landesparlamenten usw. ging.

Vor dem Hintergrund, dass der weitere Verlauf der Entwicklung nicht wirklich vorherbestimmbar war und zugleich die Besatzungsorgane und deren Akteure in höchstem Maße legitimiert waren, glaube ich, sollte man unterscheiden zwischen der realen Offenheit der Entwicklung, die hier in Sachsen-Anhalt eine wirklich beschränkte war, und der gefühlten Offenheit, auf Seiten der Akteure. Wir reden ja heute Nachmittag noch über deren Profile. Das will ich jetzt nicht vorwegnehmen. Ich will nur sagen, dass sozusagen gefühlte und reale Offenheit und die Perspektiven der Akteure eingebracht werden sollten, übrigens auch jene der Besatzungsoffiziere, die vor Ort tätig gewesen sind. Bei uns in Kiel britische Besatzungsoffiziere, hier in Sachsen-Anhalt Angehörige der SMA usw. Auch deren Handlungsspielräume waren begrenzt, nicht nur durch Machtstrukturen, sondern auch durch ihren Erfahrungshorizont.

Das war der erste Gedanke, und der zweite ist ganz kurz. Wir haben ja schon darüber gesprochen. Sie haben sehr plastisch heute geschildert, wie stark die SMA eingriff auch in das politische Handeln der Akteure hier, also auf Fraktionen, auf vorgelegte Beschlusspapiere usw. Nun drohte in Schleswig-Holstein nicht Sibirien, das weiß ich, und diesen Unterschied will ich auch deutlich sehen. Und trotzdem: Was die Einführung des damaligen politischen Handelns angeht, hat mich alles, aber wirklich alles an mein eigenes Land erinnert.

Beispiel: Die Eröffnung des ersten Landtages von Schleswig-Holstein 1946. Ein wunderbares Foto, auf dem Podium gibt es sechs Stühle. Ganz, ganz rechts sitzt der frisch ernannte Ministerpräsident Theodor Steltzer, ein Widerstandsangehöriger. Die anderen fünf Plätze sind besetzt von britischen Besatzungsoffizieren, die alle nacheinander reden. Und ganz am Ende darf Theodor Steltzer das Wort ergreifen mit einer Rede, die vorher redigiert wurde von der britischen Besatzungsmacht. Darauf sei verwiesen, um den werdenden demokratischen Staat Schleswig-Holsteins zu veranschaulichen.

Ein weiteres Beispiel: Der erste frei gewählte Landtag Schleswig-Holsteins tritt zusammen 1947 im Mai. Der Ministerpräsident wird nicht gewählt, obwohl die SPD eine absolute Mehrheit hat nach dem britischen Wahlrechtssystem. Nein, er wird von den Briten ernannt. Erst nach einer Regierungskrise 1949 findet ein erster Wahlgang statt. Das ist Demokratie als Oktroi. Das wurde übrigens auch in Planungsstäben in London so erörtert, dass das eine schwierige Sache sei, eine Demokratie zu oktroyieren. Aber es funktionierte. Es funktioniert als Aufbau, und es ist, wenn man es so platt sagen darf, hier mit einem bemerkenswert positiven Ausgang ein erstaunlich zuversichtliches Herrschaftsmodell eingebracht worden, in dem Fall von den Briten, in anderen Sektoren dann von den Amerikanern, in eine Besatzungszone, wo mal eben 13 Jahre vorher, jedenfalls in Schleswig-Holstein, die ausdrückliche Mehrheit der Bevölkerung die Demokratie abgeschafft hatte. Was für ein Optimismus auch dahintersteckte! Das wird als Oktroi gemacht, ist außerordentlich erfolgreich, ein Geschenk, können wir sagen. Und trotzdem: Die Methoden sind vergleichbar.

Ich weiß nicht, ob es Sinn macht, daraus den Komparatistikgedanken abzuleiten und zu sagen: Man sollte einmal einen Ländervergleich machen, 1945 bis 1947 vielleicht, vielleicht noch 1948, für ein Land der zukünftigen DDR und für ein Land aus dem Westen, eventuell aus der seinerzeitigen britischen Zone. Es gab bestimmte Mechanismen, die ähnlich waren und, denke ich, ihre Kernursache darin hatten, dass die Besatzungsmächte tatsächlich in höchstem Maße legitimiert auftreten konnten.

Professor Dr. Everhard Holtmann

Herr Danker, vielen Dank. Ich kann Ihnen in all Ihren Ausführungen folgen. Der vergleichende Zugang für die Annäherung an den Gegenstand meiner Untersuchung ergibt sich fast selbstverständlich dadurch, dass ich die Erschließung der Archivquellen und der Literatur zum Landesparlamentarismus in Sachsen-Anhalt 1946 bis 1952 und dessen Kontexte in der frühen Nachkriegszeit immer wieder vor der Folie meiner, wenn auch schon älteren Forschungen über die westdeutsche Nachkriegszeit im Ruhrgebiet vornehme.

Was Sie gerade sagten zu der angeordneten Demokratie: Selbstverständlich hat es die auch in Westdeutschland gegeben. Mir ist aus den Akten der britischen Militärregierung ein lautmalender Begriff noch in Erinnerung. Besatzungsoffiziere der Briten in Nordrhein-Westfalen haben die Art ihrer Herrschaft selbst als „benevolent despotism“ bezeichnet, also als eine Form von wohlmeinendem Despotismus, was bedeutete: Kontrolle, aber auch Einräumung von Handlungsmöglichkeiten. Gleichzeitig wird in dieser sprachlichen Wendung aber auch schlaglichtartig der Unterschied zur SMAD und deren Machtpraxis – bei aller auch dort existierenden Offenheit – in der SBZ deutlich.

Die neuen Institutionen der Selbstverwaltung böten einen weiteren Ansatz für eine vergleichende Betrachtung. Die SMAD hat in ihrer Besatzungszone sehr rasch die hergebrachten Einrichtungen regionaler und kommunaler Selbstverwaltung reaktiviert, begleitet von einem zum Teil rigiden Austausch des Verwaltungspersonals. Die Briten haben ihrerseits früh eine Konzeption zur Demokratisierung der kommu-

nalen Selbstverwaltung in der britischen Besatzungszone entwickelt und vorgelegt. Die britischen Vorstellungen von Local Government und Civil Service sind schnell kollidiert mit den Eigeninteressen und den traditionellen Vorstellungen der deutschen kommunalen Akteure, die zum großen Teil noch aus der Weimarer Republik kamen und größtenteils deutlich andere Vorstellungen von kommunaler Selbstverwaltung hatten. Über den Wahlmodus der Beigeordneten auf Gemeinde- und Kreisebene hat sich ein zäher Konflikt zwischen Militärregierung und den kommunalen Akteuren auf deutscher Seite entzündet. Letztlich vergeblich haben die Briten versucht, das ihnen vertraute Modell einer unpolitischen Verwaltungsbehörde durchzusetzen. Der inhaltliche Widerstand der kommunalen Repräsentanten von CDU und SPD erwies sich als stärker. Das hätte es so in der sowjetischen Besatzungszone wohl nicht gegeben.

Dr. Christina Trittel

Hallo und guten Morgen, ich freue mich, jetzt an dieser Diskussion teilnehmen zu können. Zunächst möchte ich gerne auf den Aspekt des Vergleichens eingehen: Man muss, glaube ich, zunächst fragen, woher die Ideale kamen, welche die Besatzungsmächte hatten, die als Alliierte deutsche Institutionen aufbauten. Ich bin sicher, dass man dann ganz schnell und wahrscheinlich schon lange vor den Momenten der Landtagsgründung und vor den Wahlen feststellen wird, dass hier wirklich die Ansätze, der politische Stil und die Werte der sowjetischen Besatzungsmacht auf der einen Seite und der alliierten Besatzungsmächte im westlichen Teil Deutschlands sehr auseinander gehen. Es sieht zwar vielleicht von außen so aus, dass überall Landtage entstanden, für ihre Ausgestaltung beschriften die Besatzungsmächte sehr unterschiedliche Wege. Das wollte ich einfach noch einmal sagen.

Ich bin vergleichende Politologin und ich denke, da wird man grundlegende Unterschiede finden. Ich weiß nicht, was Professor Holtmann vorhin einführend gesagt hat, da ich noch nicht vor Ort war, aber ich habe ja die Phasen in dieser ersten Wahlperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt sehr detailliert untersucht und bin sehr nahe an den Quellen geblieben. Da stellt sich schon sehr, sehr schnell, nämlich im Verfassungsgebungsprozess, eine klare Position heraus, die eben Demokratie eigentlich infrage stellt oder das, was wir als traditionelle Demokratie begriffen haben, infrage stellt. Und diese Entwicklung geht sichtbar auf die Einflussnahme der sowjetischen Besatzungsmacht zurück.

Dr. Jan Kellershohn

Ich arbeite am Institut für Landesgeschichte am LDA. Ich möchte anknüpfen an den Punkt, den Herr Danker gemacht hat, und fragen, inwieweit die Restriktionen durch die SMAD und die anderen Besatzungsmächte sowie die Selbstrestriktionen der Akteurinnen und Akteure nicht maßgeblich von der Wahrnehmung und Deutung des Nationalsozialismus in den jeweiligen Gruppen geprägt war.

Das heißt, inwieweit müssen wir diese Phase, sagen wir 1945 bis 1948/1949/1950, auch als eine spezifische, auch demokratiehistorische Form der Vergangenheitspolitik deuten. Wenn man beispielsweise die Diskussionen um Einschränkungen des Privateigentums und der Verstaatlichung von Unternehmen nimmt, haben wir nach 1945 europaweit eine Situation, in der staatlicherseits ein sehr großes Misstrauen gegenüber großen Konzernen und Unternehmen vorherrscht. Wir haben in Großbritannien die Verstaatlichung der Kohleindustrie. Wir haben in Frankreich die Verstaatlichung der Kohleindustrie. In Westdeutschland nimmt die CDU im Ahlener Programm die Verstaatlichung der Grundstoffindustrien als Ziel auf etc.

Das passiert vor dem Hintergrund einer Lesart des Nationalsozialismus als Resultat einer vollkommen entfesselten Privatwirtschaft. Und da waren sich Westalliierte und Sowjetunion einig, nur, dass natürlich die Konsequenzen, die daraus gezogen wurden, grundverschieden gewesen sind.

Und darum wäre eben meine Anregung sich anzuschauen, wie das nicht reglementierte Normengefüge der Aushandlung dessen, was eigentlich eine Nachkriegsdemokratie sein will, dadurch beeinflusst worden

ist, wie diese Akteure gedeutet haben, was Nationalsozialismus gewesen ist, etwa auf der Ebene der Wirtschaftspolitik. Dazu gehört etwa der Begriff der Masse, also die Masse als Kernelement der Demokratie, der eigentlich auf allen Seiten, der Besatzungsmächte und auch der deutschen politischen Elite, mit sehr großem Misstrauen begegnet wird: der Nationalsozialismus als Massenphänomen. Und dementsprechend ist der Masse als demokratischem Subjekt eigentlich nicht zu trauen.

Wenn man die vergangenheitspolitische Dimension als Drittes einführt, wird der Gegensatz von endogen und exogen aufgefächert. Das scheint mir eine erstrebenswerte Perspektive zu sein.

Professor Dr. Everhard Holtmann

Ja, das ist unmittelbar einleuchtend, wobei der Rekurs auf die Masse unterschiedlich gewesen ist. Er folgt im Grunde genommen dem nach 1945 in der SBZ sich ausbildenden antagonistischen politischen Spektrum. Dieses Misstrauen, dieses Grundmisstrauen gegenüber „der Masse“, für die bürgerliche Seite stimmt das wahrscheinlich, aber für die kommunistische Seite nicht. Denn der Rekurs auf die Masse ist hier Teil des antipluralistischen Demokratieverständnisses. Der Begriff „Massenorganisationen“ ist positiv konnotiert, und die Massen sind ja die Grundlage für die ideologische Legitimation der SED als Partei neuen Typs. Also das Widerspiel zwischen zentralistisch agierender Parteiführung auf der einen Seite und der Berufung auf die Organisationen und Stimmungen und vorgeblich gleichen „wahren“ Interessen „der Massen“ auf der anderen Seite. Ihrer zweiten Anmerkung stimme ich völlig zu. Der europaweit ausgreifende vergangenheitspolitische Aspekt spielt sicherlich für das Normengefüge der damaligen Akteure eine Rolle. – Bitte, Herr Bienert.

Dr. Michael C. Bienert

Ich bin gerade in einem inneren Zwiespalt. Der Historiker in mir hat eine ganz lange Liste an Themen, die unbedingt von der Geschichtswissenschaft erarbeitet werden müssten. Und wenn wir jetzt in dieser Runde sitzen, merken wir, wie diese Themen alle aufploppen. Stichwort: sowjetische Besatzungsmacht. Ich glaube, allein darüber könnten wir den ganzen Vormittag sprechen. Aber das hilft Ihnen, lieber Herr Holtmann, wahrscheinlich bei Ihrem Projekt nicht weiter oder nur zu einem Teil, wenn wir jetzt unsere Wünsche äußern, in was für eine Richtung die künftige Forschung gehen sollte.

Vielleicht mit Blick auf den zweiten Themenblock des Workshops: Wir haben gerade schon über die wichtige Erfahrung, diese elementare zentrale Erfahrung des Nationalsozialismus gesprochen, welche die Parlamentarier der ersten Generation nach 1945 gemacht hatten. Wir sollten, denke ich, auch noch stärker den Blick auf die Weimarer Erfahrung richten. Für Sachsen-Anhalt kann ich es nur begrenzt beurteilen, aber für Brandenburg, ebenso für Berlin und Thüringen möchte ich sagen, dass diese erste Garnitur der Nachkriegspolitiker, ganz gleich welcher parteipolitischen Couleur, erfahrene Leute waren, die aus der Kommunalpolitik oder der Landespolitik der Weimarer Zeit kamen, die teilweise 1932 während des Staatsstreichs von Papens in Preußen, spätestens 1933 abgesetzt worden waren. Unter den Nationalsozialisten waren sie verfolgt und ins KZ verschleppt worden und hatten dort Furchtbares erlitten.

Aber die Politiker dieser Generation hatten ein kompliziertes Verhältnis zur Erfahrung der Weimarer Republik. Viele von ihnen meinten: Wir müssen die Fehler von Weimar vermeiden, den Parteienzwist usw., der Hitler erst groß gemacht hat. Wir müssen versuchen, jetzt irgendwie stärker zusammenzukommen, um neue Extreme zu verhindern. Gleichzeitig war die Weimarer Republik der einzige Bezugspunkt, den sie in Bezug auf ein demokratisches Regierungssystem überhaupt kannten.

Ich vermute, dass dieser Aspekt der Erfahrungen von Weimar neben der Erfahrung im Nationalsozialismus gerade für ein Projekt zu den Abgeordnetenbiografien des Landtages Sachsen-Anhalt einen ganz wichtigen Stellenwert haben muss.

Professor Dr. Mike Schmeitzner

Ich habe mir zwei, drei Spiegelstriche gemacht, andere Punkte lasse ich einmal wegfallen. Zuerst würde ich gern noch einmal auf die wichtige Intervention eingehen, die Umgestaltungen der Wirtschaft in Mittel- und Westeuropa nach 1945 betraf. Ich habe das vorhin in meinem Impuls nicht weiter betont und ausdifferenziert, als es um Enteignungen ging, dass es bestimmte Formen von Eingriffen in die Wirtschaft gegeben hat, die durchaus populär waren, aber die sich doch von östlichen Vorstellungen unterschieden haben. Ich denke vor allem an das Wirtschaftskonzept der britischen Labour Party mit zahlreichen Gemeinwirtschaftsunternehmungen und mit Versuchen von demokratischer Planung. Der deutsch-britische Sozialist und spätere Politikwissenschaftler Richard Löwenthal hat diese Ideen 1946 in seinem bemerkenswerten Buch „Jenseits des Kapitalismus“ ausformuliert und als Leitfaden für (West-)Deutschland betrachtet.

Solche Eingriffe in die Wirtschaft sind als Ideen und Programme sowohl im Konzept des christlichen Sozialismus der CDU als auch mit Blick auf die Parole des „Sozialismus als Tagesaufgabe“, wie es Kurt Schumacher beschrieben hat, enthalten gewesen; aber auch im Gründungsmanifest der Ost-SPD vom Juni 1945 wurde die Parole „Sozialismus in der Wirtschaft“ ausgegeben. Wie gesagt, dass alles hat es gegeben, und trotzdem muss man, denke ich, auf ein paar wichtige Unterschiede hinweisen. In all den genannten Programmen, dem „Ahlemer Programm“ der CDU (1947) oder den Berliner Grundsätzen der CDU (1945) sowie im Ansatz Kurt Schumachers war die Rede von der Sozialisierung von Schlüsselunternehmen und vom Aufbau eines gemeinwirtschaftlichen Sektors. Keine Rede war dort von einer Totalsozialisierung und einem totalen Planwirtschaften, die aber in der Tat führende Wirtschaftsfunktionäre der KPD/SED im Munde führten.

Sachsen galt hier nach 1945 als Vorbild nicht nur für die SBZ, sondern als „Modell für Deutschland“, wie das mein vormaliger Dresdner Kollege Winfrid Halder in seiner hervorragenden Habilitationsschrift vor einigen Jahren detailliert beschrieben hat. Kennzeichnend ist eine „hübsche“ Szene auf dem zweiten Landesparteitag der SED Sachsen im September 1947, die der anwesende Genosse und SED-Delegierte Victor Klemperer in seinem berühmten Tagebuch festhielt: Selbmanns Rede blieb ihm wegen ihrer „großen Brutalität“ in Erinnerung. Ja er benannte sie sogar als Teil einer neuen „LQI“, der „Sprache des vierten Reiches“. Selbmann hatte erklärt, dass CDU und SPD mit ihren halbherzigen Vorstellungen „auf derselben Linie liegen würden wie die Nazis“. Die paar Teilsozialisierungen, die CDU und SPD planten, würden das kapitalistische Wirtschaftssystem als Ganzes nicht ändern; wir, die SED, würden da viel weitergehen (Stichwort: Totalsozialisierung). In der SBZ stehe eine „sozialistische Revolution“ bevor.

Ich meine, das ist ein ganz wichtiger Unterschied, zu dem, was CDU und SPD sagen, sei es im Osten, sei es in den Westzonen. Die SED als neue Hegemonial- bzw. Staatspartei will hingegen eine sozialisierte Wirtschaft bzw. einen Planwirtschaftskomplex beherrschen. Und das hat die SED (wie gesehen) auch früh gesagt. Dahinter stand, wie Sie zu Recht gesagt haben, natürlich der Dimitroffsche Gedanke: Was ist Faschismus? Der Faschismus hatte sozialökonomische Ursachen und die mussten beseitigt werden.

Im Übrigen fangen die sozialökonomischen Weichenstellungen in der SBZ nicht mit der Bodenreform und mit Industrieenteignungen (etwa des Flick-Konzerns im Herbst 1946) an, sondern schon im Sommer 1945 mit der Zerschlagung des privaten Finanzkapitals. Nicht umsonst und zum großen Erstaunen manches alten Sozialdemokraten hob Anton Ackermann, der KPD-Chefideologe der unmittelbaren Nachkriegszeit, in einer wichtigen Gremiensitzung der SED in Berlin auch das Werk Rudolf Hilferdings hervor. Sein Hauptwerk „Das Finanzkapital“ wurde von der SED sogar wieder aufgelegt! Die KPD wusste ganz genau, warum man bereits 1945 nur Sparkassen und Landesbanken übrigließ. Ackermann hatte „seinen“ Hilferding genau gelesen!

Die Bodenreform war für Sachsen wiederum nicht ganz so wichtig wie in mehrheitlich agrarisch geprägten Ländern wie Mecklenburg. Hier gab es weniger Großgrundbesitz. Aber wie diese Reform hier durchgesetzt wurde, war bemerkenswert. Es gab nämlich eine Besonderheit für Sachsen: Man hat ca. 1 400 Gutsbesitzer, denen man unisono unterstellte, sie seien NS-belastet, in drei sächsische Sammellager gepfercht und

dann im Spätherbst 1945 in Viehwaggons auf die Insel Rügen deportiert. Das erinnert doch sehr an stalinistische Vorgehensweisen. Was nicht verwundert, ist diese Aktion doch von der sowjetischen Militärverwaltung und in Zusammenarbeit mit dem von der KPD beherrschten Polizeiapparat, nämlich vom neuen Landeskriminalamt (LKA) und von der Landespolizeiverwaltung durchgesetzt worden. Bezeichnend ist und das zeigt bestimmte Interdependenzen zwischen SMA, KPD und Polizeiapparat, dass der Landespolizeichef von Sachsen, der Moskau-Kader Artur Hofmann (KPD), Ende 1945 den Chef der SMAS brieflich „ermahnt“, doch bitte dafür zu sorgen, dass die Leute, die gerade deportiert worden sind, nicht so einfach nach Sachsen zurückkommen können. So „liberal“ waren nämlich die sowjetischen „Genossen“, die hatten den Rügendamm nicht so bewacht, wie es die sächsischen „Genossen“ der KPD für richtig befunden haben.

Nur als Fußnote, und damit Sie sich ein Bild vom Herrschaftsanspruch der sächsischen KPD im Ressort Inneres machen können: Bereits Ende 1945 war die Polizei komplett personell gesäubert worden. Zu diesem Zeitpunkt gab es ca. 13 500 Polizisten und von denen waren mehr als 8 000 KPD-Mitglieder. Fast das gesamte Personal des LKA und der Landespolizeiverwaltung stammte aus der KPD. Und die wenigen Führungskräfte, die aus der SPD kamen (die waren 1933 aus dem Polizeidienst entfernt worden), konnte man an zwei Händen abzählen. Nach wenigen Monaten, spätestens aber 1948, waren die wieder aus dem Apparat gesäubert.

Wenn ich noch etwas Zeit habe: Wichtig wäre zu erwähnen, dass im Vorfeld der Landtagswahlen, und das ist mir in Sachsen aufgefallen (das mag in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und anderen Ländern eventuell anders abgelaufen sein), dass hier Teile der SED, nämlich der altkommunistische Kern, in Abstimmung mit der Propagandaverwaltung der SMAS dafür gesorgt haben, dass es eine Vorauswahl bei den Listen gegeben hat, auch bei der eigenen Partei. Bekannt ist ja das Beispiel Wolfgang Mischnick, der als junger LDP-Funktionär von der Landtagsliste „geflogen“ ist, weil er sich bei den Jungliberalen mit kritischen Einlassungen zur FDJ-Gründung in Dresden hervorgetan hatte. Und bei den Sozialdemokraten in der SED, bei denen, die allesamt in der (späteren) SED-Fraktion eigentlich hätten vertreten sein müssen, hat es fast keiner geschafft. Da ist der erste Enthauptungsschlag im September 1946 erfolgt, wo Spitzenfunktionäre wie Arno Wend, Arno Hennig oder Fritz Heinicke aus dem Landessekretariat und dem Landesvorstand der SED gesäubert worden sind. Das waren die selbstbewussten, kritischen Köpfe, die es durch diesen Schlag gar nicht erst in den Landtag geschafft haben. Hier wurde zu einem frühen Zeitpunkt eine brutale „Aus-sortierung“ vorgenommen. Dadurch hat die SED-Fraktion (sieht man einmal von Erich Zeigner ab) von vornherein eine „Einheitlichkeit“ bekommen, die sie ohne die „Vorauswahl“ nicht bekommen hätte!

Professor Dr. Michael Hecht

Zunächst erst einmal ganz herzlichen Dank für die vielen eindrücklichen Vorträge und Beiträge, auch Diskussionsbeiträge. Ich finde das alles sehr interessant. Das Institut für Landesgeschichte am Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie (LDA) in Halle möchte zumindest mittelfristig auch die Geschichte des Parlamentarismus in Sachsen-Anhalt auf die Forschungsagenda setzen, und das auch in einer transepo-chalen Perspektive, also über das 20. Jahrhundert hinaus zurück in frühere Epochen.

Ich selbst bin kein dezidiertes Zeithistoriker im Gegensatz zu Jan Kellershohn. Ich bin jemand, der seine Forschungsschwerpunkte eher in der Vormoderne hat. Deswegen kann ich hier auch nicht mit großen empirischen Befunden aufwarten, sondern höre mir die Diskussion mit großem Interesse an und kann allenfalls ein paar Fragen stellen. In diesem Sinn wollte ich einmal ganz kurz intervenieren. Ein paar Sachen sind auch schon in der Diskussion angesprochen worden.

Was ich mir notiert habe, ist die Frage: Welche Rolle spielten Traditionen des Parlamentarismus für dieses Landesparlament in den 1940er-Jahren? Welche Rolle spielten die internalisierten parlamentarischen Leitideen und die daraus abgeleiteten Praktiken des parlamentarischen Betriebs? Sicherlich hätte dazu auch Frau Schriefl noch einiges aus ihrer sächsischen Perspektive beitragen können.

Aus solchen Fragen ergibt sich für mich die grundsätzliche Frage: Wie bekommen wir es hin, so etwas wie Handlungsspielräume, um die es ja gehen soll, zumindest auch bei diesen Leitfragen zu vermessen? Wie bekommen wir unterschiedliche Kategorien einerseits dieser exogenen Faktoren, andererseits der Intentionen und Intentionalitäten der unterschiedlichen Akteure und schließlich auch der nicht intendierten, der internalisierten Sinnorientierungen in diesem Prozess in den Blick? Wie bekommen wir das in ein Erklärungsmodell, wenn wir Handlungsspielräume beschreiben oder vermessen wollen?

Das wäre eine allgemeine Frage, die sich auch an verschiedenen Stellen in dieser Diskussion ergeben hat, die ich aber noch einmal in den Raum stellen wollte, ohne dass ich jetzt eine ganz einfache Antwort dazu hätte.

Ich wollte noch, ohne jetzt diese Diskussion abzuwürgen, noch einen anderen Aspekt gern ansprechen, der mir wichtig ist. Ganz am Anfang in der Einleitung ist, glaube ich, kurz gesprochen worden von einer Outreach-Option, also Popularisierung der Forschungsergebnisse auch für ein breiteres Publikum. Unter die vielen Projekte, die wir derzeit verfolgen, gehört auch eines mit dem Titel „Historische Biografien online“. Das verfolgen wir zusammen mit dem Historischen Datenzentrum Sachsen-Anhalt. Dabei geht es darum, langsam ein Portal mit online gestellten Biografien zur Landesgeschichte aufzubauen.

In der Pilotphase, die wir gerade begonnen haben, wird versucht, Datensammlungen zu finden, die relativ leicht handhabbar sind, um das Vorgehen einmal auszuprobieren, und die vor allen Dingen auch leicht normdaten-referenzierbar sind. Das steht auch immer dahinter. Dazu gehören Abgeordnetenbiografien, weil man über die Abgeordnetenhandbücher usw. sehr gut erst einmal Datensammlungen hat, die man verwenden kann.

Insofern ist dies gerade auch bei uns in Arbeit, zusammen mit dem Historischen Datenzentrum zunächst diese biografischen Grunddaten aufzunehmen in eine Datenbank und zu referenzieren. Vielleicht ergibt sich ja insofern eine schöne Möglichkeit der Weiterentwicklung, dass man sich dann zusammentut und schaut, wenn die Forschungsergebnisse aus diesem Projekt entstehen, wie man das mit der Online-Datenbank, mit diesem entstehenden Portal in Verbindung bringen kann, um damit dann auch diese Ergebnisse weiter in die Öffentlichkeit hineinzutragen und auf dieser Online-Ebene zu popularisieren. Das fände ich eine gute Perspektive.

Dr. Christina Trittel

Ich möchte gern auf einige von Ihnen in der bisherigen Diskussion genannte Punkte eingehen. Anfangen möchte ich bei dem von Herrn Dr. Bienert Gesagten. Herr Bienert, Sie haben empfohlen, dass man die Weimarer Erfahrungen unbedingt mit einbeziehen sollte. Das möchte ich mit Blick auf den Forschungsstand zum sachsen-anhaltischen Landtag 1946 unterstützen. Das Interessante ist, dass die Abgeordneten mit politischen beziehungsweise parlamentarischen Weimarer Erfahrungen genau auch jene Abgeordneten sind, die in der Zeit des Nationalsozialismus Repressionen ausgesetzt waren. Ich konnte zudem in meinem Buch über die 1946 gewählten sachsen-anhaltischen Landtagsabgeordneten belegen, dass die Abgeordneten mit Weimarer Erfahrungen diejenigen waren, die im Landtag Sachsen-Anhalts ab 1946 Werte verteidigten, die auf demokratische Entwicklungen zielten. Wenn man diese politisch-biografische Ebene betrachtet, dann ist das ganz eindeutig. An den Biografien konnte ich das belegen.

Zu der Frage „Umgang mit privatem Eigentum“ will ich kurz anmerken, auch wieder anknüpfend an diese Aspekte, die Herr Bienert aufgeführt hat: Wenn man betrachtet, wie die einzelnen Fraktionen, Parteien mit diesem Begriff des Eigentums umgehen, welche Werte sie eben einbringen von Anfang an in die Arbeit des Landtages, dann findet man dort auch ganz typische Werte, die man auch heute noch aus den einzelnen Parteien kennt. LDP und CDU verteidigen die Notwendigkeit von und das Recht auf Privateigentum. Das ist grundlegend für ihr Selbstverständnis und handlungsleitend für ihre Arbeit im 1946 gewählten Landtag. Deutlich hebt sich davon die Position der Befürwortung und Durchführung von Enteignungen ab.

Dies wurde zunächst vor allem von den Re-Migranten aus der ehemaligen KPD als notwendig und auch als legitim angesehen und im Landtag 1946 von der SED-Fraktion vertreten.

Anhand des Themas „Umgang mit privatem Eigentum“ und der Diskussionen und Beschlüsse dazu kann man für den 1946 gewählten Landtag von Sachsen-Anhalt die Nutzung von Handlungsspielräumen gegen die SED-Ziele nachweisen. Da gab es z. B. einen „Ausschuss für Härteausgleich“, an den sich Menschen wenden und sich beschweren konnten, die unrechtmäßig enteignet worden waren. Die Konstituierung dieses Ausschusses war ein großer Erfolg der Fraktionen von LDP und CDU. Der Schaffung dieses für die Öffentlichkeit nutzbaren Parlamentsausschusses waren nicht nur Auseinandersetzungen im Landtag Sachsen-Anhalts vorausgegangen, sondern auch im Blockausschuss und mit der Sowjetischen Militäradministration.

Sichtbar wird hierbei auch, dass das gemeinsame Vorgehen von LDP und CDU gegen eines der wesentlichen Kernelemente der SED-Politik erfolgreich sein konnte. Zugleich offenbarte die Einsetzung des Ausschusses auch, dass gerade jene Abgeordneten, die sich erfolgreich gegen Eigentumsveränderungen gestellt hatten, zu den ersten gehörten, die bedroht und aus dem Landtag verdrängt wurden. In meinen Büchern über die 1946 gewählten Landtagsfraktionen in Sachsen-Anhalt und die ausführliche Publikation der Abgeordnetenbiografien habe ich das beschrieben.

Auch in den anderen Landtagen der SBZ spielte das Thema Sequestrierungen immer wieder eine Rolle, zumindest in den Anfangsphasen. Aber ich glaube, zu so einer Ausschussgründung kam es nur in Sachsen-Anhalt. Es ist sehr schade, dass man keine Zeitzeugen mehr fragen kann. Aber auch dieser Eigentumsbegriff und die Werthaltungen, die dahinterstehen, sind ganz wichtige Punkte, um die Spielräume der Fraktionen der damaligen Zeit vermessen zu können.

Was habe ich mir jetzt noch aufgeschrieben? Das Thema Handlungsspielräume. Das ist sehr schwierig, denn letztlich hat es immer damit zu tun, welcher Theorie man folgt, welchen Ansätzen man folgt. Ich habe die Fraktionen des 1946 gewählten Landtages Sachsen-Anhalts anhand des akteurzentrierten Institutionalismus nach Mayntz und Scharpf untersucht. Ich denke, mit ein wenig Anstrengung kann man diesen Ansatz erfolgreich auf diese Materie anwenden. Wahrscheinlich kann man solche theoretischen Konzepte dann am Ende auch weiterentwickeln, wenn man sie praktisch ausgefüllt hat. Aber ich möchte unterstreichen, dass es durchaus möglich ist, Handlungsspielräume von Parlamenten, die unter verschiedenen Rahmenbedingungen arbeiteten, so auch valide zu beschreiben. Danke.

Professor Dr. Everhard Holtmann

Vielen Dank. Bevor ich Herrn Bienert für den letzten Beitrag im heutigen Vormittagsblock das Redl freigebe, zwei kurze Anmerkungen zu den Ausführungen von Frau Trittel. Dieser von Ihnen erwähnte Ausschuss für Härtefälle und der damit geöffnete Weg für das Geltendmachen individuellen Rechtsschutzes war für die SED ein ständiges Ärgernis, auch weil die LDP und die CDU offenbar durchaus erfolgreich waren bei der Mobilisierung von Betroffenen im Lande. Die Zahl der eingegangenen Anträge war beträchtlich, laut einer Stelle in den von mir ausgewerteten Akten lag sie bei 1 500 Fällen. Die SED hat diese von CDU und LDP lancierte Aktion als einen Generalangriff auf ihre Kernforderung bezüglich der Strukturveränderungen in dem neu entstehenden System verstanden. Der Vorgang ist durchaus bemerkenswert, weil er noch einmal auf gegebene Handlungsspielräume hinweist.

Wichtig ist ebenso die Frage, welche Rolle die Tradition des Parlamentarismus für die Orientierungen von Abgeordneten, womit ja nicht nur, aber gewiss auch Weimar gemeint ist. Auch hier ist es meines Erachtens zielführend analytisch zu unterscheiden zwischen der Ebene der persönlichen Erfahrungen – diese sind ja bei den meisten durch die Weimarer Zeit geprägt, bis auf die vergleichsweise wenigen Jüngeren, die zur Kriegsgeneration zählten. Die andere Ebene ist, wie die Weimarer Tradition, gerade auch die Parlamentstradition, in der damaligen politischen Standortsuche programmatisch verarbeitet wird. Da hat die SED schon sehr früh ein negatives Narrativ transportiert, dasjenige einer „formalen Demokratie“, welche es zu überwinden gelte. Dieses Narrativ diente später auch als Begründung für die Beseitigung der

Landtage und der Länder. Diese beiden Ebenen muss man analytisch unterscheiden. Nun haben Sie das Wort, Herr Bienert.

Dr. Michael C. Bienert

Vielen Dank. Ich möchte gern auf die Frage von Herrn Schmeitzner zurückkommen: Gab es im Wahlkampf 1946 auch in anderen Ländern Fälle, dass Personen von den Kandidatenlisten genommen wurden? Ja, die gab es definitiv. Für Brandenburg kann ich das zweifelsfrei bestätigen. In den Akten des Landtages sind Kandidatenlisten der Parteien überliefert, auf denen Namen reihenweise durchgestrichen wurden.

Zwei Tage vor der Wahl wurde der Spitzenkandidat der LDP von der Liste entfernt. Das führte im Nachgang zu großen Diskussionen und Ärgernissen, zumal die Mitteilung per Telefon nicht von sowjetischer Seite kam, sondern vom Innenminister. Der Vorfall sorgte für Verwicklungen, weil diejenige Person, die eben nicht nur Landesvorsitzender, sondern auch als Fraktionsvorsitzender vorgesehen war, auf einmal komplett aus dem Rennen geworfen wurde. Mit einer Entscheidung der Sowjets hätte man sich aus Sicht der LDP wohl oder übel arrangieren müssen, doch gegen das Vorgehen des Innenministers sahen die Liberaldemokraten durchaus noch Möglichkeiten zum Widerspruch. Im Landtag wurde der Vorfall dann zum Thema. Allerdings mischte sich schließlich die SMA ein und riet den Liberalen mit Nachdruck dazu, die Sache auf sich beruhen zu lassen.

Das war nur die Spitze des Eisberges. Wir könnten uns das Ganze, in den Wahlkreisen bei den Landtagswahlen und bei den Gemeindewahlen, die ja etwas früher, im September 1946, stattfanden, genauer ansehen. Auch wurden hier die besonderen Mechanismen deutlich, um den Wahlkampf unliebsamer Kräfte zu behindern.

Um ein Beispiel zu nennen: In der Regel wurden Wahlkampfauftritte auf dem Land in Gasthöfen abgehalten, weil diese über große Säle verfügten, um genügend Publikum anzuziehen. Mehrfach beklagten sich die Landesverbände von CDU und LDP sowohl in Brandenburg als auch in Thüringen bei der Militäradministration darüber, dass sie eine Wahlkundgebung bereits angekündigt hätten und die Plakate schon geklebt seien, aber dass dann vom zuständigen Offizier der Kommandantura die Ansage komme: Nein, das geht leider nicht, heute Abend organisieren wir im Gasthof für unsere Soldaten einen Filmabend.

Durch solche Methoden wurden Veranstaltungen verhindert und den „bürgerlichen“ Parteien die Möglichkeit genommen, sich zu präsentieren oder Mitglieder zu werben, ohne dass sich das in offiziellen SMAD-Befehlen niedergeschlagen hätte. Da gab es sehr viel subtilere Möglichkeiten.

Professor Dr. Everhard Holtmann

Weil Sie die Gemeindewahlen angesprochen haben, nur ein ganz kurzer Kommentar dazu. Die Behinderungen bei der Wahlvorbereitung sind, glaube ich, bezüglich der psychologischen Folgewirkung für die Zeit danach und auch für die Arbeit des Landtages gar nicht zu überschätzen. Denn diese Erfahrung flächendeckender Eingriffe, der SMAD, die zum einen darin bestanden, dass eine ganze Reihe von eingereichten Ortsvereinslisten nicht genehmigt wurden, und zum anderen darin, dass man dort, wo CDU und LDP Listen einreichen konnten, eine ganze Reihe von Leuten gestrichen hat. Zum Dritten wurden die bürgerlichen Parteien im Wahlkampf selbst noch zusätzlichen Restriktionen unterzogen. Das hatte den Effekt, dass die SED in Sachsen-Anhalt zwar 60 % der Stimmen bei den Gemeindewahlen bekam, aber nur deshalb, weil in Hunderten der damals mehr als 2 000 Gemeinden in Sachsen-Anhalt überhaupt keine LDP- und CDU-Listen angekreuzt werden konnten. Und dies bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung von 90 bis 94 % in den drei Bezirken der Provinz Sachsen. Letzteres zeigt: Die Menschen waren schon willens und auch vielleicht hungrig, wieder unter halbwegs freien Umständen ihre Stimme abgeben zu können. Trotzdem werden ca. 10 % ungültige Stimmen abgegeben. Und die ungültigen Stimmen sind hoch in Gemeinden, wo nur die SED Kandidaten aufgestellt hatte.

Spätestens nach diesen Erfahrungen war den Akteuren klar, dass ihre Handlungsspielräume, dass die Offenheit der Situation Einschränkungen unterliegen würde.

Dr. Michael Bienert

Noch ein kurzer Nachtrag. Das Folgende habe nicht ich herausgefunden, sondern das ist schon seit der Arbeit von Karl-Heinz Hajna über die Landtagswahlen in der SBZ bekannt. Werfen Sie einen Blick auf die statistischen Daten des Wahlkampfes. Sehen Sie sich an, welche Partei in welchen Ländern wie viel Papier zugeteilt bekam, welche eine Zeitung herausgeben durfte, wer über Benzin für Wahlkampftouren verfügte und wem ein Auto zur Verfügung gestellt wurde. Teilweise zogen die Kandidaten von LDP und Christdemokraten mit dem eigenen Fahrrad los oder gingen zu Fuß von Dorf zu Dorf, um für ihre Sache zu werben.

4. Themenblock II: Akteure im deformierten Landesparlamentarismus – Wege zur Erschließung von Abgeordnetenbiografien

4.1 Einleitung

Professor Dr. Everhard Holtmann

Die Landtage Sachsen-Anhalts 1946 – 1952

Strukturierende Überlegungen II

1. Welche Bedeutung hatte die jüngere Generation in der SED und den Blockparteien?
2. Parteiloyalitäten: Gibt es Beispiele für Verhaltens-Varianten zwischen Ideologiefestigkeit und mitlaufender bzw. vorseilender oder erzwungener Anpassung?
3. Haben die analytischen Kategorien Generationen, Milieus und politische Teilkulturen Erklärungskraft?
4. Wie ist die politische Bedeutung Erhard Hübeners für die seinerzeitige Landespolitik und speziell den Landesparlamentarismus einzuschätzen?

Ich habe obige Folie noch einmal eingeblendet als Memo für diesen zweiten Teil unserer Tagung. Auch dies sind lediglich Angebote für strukturierende Überlegungen, in der klaren Erkenntnis, dass wir nicht alle Fragen vollständig oder gar gleichgewichtig werden behandeln können.

Erstens: Welche Bedeutung hatte die jüngere Generation in der SED und bei den Blockparteien? In den Parteien wirkten damals ja nicht nur der Weimarer Generation Angehörige, sondern auch solche der Kriegs- bzw. Hitlerjugendgeneration.

Zweites Stichwort: Parteiloyalitäten. Gibt es Beispiele für Verhaltensvarianten, die sich zwischen den beiden Polen von Ideologiefestigkeit und mitlaufender bzw. vorseilender oder auch erzwungener Anpassung einordnen lassen? Das bezieht sich nicht nur, aber eben doch auch wesentlich auf die internen Verhaltensweisen der SED und der SED-Fraktion.

Ich will kurz selbst etwas dazu sagen, weshalb ich die unter Punkt 1 formulierte Frage nach der Bedeutung der jüngeren Generation in SED und Blockparteien mit aufgenommen habe.

Zum einen, weil die zeitgeschichtliche Biografieforschung, ausgehend von unterschiedlichen Generationenmodellen, nicht nur die Weimarer Generation, sondern auch die jüngere Generation, die als Hitlerjugend- oder NS-Generation bezeichnet wird, längst in den Blick genommen hat. Dies bezieht sich allerdings auf Untersuchungen, die auf die westdeutsche Nachkriegszeit fokussiert sind. Zur parallelen Entwicklung im Osten Deutschlands vor Gründung der DDR gibt es nach meiner Kenntnis noch Forschungslücken.

Die Generationenfrage scheint mir nach meinen jetzigen, noch rudimentären Quellenkenntnissen, die SED mehr als CDU und LDP beschäftigt zu haben. So im Zusammenhang mit der Frage: Wie gehen wir als diejenigen, die auch die Verwaltungshoheit in den wiedererstandenen Ländern der SBZ übernommen haben, mit NS-belasteten Personen um? Die Innenminister haben ja in der Regel der SED angehört und sind zielbewusst schon 1945 darangegangen, die Personalstrukturen parteipolitisch zu säubern, immer mit der Zielsetzung: Die aktiv gewesenen Nazis müssen raus und durch „wahre Demokraten“, d. h. Mitglieder der KPD und – wenngleich weniger – der SPD ersetzt werden. Die Frage der Wiedereingliederung sogenannter nomineller Parteigenossen wurde über Jahre hinweg kontrovers diskutiert. Das hat auch die Innenpolitik in Sachsen-Anhalt bis in den Landtag hinein beschäftigt.

Zum anderen, selbst wenn es nur Spurenelemente im neuen politischen Personal gegeben hat – in den Parteien und auch in den Fraktionen schon des ersten Landtages hat es Angehörige der jüngeren Generation immerhin gegeben.

Drittens betrifft der Generationenwandel auch die bürgerlichen Blockparteien. Akten der CDU, die in der Konrad-Adenauer-Stiftung einsehbar sind, geben Aufschluss darüber, wie der nachmalige Vorsitzende der DDR-Blockpartei CDU, Gerald Götting, sehr früh, noch als Student, eine steile Parteikarriere gemacht hat. Götting hat ab etwa 1948 mit bemerkenswerter Härte einer bemerkenswerten Anpassungsfähigkeit an die neuen Verhältnisse sich darangemacht, die CDU nach dem Vorbild der SED zu einer – so wörtlich – ebenfalls „Partei neuen Typs“ umzukrempeln, einschließlich forcierter innerparteilicher Säuberungen. Götting hat dann ja auch eine prominente DDR-Karriere gemacht, die erst 1989 endete.

Die Frage nach Parteiloyalitäten: Ob man deren Erscheinungsformen überhaupt aus der Analyse der Landtagsmaterialien herausfiltern kann, also dass man klar sagen kann: Da haben wir konkrete Beispiele für abweichendes Verhalten oder fraktionsinternen Dissens, da bin ich mir unsicher. Es gibt zwar Anhaltspunkte, wie z. B. ansatzweise bei der Verfassungsgesetzgebung, aber diese sind vergleichsweise überschaubar.

Schließlich viertens: Wie ist die politische Bedeutung Erhard Hübeners für die seinerzeitige Landespolitik und speziell auch den Landesparlamentarismus einzuschätzen? Das ist eine Frage, die sich auch deshalb stellt, weil wir – das wurde heute Vormittag schon angesprochen – Defizite bezüglich der Analyse der

Landesverwaltungen haben, eines für die damaligen Verhältnisse nicht unbedeutenden Teils der Exekutive.

4.2 Impulsbeiträge

Dr. Christina Trittel

Wie Sie wissen, habe ich zwei Bücher zum Landtag von Sachsen-Anhalt und zu den Jahren 1946 bis 1950 geschrieben. Einmal habe ich mich mehr auf die Fraktionen orientiert und geschaut, wie haben die sich in diesem Landtag bewegt, was haben die in diesem Landtag auf die Beine stellen können. Wie ist es ihnen ergangen? Welche Inhalte usw. haben sie durchgesetzt?

Das andere ist ein Band, der sich auf Abgeordnetenbiografien bezieht, und zwar auf genau die Abgeordneten, die damals aktiv waren. Das sind diese beiden Bücher. Viele haben heute über die Jahre gesprochen, die seit den eigenen Forschungen zum Thema vergangen sind; bei mir sind es 15 bzw. 16 Jahre. Trotzdem kommt die Erinnerung dann doch zu uns zurück und bleibt eigentlich auch über die Jahre erhalten. So ist es auch bei mir. Dass ich dann nach der ersten Arbeit noch den Biografienband publizieren konnte, das war relativ überraschend. Die Idee ist mir selbst ganz plötzlich gekommen, ohne dass ich das lange vorher geplant hatte. Ich glaube, da waren auch noch andere überrascht, ich glaube, auch Sie, Herr Professor Holtmann. Aber ich hatte damals so viele Unterlagen und Daten gesammelt, dass ich daraus noch schnell dieses zweite Buch schreiben konnte, was damals sehr gut passte.

Denn der erste Landtag 1946 war zu diesem Zeitpunkt 60 Jahre zuvor das erste Mal zusammengetreten und der Landtag Sachsen-Anhalts, der 2006 im Amte war, hatte dann auch entschieden, dass dieses Jubiläum begangen werden sollte. Es gab jedenfalls eine festliche Landtagssitzung dazu. Es kamen noch einige Zeitzeugen, die damals noch dabei sein konnten. Wir haben genau in diesem Raum gesessen und hier eine Veranstaltung mit Zeitzeugen, Abgeordneten und Schülerinnen und Schülern gemacht. Ich empfand es als sehr glücklich, dass meine jahrelange Recherche so spektakulär enden durfte. Froh bin ich bis heute, dass ich zur Identitätsbildung Sachsen-Anhalts einen bleibenden Beitrag geleistet habe. Das ist mir auch als Sachsen-Anhalterin, die den politischen Umbruch und die Neugründung dieses Bundeslandes nach der politischen Wende 1989/90 bewusst miterlebt hat, wirklich wichtig.

Was mir auch heute wieder aufgefallen ist: Ich glaube, die Zeit um das Jahr 2000, eine Zeit, in der aus vielen Bereichen, aus anderen Ländern auch – ich glaube, auch Sie, Herr Dr. Bienert, würden das bestätigen – dieses Bedürfnis bestand, sich mit diesen Nachkriegslandtagen der SBZ zu beschäftigen. Das war zu dieser Zeit ein wichtiges Thema in der Geschichtswissenschaft, breiter vertreten vielleicht, als es im Moment zu sein scheint.

Ob für den 1946 gewählten Landtag in Sachsen-Anhalt bzw. für die Landtage der SBZ der Begriff Transformation trägt, ist heute Vormittag kritisch betrachtet worden. Ich bin diesem Begriff gegenüber immer sehr aufgeschlossen gewesen. Im Großen und Ganzen bin ich nach den Forschungen zum 1946 gewählten Landtag der Analyse von Transformation in und durch Parlamente erst einmal ein wenig treu geblieben. Ich habe mich im Rahmen eines Postdoc-Stipendiums mit Belarus beschäftigt, dort einige Zeit recherchiert und auch die Nationalversammlung untersucht, soweit dies unter den herrschenden Bedingungen möglich war. Hier ergab sich ein anderes Bild als für die SBZ-Zeit, da es in Belarus eben nie fundierte parlamentarische Erfahrungen gab, die z. B. vergleichbar mit Traditionen aus der Weimarer Republik waren. Ich habe dann in einem Aufsatz gefragt: Wozu braucht Lukaschenko denn überhaupt ein Parlament? In der Antwort liegt eigentlich das, so ein bisschen mit versteckt, warum auch die DDR die Volkskammer brauchte. Der Begriff „Parlament“ wird umgedeutet. Man spricht zwar immer noch von einem Parlament. Aber es erfolgt in sehr starkem Maße eine Abwertung der Elemente, die funktionierende Parlamente, die

gewaltenteilig wirken, kennzeichnen. Dabei wird dann in so einem Regime, ob hybrid oder autoritär, insbesondere die gestaltende Kraft von Parlamenten eingegrenzt bzw. abgeschafft.

Dies sage ich auch mit Blick auf die im sachsen-anhaltischen Landtag sich ab 1950 darstellende Situation. Bereits für den 1946 gewählten sachsen-anhaltischen Landtag musste ich feststellen, dass er am Ende der ersten Legislaturperiode im Oktober 1950 keine traditionell-parlamentarische Prägung mehr aufwies. Dieses Landesparlament hatte alle ihm 1946 versprochenen Kompetenzen als höchster Willensträger des Landes Sachsen-Anhalt verloren. Der zweite Landtag Sachsen-Anhalts wurde dann zusammengestellt, nicht einmal mehr kompetitive Wahlen mit vielerlei Einschränkungen wie 1946 gab es dann noch. Ich habe im Bereich „Politische Transformation“ noch ein paar andere Aufgaben gehabt, die sich dann weniger auf den Parlamentarismus der Nachkriegszeit bezogen haben. Ich war an der Universität Wien als Lehrbeauftragte mit der Transformation in Osteuropa beschäftigt und habe danach als Referentin der Enquetekommission des Brandenburger Landtages über Aufarbeitung und Bewältigung der SED-Diktatur und den demokratischen Übergang in einen demokratischen Rechtsstaat gearbeitet. Hier ging es also auch um die politische Transformation in Richtung Demokratie.

Aber zurück zum heutigen Thema – das sich eher als die Entwicklung demokratischer Ansätze in Richtung Diktatur darstellt. Der Landtag Sachsen-Anhalts von 1946 bis 1950 ist aus meiner Sicht ein Beispiel dafür, dass es durchaus – übrigens, Herr Professor Holtmann, was wir auch heute früh schon oft gesagt haben – eben eine gewisse Offenheit der Ausgangssituation gab. Ich glaube, da sind wir uns auch relativ einig in der Runde. Interessant ist an diesem historischen Parlament, dass man zwar nicht alles herausbekommt, aber dass es doch eine Quellenlage gibt, anhand derer das schrittweise Verschwinden dieser Offenheit nachvollzogen werden kann. Insofern werden die beschriebenen Einschränkungen der Handlungsspielräume im parlamentarischen Arbeiten, in der Arbeitsweise, im Wechselverhältnis der Fraktionen, in den Kräfteverhältnissen, in den Quellen nach wie vor zu finden sein. Die Offenheit also, welche am Anfang bestand, war zum Ende der ersten Legislaturperiode nicht mehr vorhanden. Ich denke, deutlich wird vor allem, dass personelle Verdrängungen und der Druck auf Abgeordnete das Ende der Offenheit deutlich ab 1948 fortschreiten ließen.

Was ich jetzt noch gern sagen will, bezieht sich auf das Wahlergebnis und die Akzeptanz der Verfassung. Es ist richtig, in Sachsen-Anhalt gab es eine Mehrheit von LDP und CDU gegenüber der SED. Dann trat im Dezember 1946 die LDP-Abgeordnete Elisabeth Becker nach einer Reise in die Westzone aus der LDP aus und in die SED ein. Wahrscheinlich wurde sie gezwungen, wir wissen es nicht. Man kann in den Archiven nachlesen, dass Frau Becker selbst nie gesagt hat, sie sei dazu gezwungen worden, in die SED einzutreten. Trotzdem war sie plötzlich SED-Mitglied und zeigte sich verschlossen gegenüber den vormaligen LDP-Parteifreunden. Hier lohnt sich der Blick auf die Verfassung. Diese war damals gerade frisch ausgehandelt, und auf diese beriefen sich die Fraktionen CDU und LDP, um zu zeigen: Frau Becker ist zwar jetzt in der SED, aber eigentlich dürfte sie ihr Mandat gar nicht haben. Denn in Artikel 26 Abs. 3 steht eben: Der Übertritt eines Abgeordneten in eine andere Partei soll zum Verlust des Mandats führen. Da es aber nicht den Zielen der SED entsprach, kam es nicht zum Mandatsverlust.

Das heißt, hier haben wir so ein Beispiel, wie die Verfassung, die gerade beschlossen war, wo alle in einem langen Prozess doch einig wurden, dann plötzlich vom Tisch gekehrt wurde, einfach um eine SED-Zielsetzung umzusetzen. Die Mehrheitsverhältnisse im Landtag sollten sich zu Gunsten der SED ändern. Vielleicht auch deshalb, weil die SED während der Verhandlungen um die Verfassung gemerkt hatte: Aha, die LDP, die CDU sind wirklich auch starke Gegner und Konkurrenten.

Vom Anfang seines Bestehens an ist am 1946 gewählten Landtag Sachsen-Anhalts diese Mischung aus traditionellen Elementen und dem Willen der SED, zur Volksdemokratie zu kommen, eben das, was spannend ist. Daraus kann man ableiten, welche strukturellen Kernmerkmale Parlamente und welches Selbstverständnis Abgeordnete haben sollten, wenn parlamentarische Demokratien dauerhaft bestehen sollen. Nicht zuletzt zeigt sich, wie stark die äußeren Rahmenbedingungen Transformationsprozesse beeinflussen.

Zu Beginn der ersten Legislaturperiode war der Landtag weitestgehend so aufgestellt, wie es in traditionellen Parlamenten üblich ist. Es gab Gremien, die man auch sonst aus Parlamenten kennt. Es gab Abgeordnete, die sich entsprechend ihren Gesinnungen zusammenfanden in Fraktionen. Es gab verschiedene Ausschüsse und es gab den Ältestenrat. Wenn man beispielsweise die Protokolle des Ältestenrates liest, wird sehr schnell deutlich, dass er eigentlich das Lenkungs-gremium des Landtages wird. Es gibt in den anderen Landtagen der SBZ den Hauptausschuss; den gab es in Sachsen-Anhalt nicht. Die Koordination der Landtagssitzungen fand hier im Ältestenrat statt. Der Ältestenrat war zwar paritätisch besetzt, aber dadurch, dass der Landtagspräsident Böttge eben SED-Mitglied war, wurde die Parität obsolet. So entwickelte sich also zunächst ein formal traditionell angelegtes Parlament, diese wurde aber bis 1950 weitgehend entmachtet. Dass dies besonders auch durch die Verdrängung von Mandatsträgern, die demokratisch gesinnt und oft mit Weimarer Erfahrungen ausgestattet waren, geschah, habe ich bereits erwähnt.

Vorhin haben wir kurz gesprochen über sozialstrukturelle Faktoren, z. B. woher kommen die Parlamentarier? Wir haben auch gesagt, dass die politische Kultur im Landtag, die sehr deutlich sichtbar wird und die sich auch im Zeitverlauf differenziert darstellt, mit den sozialstrukturellen Merkmalen der Abgeordneten in Beziehung steht. Dazu habe ich in meinen beiden Publikationen zum 1946 gewählten Landtag Angaben gemacht. Ich konnte am Ende und auf der Basis der Analysen sagen: Es gab typische Kennzeichen von SED-Fraktionsmitgliedern, auf der anderen Seite auch typische Kennzeichen von Abgeordneten der LDP und der CDU. Diese Kennzeichen beziehen sich z. B. auf die Herkunft der einzelnen Fraktionsmitglieder, auf ihre Bildung und Ausbildung, und auf unterschiedliche in der NS-Zeit erlittene Repressalien. Anhand dieser gruppenspezifischen sozialstrukturellen Merkmale lässt sich auch beschreiben, welche Abgeordneten aus welchen Gründen in der Anfangszeit der SBZ und im Verlauf bis 1950 Positionen besetzten und über welche Chancen sie verfügten, um sich dort im politischen Prozess zu behaupten.

Die verstärkte Verdrängung derer, die traditionelle demokratische Werthaltungen vertraten und deshalb nicht in die entstehende sogenannte Volksdemokratie passten, kann auch anhand der sich ändernden sozialstrukturellen Merkmale der Abgeordneten zwischen 1946 bis 1950 abgebildet werden.

Mit der personellen Verdrängung setzten auch eine Verschiebung des Arbeitsstils und auch ein veränderter Blick auf Ziele und Aufgaben der parlamentarischen Arbeit ein. Die Handlungsspielräume der Fraktionen von LDP und CDU verengten sich immer deutlicher. Letztlich kann man feststellen, wieso Konflikte im Landtag entstanden sind, und nachvollziehen, dass bestimmte Werthaltungen einerseits der LDP/ CDU und andererseits der SED ursächlich dafür waren.

Dafür kann auch der Begriff der politischen Teilkulturen verwendet werden. Dies hat überdies den Vorteil, dass dieser Begriff auch auf die sozialdemokratisch geprägten und deshalb vielen Angriffen ausgesetzten, ehemaligen SPD-Mitglieder in der SED-Fraktion gut passt. Auch für die Arbeiten zum so genannten „Sozialdemokratismus“ ist der 1946 bis 1950 tätige Landtag in Sachsen-Anhalt ein guter Forschungsgegenstand.

Bis zum Ende der ersten Legislaturperiode haben wir z. B. eine starke Zunahme des Anteils derer, die aus der Arbeiterschaft kommen. Insgesamt hatte bis zur „Volkswahl“ von 1950 über die Hälfte der 1946 gewählten Abgeordneten des ersten Landtages in Sachsen-Anhalt ihre Mandate aus politischen Gründen niedergelegt. Die Nachfolger der Verdrängten besaßen jene sozialen, beruflichen und politischen Merkmale, die ich als typisch für SED-Fraktionsmitglieder mit kommunistischem Hintergrund bezeichnet habe. Im dann im Oktober 1950 auf der Basis der Einheitslisten, nicht durch Wahlen, entstandenen zweiten Landtag Sachsen-Anhalts vervielfachte sich der Anteil an Abgeordneten, die zum Zeitpunkt ihres Mandats Arbeiter waren, weiter und weiter. Politisch gestaltend wirkte der Landtag dann nicht mehr, er entwickelte sich zu einer Art Scheinparlament.

Professor Dr. Everhard Holtmann

Vielen Dank, Frau Trittel. Eine ganz kurze Anmerkung noch zu der von Ihnen erwähnten Begebenheit des Fraktionswechsels von Elisabeth Becker von der LDP zur SED. Die landtagsinterne Befassung damit er-

scheint im Rückblick fast paradox. Im Rechts- und Verfassungsausschuss – ich glaube, es war dieser Ausschuss – wurde die Frage diskutiert, die Sie eben auch angesprochen haben, nämlich wie man mit Fraktionswechseln umgeht. Das Paradoxe liegt darin, dass Vertreter der SED im Sinne der Anerkennung des freien Mandats, also eines Kernelementes der liberalen Demokratie, die man eigentlich als „formal“ diskreditiert hat, argumentiert haben, und umgekehrt die bürgerlichen Parlamentarier mit ihrem Verweis auf die Parteiwahl eine stärker institutionenbezogene Sicht vertreten haben.

Der zweite Punkt ist, ob man diesen Fraktionswechsel zum Anlass nehmen könnte, allgemein über die Frage nachzudenken, was denn die zahlenmäßigen Kräfteverhältnisse im Landtag, ob Mehrheit oder nicht, überhaupt für eine Rolle gespielt haben, ob man nicht sagen kann: Abweichend von den üblichen Annahmen eines Parlamentarismus ist die Unterscheidung zwischen Koalition und Opposition eine für diesen ersten Landtag – nicht zu reden von dem völlig angepassten zweiten Landtag – eine irrelevante Kategorie. Zu fragen ist, ob man wirklich so weit gehen kann, weil es ja im Zuge der Landesverfassungsberatungen durchaus Ansätze eines streitigen Diskurses gegeben hat.

Professor Dr. Uwe Danker

Vielen Dank, Herr Holtmann. Zunächst einmal herzlichen Dank für die Einladung zu diesem wirklich spannenden Workshop und vor allen Dingen zur Diskussion Ihres wirklich relevanten Vorhabens. Ich weiß aus eigenen Arbeiten zu Schleswig-Holstein, wie bedeutend diese Phase 1945 bis 1950, insbesondere übrigens die Jahre 1946/1947, für die staatliche Zukunftsgestaltung und die Landesgeschichte in Deutschland gewesen sind. Für Schleswig-Holstein hieß das – das habe ich vorhin schon angedeutet – ein von den Briten verantwortetes und massiv gestaltetes Geschenk der Demokratie für dieses nördliche Land.

Mein Vortrag könnte nun darin bestehen, bei diesem Format von 15 Minuten, dass ich ein paar Vergleiche zu dem heute Gesagten bringe. Dazu ist die Zeit zu schade. Ich habe mich gefragt: Was kann ich beitragen zu Ihrem Projekt, Herr Holtmann? Möglicherweise kann ich eine methodische Anregung für die Erfassung der 111 in Rede stehenden Abgeordneten liefern, und zwar für die Erfassung ihrer Biografien.

Zunächst ein Hinweis: Während bei Forschungen auf dem Gebiet der ehemaligen SBZ und der DDR für den Zeitraum nach 1945 in aller Regel inhaltlich eher der Elitenwechsel im Fokus steht, fragen wir, bezogen auf den Neubeginn nach 1945 in den Westzonen, vor allem nach personellen Kontinuitäten. Das ist, glaube ich, ein Kernunterschied der Forschungsfragen.

Mein Institut hat von 2014 bis 2016 im Auftrag des Kieler Landtages alle altersmäßig in Frage kommenden Biografien von insgesamt 379 Abgeordneten und Regierungsmitgliedern der schleswig-holsteinischen Landespolitik zwischen 1946 und 1992 untersucht. Wir erhielten, ebenfalls auf der Basis eines einstimmigen Landtagsbeschlusses, einen Folgeauftrag und haben von 2019 bis 2021 auf Basis unseres Vorschlags wesentliche exemplarische Gruppen der Nachkriegseliten der Exekutive und Judikative im Schleswig-Holstein der Nachkriegsjahrzehnte untersucht. Es waren insgesamt 481 Personen, die wir nach einem differenzierten Zufallsprinzip auswählten, deren Gruppenbildung also vorher nicht feststand. Darunter war das komplette Polizeioffizierskorps Schleswig-Holsteins im Jahr 1965, ferner gruppierte Justizjuristen, also Staatsanwälte und Staatsanwältinnen sowie Richterinnen und Richter der 1950er- und 1960er-Jahre, sowie die Landessozialverwaltung im gleichen Zeitraum.

Übrigens waren beides Low-Budget-Projekte. Das erste wurde mit 100 000 Euro finanziert, das zweite mit 200 000 Euro. Davon konnte ich gerade einmal einen jungen Historikerkollegen finanzieren für die ganz gezielten Recherchen, um die es heute geht, während unsere Projekte – 3 000 Druckseiten müsste ich eigentlich vorstellen – viel ausufernder und auch inhaltsbezogener waren. Das heißt, alle meine Doktoranden am Institut plus unsere wissenschaftlichen Hilfskräfte und ein paar Gäste, die sozusagen kostenfrei mitgewirkt haben, waren an diesen beiden Projekten beteiligt.

Es liegt auf der Hand, dass für etwa 850 Personen keine vollbiografischen Recherchen – so nenne ich das einmal – machbar sind. Zugleich aber – da blickten wir auf Referenzarbeiten aus drei anderen Bundesländern – fanden wir das reine Auszählen von Mitgliedschaften, um Kontinuitätsfragen zu klären, äußerst langweilig und auch für wissenschaftliche Fragestellungen nicht hinreichend, auch für meine Lebenszeit, die ich da reinstecken würde. Also entwickelten wir eine spezifische Methodik für die Vorhaben.

Wir haben die Akteure, die wir untersuchten, vier bis fünf „Grundorientierungen“ in der NS-Zeit zugeordnet; das werde ich gleich vorstellen. Und in einer zweiten Stufe haben wir 18 im ersten und 21 im zweiten Projekt definierte „Typen“ geschaffen, um gruppenbiografische Erkenntnisse zu gewinnen, die wir sozusagen nach Belieben zu Teilgruppen zusammenstellen und bezogen auf die Datenbank gruppieren können, wobei – in aggregierter Form – charakteristische Teilgruppenprofile erkennbar werden können. Dieses methodische Vorgehen möchte ich Ihnen hier heute vorstellen.

Unsere Recherchen dienten der Suche nach den Spuren, die diese Akteure, Elitenangehörigen und Abgeordneten in öffentlichen Archiven hinterließen. Das sind zwar immer nur Spuren, aber es sind erstaunlich viele Abdrücke, die wir so im Laufe eines Lebens hinterlassen, insbesondere in öffentlichen Diensten. Wir sind also quer durch die Bundesarchive, Landesarchive und weitere Archive der Republik gefahren, haben Personalakten aus allen in Frage kommenden Zeitrahmen betrachtet, haben personenbezogene Daten etwa aus dem Landtag ausgewertet, haben insbesondere autorisierte, belegte Lebensläufe sowie Entnazifizierungsakten herangezogen, die im Hinblick auf unsere Fragestellungen sehr verlässlich sind, haben die NS-Mitgliederdateien, ehemals Document Center, befragt, potenzielle Ermittlungsverfahren zu nationalsozialistischen Gewaltverbrechen ermitteln können, auch Wiedergutmachungsverfahren – das als Gegenstück für Opfer aus der NS-Zeit – befragt, auch haben wir Rollen und Karrieren in der Wehrmacht betrachtet im Bundesarchiv Freiburg usw. usf. Es handelte sich also um ganz systematische, standardisierte und begrenzte Recherchen, nach Namenslisten und nach ganz spezifischen, von uns definierten Quellen.

Es war erstaunlich viel Output, was dann pro Person im Ordner am Ende landete, wenn wir über die drei Basisdaten verfügten: kompletter Name, Geburtsort, Geburtsdatum. Bei Landtagsabgeordneten erwies sich das als ganz einfach, jedenfalls bei der Überlieferung in Schleswig-Holstein, bei Polizisten z. B. als bemerkenswert schwierig. Da sind wir manchmal an Grenzen gestoßen. Aber insgesamt haben wir Datensätze jeweils pro Person in Ordner packen können. Und das haben wir dann erfasst in einer komplexen Datenbank, die wir eigens dafür entwickelten, mit den Zeitebenen Weimarer Republik – das wurde bereits angesprochen –, der NS-Zeit als Kern, der Nachkriegszeit und auch der Nachkriegsbewältigung. Unsere Datenbank umfasst insgesamt 379 Landtagsabgeordnete und Mitglieder von Landesregierungen sowie 481 Angehörige der oben genannten Nachkriegseliten.

In der Tat lieferte diese Datenbank dann, von uns ausgewertet, durchaus verwertbare und interpretierbare biografische Daten, die es möglich machten, die realen Orientierungen, realen Erfahrungen und realen Rollen dieser Akteure, bei uns speziell in der NS-Zeit, zu ermitteln.

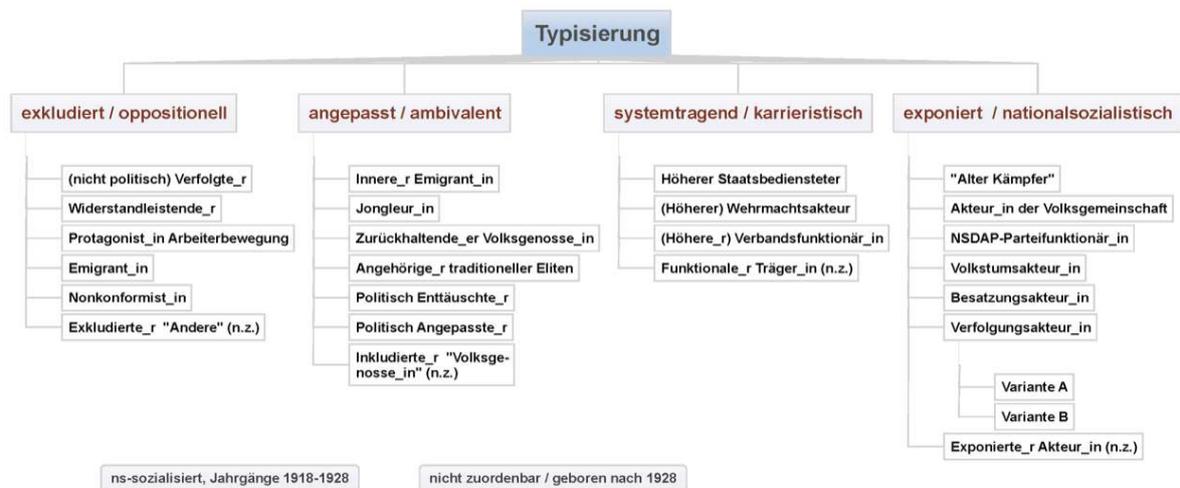
Man wird dann sehr schnell zum Experten: Eintrittsdaten in die NSDAP sind für uns interessant. Bei schließlich 8,5 Millionen interessieren nicht Mitgliedschaften, aber Eintrittsdaten, weil sie viel über die Person aussagen. Bestimmte Wege von Justizjuristen sagen mir sofort etwas, bestimmte Stationen usw., die in einem ganz kurzen bewussten Lebenslauf in einer Personalakte auftauchen. Also ist es in wirklich vielen Fällen möglich, die Personen für die NS-Zeit in wesentlichen Merkmalen zu charakterisieren.

Das hat auch damit zu tun, dass der NS-Staat Kollaborationsangebote an alle sogenannten arischen Personen richtete, die mit dazugehören durften, um am Aufbau des NS-Staats, am Aufbau der NS-Volksgemeinschaft mitzuwirken. Dem konnte sich niemand wirklich entziehen. Man musste sich irgendwie positionieren und verhalten, mitmachen, um nicht „abseitzustehen“, um dazugehören zu dürfen und nicht ausgeschlossen zu werden. In Betrieb, Dorf, Nachbarschaft, im Verein, bei Freizeitaktivitäten, überall gab es diesen Bekenntnisdruck. Selbst bei Lappalien wie der Sammlung für das Winterhilfswerk gab es die Wahrnehmung: Wie verhält sich ein Mitglied der Volksgemeinschaft?

Übrigens (in Klammern gesprochen): Dieser generelle Bekenntnisdruck bildet wohl eine Analogie zur DDR.

Jedenfalls lässt sich das Agieren, das Lavieren, das Eifern oder auch Wegducken, das Voranbringen oder Entgegenarbeiten von Personen z. B. in Berufslaufbahnen mit wenigen Quellen erkennen und exakt bestimmen.

Dass anschließend von uns definierte Muster einer „Grundorientierung“ ist eine sehr einfache und grobmaschige Zuordnung dieser Menschen zu Orientierungsmustern in der NS-Zeit. Es geht um vier generalisierte, charakteristische Grundhaltungen und Verhaltensmuster für ein Leben oder auch ein Überleben im Nationalsozialismus, und zwar für Individuen, aber auch soziale Gruppen bzw. Milieus. Sofern die Quellenlage das hergab – das ist in den stark überwiegenden Fällen gegeben –, haben wir jede einzelne unserer 850 Personen einer dieser vier im Schaubild abgebildeten Grundorientierungen zuordnen können.



Quelle: Eigene Darstellung

Ganz links auf der Abbildung sehen Sie die Grundorientierung „exkludiert/oppositionell“. Diese beinhaltet zwei Ausprägungen einer Nichtzugehörigkeit zur NS-Volksgemeinschaft, nämlich einmal das politische bewusste, ausdrückliche und nachhaltige Abweichen, also z. B. politischer Widerstand, sowie zum anderen die – in Führungszeichen – „unverschuldete“ Ausgrenzung und Verfolgung, etwa aus rassistischen, religiösen oder gesundheitlichen Gründen.

Die zweite Grundorientierung ist jene der „Angepassten“ bzw. „Ambivalenten“. Sie vereint zum Teil sehr widersprüchliche oder uneinheitliche Verhaltensmuster. In der Regel aber drückt sich hier ein nicht auffälliges Agieren in der NS-Zeit aus, also eher ein Wegducken oder ein vorsichtiges Anpassen, auf jeden Fall der Versuch, nicht allzu sehr aufzufallen.

Die dritte Grundorientierung ist „systemtragend/karrieristisch“. Diese steht für die Zugehörigkeit – in der Regel jedenfalls – zu wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, administrativen und politischen Eliten bzw. Führungsgruppen im Nationalsozialismus. Sie umfasst damit zum Teil durchaus auch Akteure, die in einer gewissen inneren Distanz zum Nationalsozialismus standen. Aber durchweg schließt sie Akteure ein, die funktionierten. Ohne diese Menschen, ohne diese Beamten, Wehrmachtsakteure, Verbandsfunktionäre war kein Staat zu machen, auch kein nationalsozialistischer Staat. Also sie funktionierten weiter und machten Karriere. Zentrale Bestimmungskriterien liefern also Funktion und Amtsführung.

Die vierte Kategorie repräsentiert die „exponiert Nationalsozialistischen“. Darunter fallen herausgehobene und ausgewiesene Nationalsozialisten, die wir an ihrem Handeln messen, nicht an ihrer Mitgliedschaft. Bei 10 % Bevölkerungsanteil an NSDAP-Mitgliedern bringt die Mitgliedschaft, wie schon betont, keine Erkenntnis. In dieser Kategorie sind die wirklich Exponierten versammelt: In aller Regel waren die Personen außernormativ, d. h. Moral und Menschlichkeit missachtend tätig und oft auch in nationalsozialistische Gewaltverbrechen involviert.

Das sind die vier Grundorientierungen, denen wir die Angehörigen der NS-Volksgemeinschaft zuweisen. Es gibt dann noch eine zusätzliche Grundorientierung, die nennen wir „NS-Sozialisierte“. Das ist dem Generationsthema geschuldet. Erfasst werden damit die von 1918 bis 1928 Geborenen, die ihre prägenden Jahre in der NS-Zeit hatten, die sogenannte HJ-Generation, ohne dass sie in aller Regel bereits völlig eigenverantwortlich für ihr Handeln zu betrachten wären, also sozusagen unter politischen Jugendschutz fallen.

Im nächsten Schritt Ausdifferenzierung haben wir daraus 21 Typen abgeleitet, die jeweils – das ist unser Anspruch – den individuell biografischen Kern dessen identifizieren, was eine Person, ihr Handeln, ihre Biografie, auch ihre Wahrnehmung und tatsächliche Rolle im NS-Regime vor allem ausmachte. Was heißt das?

Hat z. B. ein Justizjurist unmittelbar verantwortlich an Todesurteilen der Sondergerichtsbarkeit oder der Wehrmachtsjustiz – beides Unrechtssysteme – teilgenommen, also ein Richter ein Urteil gesprochen, ein Staatsanwalt ein Todesurteil verlangt, dann ist dieser Tatbestand für uns das Entscheidende, dass er als „Verfolgungsakteur“ zu betrachten ist, als jemand, der wirklich NS-Unrecht mit Todesfolge zu verantworten hat. Was er sonst noch gemacht hat, ist für diese Einstufung nachrangig.

Für einen Menschen, der ins Exil ging, sei es aus politischen oder rassistischen Gründen, ist genau dieses Kennzeichen, dass er unfreiwillig in ein Exilland auswanderte, das Entscheidende, was ihn ausmacht. Er würde als „Emigrant“ der Grundorientierung „exkludiert/ oppositionell“ angehören.

Ich will Ihnen nicht alle „Typen“ ausführlich erklären, aber exemplarisch auf „Widerstandsleistende“ verweisen. Denn das bildet in unserem Raster eine hohe Anforderung. Es handelt sich nämlich um Leute, die wir zum aktiven Widerstand der Arbeiterbewegung oder zum bürgerlichen Widerstand wirklich zählen dürfen, also gemäß einer harten, politischen Umbruch anzielenden Widerstandsdefinition, nicht nur eines irgendwie abweichendes Verhaltens.

„Protagonisten der Arbeiterbewegung“ sind jene, die nachhaltig sozialisiert wurden in der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaftsbewegung, der SPD oder der KPD, und die in der NS-Zeit wirklich keine spürbaren Anpassungsschritte gehen, aber auch nicht als aktiv Widerstand Leistende tätig werden, die also ihren Habitus retten und dann zu denen gehören, von denen Herr Schmidt heute Morgen sprach, die dann in den letzten Kriegswochen sozusagen die SPD-Parteibücher wieder hervorholen und den Neubeginn organisieren.

Bei der nächsten Untergruppe haben wir es mit „Jongleuren“ zu tun. Ich könnte alle 21 Typen jetzt eindeutig definieren, doch ich beschränke mich auf exemplarische Hinweise. „Angehörige traditioneller Eliten“ z. B. sind jene, die auf die Emporkömmlinge der NS-Bewegung herabblicken und sie das auch spüren lassen. In ländlichen Regionen spielte das eine ganz zentrale Rolle. Bei uns in Schleswig-Holstein redeten Großbauern nicht mit dem aufgestiegenen Ortsgruppenleiter der NSDAP, sie blicken auf ihn herab; sie hatten ihre eigene DNVP- und Stahlhelm-Tradition und ließen das, obwohl der Stahlhelm in die SA integriert wurde, die Emporkömmlinge, die Bauern, die bäuerlichen Nachbarn weiterhin spüren. Nicht zuletzt deshalb werden Angehörige der traditionellen Eliten auch gerne mal Mitte der 1930er-Jahre mit „Schutzhaft“ und anderem bedroht.

„Systemtragend/karrieristisch“: Klar, dazu zählen die „höheren Staatsbeamten“, in der Regel Juristen, die ihre Karrieren ungehemmt fortsetzten und für das perfekte Funktionieren des Staates sorgten. Dazu gehören ferner die Wehrmächtsakteure, die nicht Parteimitglieder wurden, aber als Militärangehörige eine zentrale Rolle spielten, im Krieg ohnehin.

„Alte Kämpfer“ in der Grundorientierung „exponiert nationalsozialistisch“: Das sind sehr frühe NSDAP-Mitglieder. Darin drückte sich das Bekenntnis aus, dass man wirklich Parteiveteran war. Ein Status, der für die Person hohe Bedeutung besaß.

„Verfolgungsakteure“ habe ich bereits erwähnt. Diese haben in unserem zweiten Projekt eine Bedeutung erlangt, die uns selbst überraschte. Das muss ich in aller Deutlichkeit sagen. Bei dieser unserer Arbeitsweise, mit den Recherchen und den Zuordnungen und sodann den Gruppierungen, entsteht in der Regel ein Tortendiagramm, garniert mit viel Statistik. Da wissen wir erst ganz am Ende eines Projektes, was wirklich an Gruppenbildung herauskommt und an markanten Gruppenprofilen. Wir haben es mit „Verfolgungsakteuren“ im Landtag so gut wie gar nicht zu tun gehabt, aber im zweiten Projekt – ich werde gleich zwei Ergebnisse kurz nennen – in starkem Maße. Die Ergebnisse dieser Zuordnung kann ich nur an zwei Beispielen vortragen, aber die sind durchaus aussagekräftig.

Erstes Beispiel: Wenn wir die Gruppen der Abgeordneten des Landtages von 1946 bis 1950 und jene, die von 1950 bis 1992 im Landtag Schleswig-Holstein saßen – zum Teil ist das nicht ganz schnittfrei, denn manche sind ja geblieben – betrachten, dann tritt ein ganz markanter Unterschied zutage, was deren demokratisches Potenzial angeht in Schleswig-Holstein. Das heißt, die Auswahl der Briten bezogen auf die ersten Abgeordneten, die Zulassung oder Verweigerung von Kandidaturen, war sehr stark an Weimarer Demokratieleistungen gebunden. Übrigens: Auch Kommunisten wurden zugelassen.

Nationalsozialisten, ehemalige NSDAP-Mitglieder oder Angehörige der beiden rechten Grundorientierungen, finden wir kaum im Landtag von 1946 bis 1950. Aber ab 1950, und zwar gerade in den ersten Legislaturperioden der 1950er-Jahre, kommt ein Rollback zustande und Nationalsozialisten, darunter exponierte, finden zurück ins Parlament. Wir haben also eine starke biografische Zäsur, was das demokratische Potenzial der Abgeordneten in Schleswig-Holstein angeht, im Jahr 1950. Ende der 1950er-Jahre ist die Mehrheit der Abgeordneten ehemals in der NSDAP aktiv gewesen. Diese Zäsur ist nicht wirklich neu, aber in der Erkenntnistiefe und in der Schärfe schon.

Das zweite markante Beispiel entnehme ich unserer zweiten Studie. Ich habe es eben gesagt: „Verfolgungsakteure“ spielten aus unserer Sicht eine große Rolle. Als Verfolgungsakteur begreifen wir Menschen, die einen längeren Zeitraum in außernormativen Verfolgungseinrichtungen der NS-Zeit tätig waren, also mehr als ein Jahrzehnt in Diensten der Gestapo, bereits seit den 1930er-Jahren also, oder langjährige Angehörige von Polizeiformationen, Einsatzgruppen, Polizeibataillonen in einem Zeitraum, in dem diese Einheiten nachgewiesenermaßen in Massenerschießungen des Holocaust verwickelt waren, also Akteure, die an Gruben Getöteter standen. Das sind Verfolgungsakteure, die wir als Gruppe benennen.

Nehmen wir z. B. die Oberbeamten der Landespolizei Schleswig-Holsteins ab 1965. Diejenigen darunter, die altersmäßig infrage kommen, sind 120 Personen. Das ist die Mehrheit ab Kommissar aufwärts in Schleswig-Holstein, einer damals noch kleinen Polizei. Es entsteht ein bedrückendes Bild: Die Mehrheit dieser Polizeioffiziere hat während der NS-Zeit in außernormativen Verfolgungseinrichtungen gewirkt – die Mehrheit! Mehr als ein Drittel war sogar entweder mindestens ein Jahrzehnt bei der Gestapo oder während des Krieges in tödenden Bataillonen tätig gewesen. Das sind Leute, denen wir biografische Tatnähe zuordnen; sie sind bekanntlich in den 1960er-Jahren strafrechtlich in aller Regel nicht verfolgt worden. Es gab zwar Ermittlungsverfahren, Zeugenaussagen usw., aber nur ganz wenige sind dann zur Rechenschaft gezogen worden. Das meint unser Begriff „biografische Tatnähe“.

Der Befund für die Landesjustiz fiel kaum weniger belastend aus. Auch das ist nicht wirklich neu. Wir wissen, dass ab 1950 im öffentlichen Dienst der alten Bundesrepublik ein Rollback stattfand. Aber diesen

Vorgang mit solchen statistisch fassbaren und klaren Gruppenprofilen zu belegen, ist eben doch neu. Deshalb können wir – Sie haben es zitiert – im Titel unserer Arbeit von geteilter Verstrickung reden. Das beantwortet eine Auftragsfrage des Landtages, ob es Netzwerkbildungen – auch das ist ja ein Thema für die Nachgeschichte der DDR – in Schleswig-Holsteins Eliten gegeben habe. Unser Ergebnis ist: Derer hat es nicht bedurft. Da die Mehrheit der Justizjuristen und die Mehrheit der Polizisten gemeinsame Erfahrungen in außernormativen Einrichtungen gemacht hatten, musste man keine Netzwerke mehr bilden, um generationell selbstverständlich zusammen zu agieren und sich gegenseitig auch zu fördern. Das ist in aller Kürze unser Befund.

Das war ein NS-Kontinuitäten-Projekt, natürlich. Die Frage ist: Was können Sie damit anfangen? Dazu zum Schluss drei, vier kurze Hinweise.

Die NS-Zeit, anders als die Weimarer Zeit, die ja von Ihnen, Frau Trittel, auch schon ins Auge gefasst und auch heute mehrfach erwähnt wurde, die NS-Zeit und die Prägung während der NS-Zeit spielen, glaube ich, in den bisherigen Studien für Sachsen-Anhalt nur eine geringe Randrolle. Das ist für mich auch inhaltlich gut nachvollziehbar. Aber vielleicht sollte man solche Fragestellungen nicht völlig außer Acht lassen. Überraschungen halte ich auch da nicht für ausgeschlossen, und zwar unabhängig von Mitgliedschaften in Parteien. Insbesondere für das bürgerliche Lager ist zu erwarten, dass es eine NS-Geschichte gibt, aber vielleicht nicht nur dort.

Die Polizei wurde vorhin erwähnt. Die sächsische Polizei, das dortige Landeskriminalamt war nach 1945 offenbar ein fest in KPD-Hand befindlicher Apparat. Aber sobald wir es mit Berufspolizisten zu tun haben, werden Sie überrascht sein, wenn Sie mit einem Fokus wie dem unsrigen da herangehen. Also Berufspolizisten, die sozusagen aus dem Milieu kommen...

Zweiter Hinweis: Frau Trittel, ich habe in Ihre erste Studie einmal hineingeguckt auf der Anreise. Geschlechterverhältnisse haben Sie dort herausgestellt, Bildungsstandards, Klassenzugehörigkeit und, was ich erstaunlich intensiv belegt und ausgeführt fand, waren die politischen Aktivitäten in der Weimarer Republik, konkret die Parteimitgliedschaft. Ich glaube, bei 70 % Ihrer Akteure können Sie Aktivitäten, Parteimitgliedschaften nachweisen, damit auch Orientierungen für die Weimarer Zeit, demokratisch/ nicht-demokratisch z. B., oder rechts/ links. Und Sie haben – das finde ich überzeugend – gruppenbiografische Vorprägungen der SED-Fraktion im Vergleich zu den bürgerlichen Parteien LDP und CDU klar konturiert herausgestellt. Vielleicht lässt sich dieser Ansatz und dieser Bereich sinnvoll verfeinern und auch ausweiten, präzisieren.

Dritter Hinweis: Orientierungen, Rollen und Tätigkeiten während der Weimarer Republik, das kann man vielleicht noch weiter ausdifferenzieren. Naheliegend wäre aus meiner Sicht die getrennte Betrachtung von ehemaligen SPD- und KPD-Mitgliedern. Die einen würde ich verorten im demokratischen Spektrum und die anderen im linken antirepublikanischen Spektrum, und manche – jedenfalls kann ich das von unseren Akteuren sagen – als wandernde Akteure in der Weimarer Zeit, also von hier nach dort und teilweise auch wieder zurück. Darin erkenne ich jedenfalls eine differierende Vorprägung der SED-Akteure ab 1946. Nun könnte man die These aufstellen, dass diese differierende Vorprägung sich auch ausdrückt im Handeln.

Letzter Punkt: Wie durchlebten und überlebten eigentlich verschiedene Gruppen die Zeit von 1933 bis 1945? Machten sie eventuell konstitutiv prägende Erfahrungen für ihr Nachkriegshandeln? Ich kenne nur widersprechende Erfahrungen, etwa von Sozialdemokraten – die einen rücken in der gemeinsamen KZ-Erfahrung mit Kommunisten zusammen, die anderen bleiben erst recht auf Distanz nach 1945. Ferner LDP-Leute, die aus der DDP stammten, und CDU-Mitglieder aus nationalkonservativen Parteien. Also gibt es da vielleicht noch etwas, das zu verfeinern wäre. Vielen Dank.

Professor Dr. Everhard Holtmann

Vielen Dank, Herr Danker. Ich versichere Ihnen, dass Ihre Anregungen auf fruchtbaren Boden fallen, was die von Ihnen erstellte und hier beispielhaft vorgetragene Typenbildung betrifft. Über eine originär eigene

Typenbildung wird es in unserem Landtagsprojekt absehbar nicht gehen, vielmehr werden wir forschungspragmatisch auf vorhandene Typenvorschläge rekurrieren.

Nach meiner jetzigen Vorstellung wird es um zwei Dimensionen in dem biografischen Teil unseres Projekts gehen. Zum einen geht es darum, inwieweit man vorhandene Typisierungen anwenden kann auf große Gruppen der Landtagsabgeordneten, insonderheit Fraktionen, sowie auf weitere Teilgruppen, etwa differenziert nach Generationen. Zum anderen geht es, ausgehend von Typologien, um die biografische Rekonstruktion einer kleinen, ausgewählten Zahl von Abgeordneten, die wir in ausführlicheren Personenporträts vorstellen möchten.

Dabei kommen die Fragen, die Sie angeschnitten haben, etwa die Bedeutung der NS-Erfahrungen für die Persönlichkeitsbildung, die Relevanz der Weimarer Vorerfahrungen, die Prägekraft der Nachkriegszeit und die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Teilmilieus, Sozialmilieus und eben auch zu politischen Teilkulturen, in den Blick. Also sozusagen diese beiden Stufen der biografischen Aufarbeitung, die schweben mir eigentlich vor. Nochmals Dank für Ihre Anregungen.

Professor Dr. Mathias Tullner

Frau Trittel ist die erste Preisträgerin eines Wettbewerbs, den dieser Landtag einmal ausrief für nachwuchswissenschaftliche Arbeiten. Das wollte ich Herrn Hecht und den Herren vom Landtag nur einmal zur Kenntnis geben. Vielleicht lässt sich so etwas wieder reaktivieren oder in einer anderen Form machen. Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, dass es, wenn wir über dieses Land Sachsen-Anhalt oder damals Provinz Sachsen genannte Gebilde reden, eine Reihe von Besonderheiten gibt. Lassen Sie mich mit einer weiteren Eigenheit fortfahren.

Der erste Landtag, dessen spätere Neuwahl verschoben wurde, was einer der Rücktrittsgründe von Hübener war, hat im zweiten Landtag seine personelle Fortsetzung gefunden in einem einzigen gewählten Abgeordneten, der bereits 1946 gewählt worden war. Also hier ist der Bruch evident.

Lassen Sie mich etwas über die Parteien sagen. Die Kommunisten hatten im Raum Halle-Merseburg vor der NS-Diktatur eine ihrer deutschen Hochburgen. Der Parteivorsitzende Ernst Thälmann eröffnete im Volkspark in Halle in der Regel seinen Reichstagswahlkampf. Dabei ist 1925 dieser berühmte Trompeter Fritz Weineck erschossen worden. Aber diese Hochburg in der KPD-Führung nicht prominent vertreten. Bernard Koenen gehörte dazu, aber doch eher in der zweiten oder gar dritten Reihe. Die KPD-Führung kam nicht aus Halle, aber es war die Mitgliederhochburg.

Nun waren nach 1945 – ich habe das vorhin schon erwähnt – aus Buchenwald befreite Gruppen – das sind auch die gewesen, die in diesem Buchenwalder Manifest eine Rolle gespielt haben – nach Halle gekommen. Warum kommen sie konzentriert nach Halle? Weil dort eine frühere kommunistische Hochburg war, kamen einige der in Buchenwald inhaftierten Kommunisten wie auch Sozialdemokraten jetzt in den Raum Halle-Magdeburg zurück, darunter der Sozialdemokrat Ernst Thape.

Nun treten an die Spitze der Kommunisten hier nicht regional verortete Kader. Robert Siewert z. B., der spätere Innenminister, kommt, soviel ich weiß, aus dem Sächsischen und wird hier der starke Mann, solange jedenfalls, bis Koenen aus Moskau zurückkehrt und von Ulbricht installiert wird. Aber die Ulbricht-Gefolgschaft ist hier relativ schmal.

Es gibt noch eine weitere Gruppe von Kommunisten. Das sind diejenigen, die sich hier durchgeschlagen haben, die auch im KZ oder im Gefängnis saßen, typischerweise in der Stadt Eisleben, wie der spätere Ulbricht-Sekretär Otto Gotsche – nachmals Sekretär des Staatsrats der DDR und auch Schriftsteller – sowie der Erfinder Robert Büchner, ein Müller, der das Lenindenkmal in Eisleben aufgestellt hat, das jetzt bei Ihnen, Herr Bienert, im Foyer des Deutschen Museums steht.

Jetzt stellt sich die Frage: Warum ist die frühere KPD-Hochburg Halle-Merseburg nach dem Krieg und aufgrund der Zugehörigkeit zur SBZ nicht eine Hochburg der Kommunisten gewesen? Darüber haben wir selten nachgedacht. Wenn Andreas Schmidt noch anwesend wäre, würde er jetzt sagen: Nach dem Wiederbeginn des öffentlichen Lebens werden in Halle auf einmal die Sozialdemokraten stark, personifiziert z. B. in Bruno Böttge.

Wir haben auch keine Informationen über die Mitgliedszahlen der damaligen Parteien, zumindest ich kenne sie nicht.

Wenn wir jetzt den Provinziallandtag oder den preußischen Landtag von vor 1933 betrachten, ist die Zahl der kommunistischen Abgeordneten dann ab 1946 nicht besonders hoch. Da ist Bernard Koenen, das ist klar, der war in der Weimarer Republik schon dabei. Aber es sind neue kommunistische Abgeordnete, die zum großen Teil zu den aus Buchenwald Gekommenen gehören. In der Reichshochburg der Sozialdemokraten in Magdeburg lässt sich Walter Ulbricht demonstrativ als Landtagsabgeordneter wählen.

Es ist in der Halle-Magdeburg-Diskussion manchmal lustig bei uns. Manchmal wird einem dann gesagt: Als bei euch in Magdeburg der Ulbricht gewählt wurde, haben wir in Halle den Hübener gewählt. Nun ja.

Kommen wir zu den Sozialdemokraten. Der Raum Magdeburg war vor 1933 eine traditionelle Reichshochburg der SPD. Hier wie auch in vielen Orten Anhalts sammeln sich wieder die alten SPD-Leute. Das ist ein Unterschied zur KPD. Auch in Anhalt war die SPD in der Weimarer Republik stark. Nach der alten Organisationsstruktur bilden sich in der SPD nach 1945 Unterbezirks- und Bezirksverbände. In Magdeburg treten führende Sozialdemokraten an die Spitze des Wiederaufbaus, in Stadt und Region. Die Namen sind hier Schmidt-Küster, Otto Baer und Ernst Thape, auch Werner Brusckke. – Dazu kommen wir gleich.

Aber: Von den früheren Spitzenleuten der Magdeburger Sozialdemokraten kommen zwei, nämlich Erich Ollenhauer und Ernst Reuter, nicht in die Stadt zurück. Erich Ollenhauer geht gleich, 1946, zu Kurt Schumacher nach Hannover. Er zieht es also vor, gar nicht erst wieder hierherzukommen. Ollenhauer wurde der Stellvertreter Schumachers und nach dessen Tod SPD-Parteivorsitzender, vor 1933 war er der Chef der Jungsozialisten des Reiches.

Ernst Reuter – Herr Bienert hat darauf schon Bezug genommen – war in Magdeburg Oberbürgermeister, bis ihn die Nazis hinausgeworfen haben. Einer Quelle zufolge, wird er in der Türkei noch in der Emigration weilend nach Magdeburg verwiesen von Schumacher. Die beiden hatten nicht das beste Verhältnis. Jedenfalls gibt es eine, ich sage einmal, Quelle, dass sich Ernst Reuter tatsächlich mit Otto Baer, dem früheren Stadtverordnetenvorsitzenden, in der Nähe von Magdeburg getroffen haben soll. Es ist überliefert oder wird kolportiert, Ernst Reuter habe nach Lage der Dinge gesagt, zwei KZ-Aufenthalte seien ihm in seinem Leben genug, und deshalb ging er nicht nach Magdeburg, sondern nach Hannover und dann weiter nach Berlin.

Nun zu den anhaltischen Sozialdemokraten. Da hatte der letzte sozialdemokratische Ministerpräsident Heinrich Deist unter nicht ganz angenehmen Umständen den Krieg überlebt und wohnte noch dort, und auch andere anhaltische Sozialdemokraten werden wieder politisch aktiv. Merkwürdig nur, dass die Sozialdemokraten sich lange Zeit sehr schwertun, einen Provinzialverband, also einen Landesverband, zu gründen. Das kommt erst Anfang August 1945 zustande. Vorsitzender wird der Magdeburger Ernst Thape. Und jetzt gibt es dort eine interessante Begebenheit für unser Thema. Während der NS-Zeit hat die traditionelle Magdeburger Sozialdemokratie die Führung der Partei inne, also die Verbindung aufrechterhalten, die Parteikasse etc. verwahrt, und dann in die Hände einer unverdächtigeren jungen Generation gegeben. Und da ist auch Werner Brusckke. Das war der sozusagen führende Sozialdemokrat, der im Widerstand die Verbindung aufrechterhalten hat. Andere gleichen Lebensalters sind im Krieg ums Leben gekommen. Brusckke ist von vornherein jemand, der nicht bloß die SED-Gründung aktiv mitmacht, sondern auch die Position der KPD bei der SED-Gründung übernimmt und dann der zweite Ministerpräsident dieses Landes hier wird. Er ist nicht so bekannt, aber Beatrix Herlemann hat sich sehr verdient gemacht mit ihrer Forschung zu Brusckke.

Und jetzt ist die SPD plötzlich in Halle stark und der halleche SPD-Mann Bruno Böttge wird der Landesvorsitzende, nachdem Thape zurückgetreten ist. Darauf komme ich noch bei einem anderen Thema zurück.

Sagen wir noch einige Worte zur CDU. Die SED hat sich schon beim Wahlkampf 1946 hier schlicht und einfach geirrt. Sie hatte die Adenauer-CDU in den Westzonen vor Augen und hielt die CDU in Sachsen-Anhalt für ihren Hauptgegner. Sie hat dabei übersehen, dass der Hauptgegner hier gar nicht die CDU, sondern die LDP war. Die LDP – um auch dazu noch etwas zu sagen – gewinnt in der Landeshauptstadt Halle die Mehrheit, in Halle, der traditionellen Kommunistenhochburg des Reiches.

Auch ich habe mich gefragt: Wo kamen denn bei den Landtagswahlen die fast 50 % für die SED her? Ich habe anfangs immer gedacht, das seien Halle, Merseburg, das Mansfelder Land gewesen. Ein schwerer Irrtum. Das war die Magdeburger Börde, das war Magdeburg und das waren die südlichsten Zipfel von Sachsen-Anhalt, Zeitz etc. Aber nicht Halle, nicht Merseburg, nicht das Mansfelder Land, nicht Bitterfeld, also nicht das industrielle Zentrum.

Zur CDU: Die Tradition der Zentrumsparterie aufnehmend, ist sie besonders schwach, weil hier, wie in Sachsen und in Thüringen, die Heimat der Reformation ist. Hier ist man überwiegend nicht katholisch. Es gibt 1945 lokale und regionale Gründerkreise. Ein Ingenieur namens Dr. Leo Herwegen wird hier einer der Gründer, spielte dann auch eine führende Rolle in der Ost-CDU. Erich Fascher, Professor für evangelische Theologie hatten wir schon erwähnt. Und ein paar Selbstständige gab es auch noch. Die CDU sucht hier erst einmal ihren überkonfessionellen gemeinsamen Nenner – was sich ein bisschen schwierig gestaltete.

Überschaubarer verhält es sich mit der LDP. Die Liberalen haben eine große Tradition hier in diesem Raum, angefangen von Hans Victor von Unruh über Schulze-Delitzsch bis hin zu eben diesem Landeshauptmann der Weimarer Zeit, Erhard Hübener. Die LDP kann aber außerdem auch auf weiteres aus Weimarer Zeiten hochgeschätztes Führungspersonal zurückgreifen, welches nach 1945 wieder präsent ist.

Das ist nicht nur Hübener selbst, sondern etwa auch der Postpräsident Carl Delius, früherer Reichstagsabgeordneter und überall bekannt. Er wird hier der Fraktionschef der LDP im Landtag. Das ist ferner Siegfried Berger, Landesrat der preußischen Provinzialverwaltung, der die ganze Zeit über im Amt ist, ein Kulturmensch, der sich hier auskennt und den man kennt. Das ist des Weiteren der berühmte Dessauer Oberbürgermeister Fritz Hesse, der in Dessau noch amtierte, als schon eine NS-geführte Regierung in derselben Stadt sitzt, und nun den Fraktionsvorsitz der relativ großen Fraktion der LDP übernimmt. Hesse tritt bei dem vorhin schon erwähnten ersten großen Schauprozess in der DDR von Hilde Benjamin, diesem Conti-Prozess in Dessau, als Verteidiger auf und flüchtet dann in den Westen.

Noch ein Wort zum Schluss zu Hübener. Dieser reicht, einziger Ministerpräsident der ostzonalen Länder, welcher nicht der SED angehört, drei Rücktrittsgesuche ein. Seine Bedeutung liegt darin, dass er als Verwaltungsfachmann mit Zivilcourage der sowjetischen Behörde eine Reihe von Zugeständnissen abringt, z. B. dass Sachsen-Anhalt das einzige Land der SBZ war, in dem Regierungsbezirke eingeführt worden sind, bis zur Verfassungsgebung. Das erste Rücktrittsgesuch Hübeners hatte zur Ursache, dass man ihn bei der Bodenreform übertölpelte. Der SMA-Chef bestellt ihn in das Gut seines Freundes Hans-Hasso von Veltheim, in Ostrau bei Halle, angeblich um Kunstschatze zu besichtigen. Und der freundliche Russe schlägt ihm nach russischer Art auf die Schulter und sagt: Ministerpräsident, erst mal machen wir Bodenreform, dann machen wir Kunstschatze. Das war das erste Rücktrittsgesuch – abgelehnt von Marschall Schukow, weil man glaubte, ihn noch zu brauchen für eine eventuelle gesamtdeutsche Regierung.

Das zweite Rücktrittsgesuch Hübeners hängt zusammen mit der 1947er-Ministerpräsidentenkonferenz in Bayern, über welche der thüringische Ministerpräsident Rudolf Paul, nachdem er nach den Westen geflüchtet war und Zugriff auf den Hessischen Rundfunk hatte, dort eine offensichtlich falsche Dokumentation beglaubigte. Nicht der Thüringer war es, sondern Hübener, der mit seiner Rücktrittsdrohung die Teilnahme der Ostministerpräsidenten erzwang.

Die Annahme des dritten Rücktrittsgesuchs, das er im Frühjahr 1949 eingereicht hatte, ist dann hinausgezögert worden bis zum Herbst des Jahres. Hübener hat dann resigniert und kapituliert. Vor ihm resigniert allerdings ein großer Teil der Landtagsabgeordneten, ein großer Teil der Amtsträger, indem sie entweder nach dem Westen gehen oder sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Und ganz wenige, wie Werner Brusckke, wechseln über auf die Position der SED.

4.3 Diskussionsbeiträge

Professor Dr. Mike Schmeitzner

Wenn sich niemand meldet, dann mache ich das kurz. Ich wollte ganz rasch auf Herrn Danker eingehen und auf seine Typologisierung, die ich auch sehr instruktiv und produktiv empfunden habe, und seine Hinweise auf Frau Trittel und ihr Buch, was ich gerade auch noch einmal eingesehen habe unter dem Blickwinkel: Differenzierung, Ausdifferenzierung von Personal aus der SPD, KPD bzw. dem ganzen Spektrum der Arbeiterbewegung vor 1933. Das hat Frau Trittel ja getan. Was man in diesem Kontext vielleicht noch einmal eruieren könnte – ich weiß nicht, Frau Trittel, ob Sie das gemacht haben – noch weiter in KPD-Biografien hineinleuchten, etwa mit Blick auf die Fraktionskämpfe links, rechts, „Versöhnler“, die Ausschlüsse 1928/29 usw. Und inwieweit das hineinspielt in die späten 1940er-Jahre. Denn das wird wieder relevant, diese ganzen Biografien, rechte KPD, Leninbund, linker Flügel, „Versöhnler“, das kommt alles wieder auf den Tisch, als die Kaderabteilung dann ab 1947, 1948, 1949 sagte: Moment mal, wir schauen jetzt mal deutlicher hin.

Und natürlich ist da noch die Frage des Exils, die könnte man in diesem Kontext auch noch einmal prüfen. Da gibt es dieses bekannte Brüderpaar, das heute schon mehrfach, jedenfalls in einer bestimmten Hinsicht, erwähnt worden ist: Bernard Koenen, der, glaube ich, im sowjetischen Exil war. Aber sein Bruder Wilhelm Koenen war im britischen Exil und hat die britische Gruppe der KPD geführt. Er ist nicht nach Sachsen-Anhalt zurückgekommen, wo er zu Weimars Zeiten die große KPD-Bastion Halle-Merseburg mit seinem Bruder geführt hat, sondern er ist zu uns nach Sachsen gekommen, ist abgestellt worden als Nachfolger von Hermann Matern, den sie nach Berlin geschickt haben, um dort die KPD-„Truppen“ zu sammeln gegen die SPD im Vorfeld der Vereinigung im April 1946, weil dort die KPD eher nur sehr schwach aufgestellt war. Was ich sagen will: Man könnte sich noch einmal die Exilsozialisierungen ansehen, was diese für eine Rolle gespielt haben innerhalb der SED und vor allen Dingen bei den alten KPD-Funktionären ab Ende der 1940er-Jahre. Ich meine, hier wird man wohl in jedem Landesverband und in jedem Landtag der SBZ/DDR ein wenig fündig werden.

Eine Bemerkung noch zu Herrn Danker wegen der Polizei in Sachsen. Ich glaube, Sachsen war bei der Entnazifizierung ein bisschen Vorreiter. Da ist nicht nur das Spitzenpersonal zu 100 % ausgeschieden. In der Entnazifizierungsverordnung der Landesverwaltung vom August 1945 heißt es: „Alle Polizeibeamte, die zwischen 1933 und 1945 Dienst getan haben, werden entlassen (soweit sie nicht in dieser Zeit eine antifaschistische Tätigkeit nachweisen können).“ Das heißt, hier ist ein ganz scharfer Schnitt vollzogen worden; wer nicht „Antifaschist“ war, flog raus. Das ist zu fast zu 100 % durchgehalten worden. Nur wenige blieben für eine Übergangszeit. Das hatte die Konsequenz, dass diejenigen, die jetzt etwa zur Kriminalpolizei mit dem KPD-Parteibuch kamen, in Einzelfällen ehemalige „Profis“ aufgesucht haben – das wissen wir durch lebensgeschichtliche Interviews –, um dort Know-how abzuschöpfen. Die „Neuen“ hatten meist null Ahnung von Polizeiarbeit. Es gab ja nur ganz wenige Polizeibedienstete mit KPD-Parteibuch (zumeist als verdeckte KPD-Mitglieder vor 1933) bei Kriminalämtern, und es gab einige mehr, die bei der SPD waren und die zurückgeholt worden sind.

Wie hart die KPD ihren Herrschaftsanspruch im Polizeibereich durchgesetzt hat, sehen wir ja auch mit Blick auf die bis Sommer 1945 virulente Dreiteilung Sachsens, Schwarzenberg und Aue waren unbesetzt,

Dr. Jan Kellershohn

Ich möchte den Hinweis von Herrn Danker aufgreifen und nach der Bedeutung von Parteimitgliedschaft auch nach 1945 fragen. Wenn die Durchsetzung der Verwaltung und der Polizeien mit KPD- und SED-Mitgliedern stattfindet, stellt sich da ja auch die Frage, was diese Mitgliedschaft im konkreten empirischen Fall und gerade auf den unteren Ebenen bedeutet hat. Was bedeutet es, in einer Landgemeinde, wenn in der Polizei – das ließe sich an verschiedenen Beispielen zeigen –, ein Parteibuch vorgelegt wird? Gerade auf diesen unteren Ebenen handelt es sich ja nicht um Leute, die in Moskau im Exil gewesen sind und Parteischulen durchlaufen haben, sondern um formale Parteimitgliedschaften.

Das wirft dann, um das als Indikator für eine Diktaturdurchsetzungsperspektive heranzuziehen, natürlich die Frage auf, wie der Zugang zur KPD, SED, SPD etc. in diesen unmittelbaren Nachkriegsjahren geregelt war. Das heißt, auch da würde ich den Hinweis von Herrn Danker aufgreifen und verallgemeinern und auch dafür für Typenbildungen nach 1945 plädieren und nicht nur die Parteimitgliedschaft als Indikator für politisches Verhalten etc. heranziehen.

Dr. Michael C. Bienert

Nur ein kurzer Hinweis in Ergänzung zu den Ausführungen von Herrn Schmeitzner. Wenn es um eine Longue durée innerhalb der Parteimitgliedschaft von Kommunisten geht, die von der Weimarer Zeit über die Jahre der Verfolgung im Nationalsozialismus und dann bis in die Nachkriegszeit reicht, dann empfehle ich Ihnen die Arbeit von Steffen Kachel: „Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949“, die vor gut zehn Jahren erschienen ist. Ich habe inhaltlich an einigen Punkten durchaus andere Auffassungen, aber was die Herangehensweise betrifft, finde ich das sehr gelungen, dass man eben schaut, wie solche Werdegänge sich über längere Lebensphasen hinweg auch in Kontinuitäten und in Brüchen zeigen.

Dr. Christina Trittel

Ich will bei Ihnen anfangen, Herr Professor Danker, und zwar Folgendes fragen. Es gibt ja in Biografien im Zeitverlauf manchmal Veränderungen. Kann es denn dazu kommen, dass ein Typus sozusagen kippt und ein anderer stärker durchscheint? Und kann man das dann auch valide zeigen? Wie geht das überhaupt? Denn es gibt ja Brüche und Entwicklungen bei Menschen. Das wäre eine Frage.

Dann möchte ich noch zu Herrn Professor Schmeitzner anmerken: Wenn man in meinem 2007 erschienenen Buch nach den einzelnen Menschen schaut, da findet man ganz genau das, aus meinen Archivrecherchen weiß ich, dass es dann ab 1948, 1950 bis in die 1950er Jahre hinein immer wieder diese Treffen gab, wo Abgeordnete der SED gefragt wurden: Warum bist du damals von der USPD in die SPD eingetreten? Oder: Warst du Teil der Gruppe Maslow-Fischer? Und: Erkennst du deine Schuld darin? Diese Dinge stehen auch in dem Biografienband von 2007. Sie sind dort nicht herausgezogen und systematisch dargestellt, sondern erzählt in den biografischen Geschichten der Abgeordneten.

Dr. Gerhard Braas

Ich habe nur eine ganz kurze Ergänzung noch zur LDP. Sie könnten als einen zusätzlichen Aspekt untersuchen, ob sozialdemokratisch orientierte junge Leute bewusst in die LDP eingetreten sind als Ausweichmöglichkeit, weil sie nicht in die SED wollten, als bewusste Entscheidung gegen die SED. Ich habe da das Beispiel von Hellmut Sieglerschmidt aus Mecklenburg-Vorpommern, den ich noch kennenlernen konnte und der mir das auch so berichtet hat. Er war nachher langjähriger SPD-Europaabgeordneter.

Professor Dr. Uwe Danker

Ich will Ihre Frage, Frau Trittel, gern sofort beantworten. Biografie ist immer Entwicklung, und nur wenige menschliche Biografien haben sozusagen einen ganz klaren roten Faden seit der Geburt, also von der Wiege bis zur Bahre. Das ist eine Kernaussage. Wir können komplexe Biografien nur begrenzt mit Kategorisierungen fassen.

Aber wenn wir uns für ein Kriterienraster entscheiden – in dem Fall ist es bei uns die NS-Zeit, die Rolle in der NS-Zeit – und sagen: „Was ist der individuelle Kern dieser Person unter unseren retrospektiven Betrachtungen auf die Zeit?“, dann rücken bestimmte Dinge automatisch in den Vordergrund. Da kann dann auch Entwicklung davor gewesen sein. Doch da ist dann einfach die Existenz während der NS-Zeit das Zentrum. Ich habe das an dem Beispiel des Richters erläutert, der Todesurteile gesprochen hat. Wir haben ehemals republikanische Richter darunter, also Leute, die im preußischen Justizministerium ihre Karriere begonnen haben, manche als republikanisch engagierte Parteibuchsozialdemokraten in der Weimarer Zeit. Das kann man natürlich damit nicht alles packen, mit solchen Kriterien. Das ist die wichtigste Lehre an sich: Es bleibt nie aus, dass wir einzelne Biografien erzählen müssen. Wir erzählen übrigens mehrere Hundert in unseren Büchern, auch noch ausführlich, also als Individualbiografien. Man kann da viel nachlesen.

Das ist vielleicht die Botschaft. Trotzdem kann Kategorisierung helfen und Effekte erzielen, die wir sonst nie hätten. Am Beispiel dieses schrecklichen Falls von Polizisten in Schleswig-Holstein, wenn ich deren nüchterne Personalakte studiere und weiß, was hinter bestimmten Kürzeln steckt, welches Polizeibataillon es war und welche Geschichte dieses Bataillons wir inzwischen kennen. Und wenn dann am Ende herauskommt, dass 65 schleswig-holsteinische Polizeioffiziere von 120 Infragekommenden in solchen Formationen gewesen sind zu Zeitpunkten, wo Verbrechen geschehen sind, Massenverbrechen. Dann wird, unabhängig davon, was jemals über diese Personen sonst bekannt wurde, daraus eine wirkliche analytische Qualität. Verstehen Sie? Darum ging es uns.

Ich könnte das auch an dem Beispiel „sozialisiert in der Arbeiterbewegung“ festmachen. Da kommt ein ganz bestimmter Typus zustande. Das sind nicht Widerstandsangehörige, und zwar aus beiden Milieus, von KPD und SPD, und auch den Zwischenmilieus. Es gibt den anständigen Arbeiter, der ist fest sozialisiert, meist schon in der Kaiserzeit, spätestens in der Weimarer Zeit, und der verbrennt sich in der NS-Zeit nicht die Finger. Er fällt aber auch nicht auf. Er leistet auch keinen Widerstand. Er bleibt einfach nachweislich anständig. Das kann man an der Berufsbiografie festmachen. Das kann man an bestimmten anderen Symbolen festmachen. Und der ist einer der ersten, der im Mai 1945 wieder bereitsteht. Das ist ein Typus von Mensch. Natürlich, bei unseren 850 Fällen rede ich da jetzt von 30 oder von 28 oder so ähnlich, also in einer kleinen Größenordnung. Aber das ist bei einer Zufallsstichprobe von 850 Menschen schon eine relevante Fallzahl, mit der ich da operiere, und wo ich an diesen Menschen das Charakteristikum dieser Prägung, letztendlich ja dieser faszinierenden Prägung in der Arbeiterbewegung bis 1933, festmachen kann. Das als Antwort.

Ansonsten: Jede Biografie ist einzigartig. Und je intensiver man 850 Akteure betrachtet, umso schwieriger wird es wieder, irgendwelche Kategorisierungen vorzunehmen.

Dr. Michael C. Bienert

Ich möchte gern noch einen Hinweis auf die Quellen geben. Konkret denke ich an den Bestand im Bundesarchiv Z 47 F. Das sind SMAD-Dokumente, die in den 1990er-Jahren verfilmt wurden. Vorbild hierfür war das OMGUS-Projekt mit den Akten der amerikanischen Militärverwaltung.

Es ist im Bestand Z 47 F nicht nur für die zentrale Militäradministration ein Teil der Akten überliefert, sondern auch für die Landesebene findet sich Material. Der Bestand ist umso nützlicher, sobald wir bedenken,

wie schwierig es derzeit ist, um an in Russland aufbewahrtes sowjetisches Aktenmaterial heranzukommen. Das wird auf absehbare Zeit ein großes Problem bleiben. Wenn Sie Glück haben, dann finden Sie im Bestand auch Personalunterlagen und sogenannte Charakteristiken, die politische Einschätzungen über die deutschen Politiker enthalten. Mir scheint der Blick in diese Akten allemal einen Versuch wert, wenn es darum geht, Biografien zu rekonstruieren und dabei auch den Blick der Besatzungsmacht auf diese Personen zu bekommen, weil das wiederum helfen kann nachzuvollziehen, warum jemand Karriere machen konnte oder warum nicht.

Professor Dr. Everhard Holtmann

Wenn ich darauf gleich antworten darf. Vielen Dank für den wichtigen Hinweis auf das Bundesarchiv. In den im Landesarchiv Magdeburg verfügbaren Akten findet man durchaus auch etwas zu dieser konspirativen Form der Führung von Personaldossiers. Im Vorfeld der Gemeindewahlen vom 8. September 1946 sind über eine ganze Reihe von Funktionsträgern, d. h. Oberbürgermeistern, Bürgermeistern, Landräten solche Charakteristika angefertigt worden, in diesen Fällen nicht von sowjetischen Stellen, sondern von deutscher Seite. Dabei ist nicht immer genau ersichtlich, wer die Autoren gewesen sind, die Provenienz lässt vermuten, dass es aus der Provinzialverwaltung heraus, mutmaßlich in der Innenabteilung, stammt.

In diesen Steckbriefen, wenn man diesen Begriff vorzieht, werden Aussagen über die politische Verlässlichkeit, die beruflichen Stationen u. a. m. dargestellt; manchmal finden sich über dieselbe Person auch zwei abweichende Einschätzungen. Diese Dokumente sind sicherlich aufschlussreich für die mit der Strukturanalyse verbundene, auf die individuelle Ebene heruntergebrochene Personenanalyse, also um das persönliche Narrativ, was in jeder Biografie steckt. Es geht aber auch darum – das machen Sie, Herr Danker, ja auch mit Ihrer Typenbildung –, Personen, die damals agierten, zu Akteursgruppen zusammenzufassen oder zu Kontinuitäten von Handlungsweisen zuzuordnen.

In dem Zusammenhang haben Sie, Herr Danker, für mich sehr gut nachvollziehbar diese beiden Pole von Elitenwechsel und Elitenkontinuität am Anfang eingeführt und Sie haben dann gesagt, für Sie war das stärkere Forschungsergebnis, dass eher Kontinuität als Wechsel feststellbar ist. Man kann dieses Begriffspaar, denke ich, gut auf das Forschungsfeld Sachsen-Anhalt übertragen. Im Landtag sehen wir die Teilgruppe derer, die in der SED-Fraktion das werdende autoritäre Regime unterstützen. Soweit diese Personen aus der KPD kommen, verkörpern Sie zugleich Kontinuität und Elitenwechsel. Oder anders gesagt: Sie stehen für Kontinuität im Elitenwechsel. Das gilt genauso für die alten Sozialdemokraten, die in die SED überzeugt hineingehen oder hinein genötigt werden. Auch diese repräsentieren Kontinuitäten, die größtenteils in die Weimarer Republik zurückreichen und nun an die neuen Bedingungen angepasst werden. Ebenso tradieren die Akteure in den bürgerlichen Parteien bestimmte Kontinuitätsbestände, die in die neuen politischen Funktionen eingebracht werden.

Der Elitenbruch, also das Betätigungsverbot für NS-belastete Funktions- und Positionseliten, ist in Sachsen-Anhalt, wie wahrscheinlich in der gesamten SBZ ungleich härter, früher und nachhaltiger vollzogen worden als in den Westzonen. Dort ist dieses vergangenheitspolitische Versagen erst sehr viel später juristisch wie wissenschaftlich kritisch aufgearbeitet worden.

Professor Dr. Uwe Danker

Direkt dazu. Ich teile alles, was Sie sagen, nur das Wort „früher“ nicht. Wir haben es 1945 durchaus auch mit massiven Eingriffen in Elitestrukturen, etwa in Schleswig-Holstein in der britischen Zone, zu tun. Also ein Gutteil der Polizisten, Polizeioffiziere sowieso, wird zunächst einmal aus dem Dienst entlassen und muss sich dann neu bewerben.

Professor Dr. Everhard Holtmann

Aber die werden dann wieder eingestellt?

Professor Dr. Uwe Danker

Ein Gutteil kommt gleich wieder rein bei den Briten. Aber unsere Hauptbelasteten, die trauen sich erst ab 1949/1950, sich zurück zu bewerben und sind erst dann wieder da. Ich habe ja von 1965 gesprochen. Unsere Justizjuristen erleiden schon einen Karrierebruch im Jahr 1945, werden allesamt erst einmal entlassen. Ein Gutteil kommt wieder rein. Aber gerade hier sind es die Belasteten, diejenigen, die in der Sondergerichtsbarkeit waren oder in der Wehrmachtsjustiz, die ein, zwei Jahre warten oder zu warten gezwungen sind, weil sie von Maßnahmen der Briten sanktioniert werden. Es hat am Anfang einen Säuberungsversuch gegeben, aber die Briten verlieren sehr schnell das Interesse daran und entscheiden sich – im Gegensatz zur Sowjetischen Militäradministration – im Zweifelsfall für Professionalität – das ist so das Kennzeichen – und im Zweifelsfall dann auch für die Hinnahme einer Belastung.

Weshalb ich mich aber eigentlich gemeldet habe: Mir ist bei der Lektüre der Dissertation von Frau Trittel diese extrem hohe Fluktuation bei Ihren 111 Fällen aufgefallen. Wir haben in Schleswig-Holstein auch eine hohe Fluktuation, aber nicht im Ansatz vergleichbar zu Ihrer. Es ist klar: 1945/1946 werden Deutsche von der jeweiligen Besatzungsmacht aufgefordert, eingeladen, mitzuwirken am neuen Herrschaftsaufbau und müssen sich in der dann entstehenden Staats- oder Herrschaftsform noch einrichten und müssen da reinpassen. Es ist klar, dass auch eine ganze Reihe von engagierten Abgeordneten in Schleswig-Holstein 1947, 1948, 1949 auf der Strecke bleibt und wieder aussteigt, jedenfalls 1950 nicht wieder kandidiert.

Was sagt uns das aus der Perspektive eines Vergleichs? Vielleicht ist auch diese hohe Fluktuation von jeweils individuell sich einbringenden Abgeordneten in Sachsen-Anhalt auch ein Ausdruck des Scheiterns des Neuaufbaus, des Scheiterns dessen, was ursprünglich intendiert wurde und auch ein Ausdruck dessen, wie schnell die neue Herrschaftsform – ab 1950 in Ihrem Fall – hier dann doch auch personell etabliert wird. Diese Fluktuation ist jedenfalls außergewöhnlich.

Dr. Christina Trittel

Erst einmal dazu. Ja, ich glaube, das betrifft nicht nur den Landtag Sachsen-Anhalts. Ich glaube, dass in allen Landtagen der Sowjetischen Besatzungszone diese Art von Verdrängung stattgefunden hat. Genau das ist ja sozusagen diese Kombination der Köpfe. Und das, was in den Köpfen ist, ist eine andere Form von Politik, eine andere Form von politischem Arbeiten, die es dann eben einfach nicht mehr geben soll. Deswegen fallen die Köpfe sozusagen und die Abgeordneten sind dann verschwunden auf verschiedene Art.

Dafür gibt es auch bestimmte Typen. Aber ich glaube, es wäre auch sehr lehrreich, sich die einzelnen Biografien in dem Fall wieder anzuschauen. Es sind ja nicht so viele.

Was ich auch noch sagen möchte: Wir sprachen jetzt häufiger zur Untersuchung der NS-Belastung. Mir ist vorhin aufgefallen, irgendwann haben wir heute auch über die NDPD und den DBD gesprochen. Ich meine, die NDPD vor allen Dingen, erst 1948 gegründet, sollte ja so etwas wie das Auffangbecken für ehemalige NSDAP-Mitglieder werden. Jedenfalls könnte man die NDPD-Mitglieder wahrscheinlich dann in der zweiten Wahlperiode noch einmal analysieren danach, inwieweit es darunter Menschen gab, die früher in der NSDAP gewesen waren. Zugleich darf nicht vergessen werden, dass die NDPD eine Blockpartei war. Aber ich glaube, auf ihre NS-Belastung sind die Abgeordneten der ersten Wahlperiode wirklich durchleuchtet worden. Schon als Kandidaten.

Professor Dr. Mathias Tullner

Ich will auf einen Aspekt hinweisen, der heute noch gar nicht erwähnt worden ist. In vielen deutschen Ländern, in Schleswig-Holstein und auch bei uns, gab es eine ungeheuer große Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen. Das war hier in Sachsen-Anhalt ein Viertel der Bevölkerung, so um 1948/1949. Da ergeben sich auch politische Aufstiege bis hin zu Landtagskarrieren. Mir fallen ad hoc zwei regional prominente

Zuwanderer ein. Der eine ist der österreichische Kommunist Alois Pisnik, der sich hier festsetzt, und der andere ist der spätere SED-Ministerpräsident von Thüringen Eggerath, der hier, aus Wuppertal kommend, strandet. Das sind nun keine Vertriebenen bzw. Flüchtlinge. Mir ist aber bekannt, dass in der aufzubauenden Regierungsbürokratie, auch in der Kirchenhierarchie, Leute aus Schlesien, aus Ostpreußen und anderswo eine Rolle spielten. Ich selbst habe das – Frau Trittel, vielleicht Sie schon? – nicht so beachtet bislang. Aber ich glaube, das ist ein Aspekt, der nicht ganz unbedeutend ist.

Professor Dr. Everhard Holtmann

Zwei Bemerkungen dazu. Das spielt bei den 1945 eingeleiteten Strukturreformen ja insofern eine Rolle, als auch bei den Neubauern, d. h. jenen, die von den Enteignungen der Bodenreform profitieren, die sogenannten „Umsiedler“ – die Begriffe Flüchtlinge und Vertriebene waren in der SBZ offiziell verpönt – mit bedacht werden. Und wenn ich das richtig – Frau Trittel, korrigieren Sie mich – einschätze, sind das dann auch Personen, die zu dem Wählerpotenzial, möglicherweise auch zu Mandatsträgern der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) gehören. Diese SED-nahe Pseudopartei saß ja mit zwei Abgeordneten auch im ersten Landtag Sachsen-Anhalts.

Dr. Christina Trittel

Die VdgB-Mitglieder im ersten Landtag sind ja auch SED-Mitglieder. Und die SED ging, glaube ich, davon aus, dass die Bodenreformaßnahmen vor allen Dingen Menschen zugutekommen sollten, die vielleicht, sagen wir einmal, in einer schwierigeren Lebenssituation sind. Und sie haben sich wohl auch ausgerechnet, wenn sie die Bodenreform umsetzen, dass eben auch Menschen, die durch z. B. die Vertreibung ohne Besitz gewesen sind, dann eben auch zu ihren Wählern werden.

Im Biografienband von 2007 ist jeweils sichtbar, wenn jemand – so nannte sie die DDR – Umsiedler war. In der Bundesrepublik sagte man schon immer Vertriebene. Zudem existierte ja auch ein Ausschuss, der die Interessen der Umsiedler mit im Blick haben sollte. Es gab aber, soweit ich das weiß, nicht etwas Vergleichbares in der DDR wie z. B. diesen Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten/BHE. Die SED hat, glaube ich, das Ziel gehabt, Vertriebene zu integrieren und ihre Interessen automatisch mit zu vertreten. Insofern sind sogenannte Umsiedler mit angesprochen worden, auch durch die Bodenreform. Niemals ist jedoch diese Gruppe der Vertriebenen als politische Gruppe mit eigenen Interessen aufgetreten.

Professor Dr. Everhard Holtmann

Das durfte sie auch ja schon deshalb nicht, weil auf der Verbandsebene in der SBZ keine Massenorganisation zugelassen war, die unter dem Etikett „Vertriebene“ firmierte. Das hat sich schon deshalb verboten, weil das Wort „Vertriebene“ ja kontaminiert war. Die Betroffenen kamen ja aus Gebieten der Brudervölker, aus den anderen werdenden sozialistischen Republiken bzw. Volksdemokratien, wo „Vertreibung“ nicht stattgefunden haben durfte.

Auch die westlichen Alliierten bis 1950, als der Lizenzierungszwang für Parteigründungen gefallen ist, auch keine Vertriebenenparteien zugelassen. Bis dahin gab es allenfalls parteiähnliche Hybride, wie z. B. die Wirtschaftliche Aufbauvereinigung/WAV, die in Bayern ihre Basis hatte und 1949 auch in den 1. Deutschen Bundestag einzog. Also es gab schon gewisse Ähnlichkeiten in den Vorgehensweisen der Alliierten. Aber die dahinterliegenden Motive waren gegensätzlich.

Ein weiterer Punkt ist das seinerzeitige Schicksalskollektiv der Displaced Persons, d. h. der freigelassenen NS-Zwangsarbeiterinnen und -Zwangsarbeiter. Was diese Gruppe für eine Bedeutung für die Entwicklung in Ostdeutschland gehabt hat, ist meines Wissens nicht intensiv erforscht.

Ich will gleich hinzufügen: Ich werde diese Forschungslücke in diesem Projekt nicht auch noch schließen können.

Professor Dr. Michael Hecht

Ich will noch, ohne jetzt diese Diskussion abzuwürgen, einen anderen Aspekt ansprechen, der mir wichtig ist. Ganz am Anfang in der Einleitung ist, glaube ich, kurz gesprochen worden von einer Outreach-Option, also der Popularisierung der Forschungsergebnisse auch für ein breiteres Publikum. Und unter die vielen Projekte, die wir im Moment verfolgen, gehört auch eines mit dem Titel „Historische Biografien online“. Das verfolgen wir zusammen mit dem Historischen Datenzentrum Sachsen-Anhalt. Dabei geht es darum, schrittweise ein Portal mit online gestellten Biografien zur Landesgeschichte aufzubauen.

In der Pilotphase, die wir jetzt gerade begonnen haben, wurde versucht, Datensammlungen zu finden, die relativ leicht handhabbar sind, um das Vorgehen einmal auszuprobieren, und die vor allen Dingen auch leicht normdaten-referenzierbar sind. Das steht auch immer dahinter. Dazu gehören Abgeordnetenbiografien, weil man über die Abgeordnetenhandbücher usw. sehr gut erst einmal Datensammlungen hat, die man verwenden kann.

Insofern ist dies gerade auch bei uns in der Arbeit, zusammen mit dem Historischen Datenzentrum zunächst diese biografischen Grunddaten aufzunehmen in eine Datenbank und zu referenzieren. Vielleicht ergibt sich ja eine lohnende Möglichkeit der Weiterentwicklung, dass man sich zusammentut und guckt, wenn die Forschungsergebnisse aus diesem Projekt entstehen, wie man das mit der Online-Datenbank, mit diesem entstehenden Portal in Verbindung bringen kann, um damit dann auch diese Ergebnisse weiter in die Öffentlichkeit hineinzutragen und auf dieser Online-Ebene zu popularisieren. Das fände ich eine gute Perspektive.

Professor Dr. Everhard Holtmann

Da rennen Sie, lieber Herr Hecht, bei mir offene Türen ein. Ich finde das eine sehr gute Idee. Wir sollten unbedingt darüber reden, und zwar möglichst bald, weil wir landtagsseitig ja auch im Kopf haben, neben der Institutionenanalyse dieses prosopografische Element von Abgeordnetenbiografien in digitaler Form aufzubereiten.

Dr. Gerhard Braas:

Wenn jetzt keiner mehr etwas fragt oder anmerkt, dann habe ich vielleicht eine Abschlussfrage. Wie geht es denn jetzt mit dem Projekt weiter?

Professor Dr. Everhard Holtmann

Das will ich Ihnen gerne sagen. Die Archivsichtungsphase ist mit Ausnahme der SAPMO-Bestände des Bundesarchivs erst einmal abgeschlossen. Gesichtet sind die Kernarchivbestände, also neben dem Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt das Archiv der Christlich-demokratischen Politik der Adenauer-Stiftung sowie das Archiv des Liberalismus der Naumann-Stiftung. Durchgesehen wurden ferner die Akten der Sowjetischen Militäradministration, die dank des großen Doppelprojekts vom Münchner Institut für Zeitgeschichte mit dem Archiv der Russischen Föderation ja als Quellenedition vorliegen.

Ein erarbeitetes Untersuchungskonzept – das war der erste Arbeitsschritt – liegt vor. Ich habe bereits damit begonnen, mein eigenes Analyseraster auf die systematische Auswertung der Archivbestände anzulegen, wobei ich auf der Zeitachse ein bereits erstelltes Phasenmodell zugrunde lege. Ich hoffe mal – das ist durchaus ambitioniert –, diesen ersten großen Teil des Projekts bis Ende nächsten Jahres abschließen zu können.

Ebenfalls im Laufe des kommenden Jahres werde ich parallel dazu beginnen, die biografische Dimension aufzubereiten. Wobei ich mir dann nicht primär ein Strukturprofil aller Landtagsabgeordneten zu erarbeiten vorstelle, sondern ausgewählte Abgeordnete, die möglichst über das Parteienspektrum streuen und außerdem für bestimmte Strömungen, für bestimmte Parteien und vielleicht auch für bestimmte Generationen typisch sind, politisch-lebensgeschichtlich aufzuarbeiten. Dabei kommt zweifellos auch, Herr Danker, die von Ihnen betonte erzählende Komponente mit ins Spiel.

Dr. Christina Trittel

Eine kurze Frage bzw. eine kleine Bitte. Sie sagen, es ginge wahrscheinlich darum, nur einige, typische Biografien zu erzählen. Wenn Sie auf die Abgeordnetenbiografien schauen, die in meinem Band als untypisch zugeordnet sind, dann ergeben sich daraus Denkanreize, welche die Aufmerksamkeit eines öffentlichen Publikums erregen würden. Es ist ja auch lohnenswert, das eine oder andere Untypische zu zeigen, um das gesamte Spektrum passgenau abzubilden.

Professor Dr. Everhard Holtmann

Ja, den Hinweis akzeptiere ich voll und ganz. Wobei dann die Frage ist: Was heißt typisch und was heißt untypisch? Ich will es an einer Person deutlich machen, die mir bei der Aktenrecherche im Naumann-Archiv aufgefallen ist. Es handelt sich um Hildegard Sasse, eine LDP-Abgeordnete, die zunächst einmal typisch für das bürgerlich-liberale Milieu ist.

Untypisch ist, dass dieselbe Hildegard Sasse im Grunde zu den Abweichlern gehört. Sie entdeckt noch vor ihrer Abgeordnetentätigkeit die Faszination der marxistischen Lehre – das ist sehr gut dokumentiert – und geht darin vollkommen auf. In der Folge wandert sie aus den Grundorientierungen der LDP-Fraktion geistig heraus und nähert sich ideologisch der SED an. Daran wird das Untypische nachvollziehbar.

Dr. Christina Trittel

Ja, das meine ich ja. Das ist gerade das Interessante.

Professor Dr. Everhard Holtmann

Da haben Sie völlig recht. Zweifelsfrei typisch für die damaligen kommunistischen Führungskader war etwa Bernard Koenen, rhetorisch bemerkenswert begabt, zugleich von einer eisernen stalinistischen Härte bei der Durchsetzung der „Partei neuen Typs“.

Ein nicht behebbares Defizit ist, dass der weibliche Anteil im Führungspersonal in allen Fraktionen, auch in der SED, gering ist. Da gibt es auf Seiten der KPD/SED Frieda Koenen, die Frau von Bernard Koenen. Was macht sie? Sie ist zuständig für Frauenpolitik und hält sich ansonsten mit öffentlichen Äußerungen im Hintergrund. Doch ich will jetzt nicht ins Erzählen kommen.

5. Schlussworte

5.1 Professor Dr. Everhard Holtmann

Abschließend bleibt mir nur noch – und das tue ich sehr gern –, Ihnen allen sehr herzlich zu danken, dass Sie heute zum Teil auch aus weiterer Entfernung angereist sind, dass Sie die Diskussion mit Ihren Inputs und Wortmeldungen bereichert haben. Ich selbst nehme jedenfalls für meine Projektarbeit eine ganze Menge von Informationen und Anregungen mit, für die ich sehr dankbar bin.

Ich danke ausdrücklich dem Landtag von Sachsen-Anhalt und dem Stab des Landtages, der Landtagsverwaltung, für die professionelle und jederzeit freundliche Vorbereitung der heutigen Veranstaltung.

5.2 Georg Prick (Stellvertretender Direktor beim Landtag)

Dann möchte ich für den Landtag auch noch einmal ausdrücklich bekräftigen: Ich habe den ganzen Tag das Vergnügen gehabt, von Ihnen eine Privatvorlesung zu bekommen in einer Dichte und in einer Fülle, die für mich ein intellektueller Genuss war. Dafür danke ich Ihnen sehr. Ich fand das ausgezeichnet, deswegen sind Sie mich auch nicht im Laufe des Tages losgeworden. Zwischendurch habe ich natürlich ge-

dacht: Wenn alle Anregungen noch von Herrn Professor Holtmann aufgegriffen und eingearbeitet werden, wann wird der Fertigstellungstermin sein? Ich hoffe, wir können uns darauf einigen, dass Professor Holtmann die wissenschaftliche Freiheit hat, das zu berücksichtigen, was noch hineinpasst, und dann noch ein Fertigstellungstermin möglich wird. Ich persönlich sage immer, die schönsten Diamanten entstehen unter dem höchsten Druck, der dann meistens zum Schluss kommt.

Was ich Ihnen zusagen kann: Wir werden Sie auf dem Laufenden halten. Und wenn der Auftraggeber, d. h. der Landtag, das Werk präsentiert, kann ich Ihnen zusagen: Sie werden alle eine Einladung zur Präsentation bekommen. Wie das dann genau aussieht und wann das Datum sein wird, da bitte ich um eine gewisse künstlerische Freiheit noch zuzubilligen.

An dieser Stelle noch einmal Ihnen allen ganz herzlichen Dank. Ich werde der Hausleitung umfänglich berichten, wie begeistert ich von dieser Veranstaltung war. Ganz herzlichen Dank. Allen, die eine Anreise gehabt haben, wünsche ich eine gute Heimreise. Vielleicht sieht man sich in dem Kreis ja auch noch einmal zum weiteren intellektuellen Austausch. Ganz herzlichen Dank.

6. Eine Nachbetrachtung: Ohne Gewaltenteilung verkümmert die Demokratie – Zur Aktualität einer historischen Lehre des landesparlamentarischen Interims zwischen 1946 und 1952 in Sachsen-Anhalt

Professor Dr. Everhard Holtmann

Obwohl die Landtagsfraktionen von CDU und LDP bei den Beratungen der Landesverfassung um die Jahreswende 1946/47 bemerkenswerte Forderungen, wie z. B. die Aufnahme von Grundrechten, durchsetzen konnten, verzeichnete die SED mit der Verfassungsgebung einen strategischen Erfolg, dessen langfristige Wirkung in der Rückschau nicht überschätzt werden kann: Im Unterschied zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, wo in der sogenannten Ewigkeitsklausel des Artikels 79, Absatz 3 GG die Gewaltenteilung als unveränderbar festgeschrieben worden ist, fehlte in der 1947 einstimmig im Landtag von Sachsen-Anhalt verabschiedeten Landesverfassung eine Garantie dieses Verfassungsprinzips, das für eine funktionierende Demokratie unverzichtbar ist. Stattdessen wurde auf Betreiben der SED eine Form von Parlamentsabsolutismus verankert, welche der im Regelfall einstimmig beschließenden, faktisch von der SED gesteuerten Parlamentsmehrheit den politischen Zugriff auf die Exekutive und auf die rechtsprechende Gewalt öffnete. Eine wechselseitige Kontrolle der staatlichen Gewalten, die den Parteiwillen der Hegemonialpartei SED hätte einhegen können, fand folglich im Landtag hinfort nicht mehr statt.

Eine historische Lehre des landesparlamentarischen Interims zwischen 1946 und 1952 in Sachsen-Anhalt lautet daher: Ohne Gewaltenteilung verkümmert die Demokratie. Dies im Jahr 2023 in Erinnerung zu rufen, geschieht nicht in der Absicht, eine Erfahrung der Vergangenheit lediglich zu konservieren. Vielmehr ist das Problem der Gefährdung bzw. der Demontage der Gewaltenteilung brandaktuell. Wie Wolfgang Janisch Ende März 2023 in einem Beitrag für die Süddeutsche Zeitung schrieb, lässt sich seit Jahren eine globale Tendenz beobachten, der zufolge Oberste Gerichte im Namen der Regierung entmachtet werden sollen oder bereits entmachtet worden sind. Wo dies geschieht, fällt eine verfassungsrechtliche Brandmauer der Demokratie. Wo, wie im Falle der ostdeutschen Landesverfassungen von 1947, eine solche Brandmauer erst gar nicht errichtet worden war, konnte die – von vornherein defekte – Demokratie umso unbehinderter in eine Autokratie umschlagen, die dann in eine jahrzehntelange Parteidiktatur gemündet ist.

Politische Herrschaft, die sich zu ihrer Rechtfertigung auf einen vorgeblich homogenen Volkswillen beruft, ist und bleibt unvereinbar mit der Interessenvielfalt unserer pluralistischen Demokratie.